

(Beginn: 15.37 Uhr – Ende: 21.34 Uhr)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 53. Sitzung des Rates der Stadt Köln, die voraussichtlich die letzte Sitzung in der Wahlperiode 2004/2009 sein wird. Ich begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie alle Mitglieder des Rates.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Herr Lierenfeld und Herr Schöppe entschuldigt.

(Zuruf von der CDU: Nein! Der ist verspätet!)

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Dr. Paul, Frau Wiesemann und Frau von Bülow.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu beziehungsweise Absetzungen sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Wir kommen zur Festlegung des Themas der Aktuellen Stunde. Es liegen zwei fristgerecht eingereichte Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde vor. Der Antrag der CDU-Fraktion trägt im Entwurf die Ziffer 01, der Antrag der FDP-Fraktion die Ziffer 02. In beiden Anträgen geht es um den Rücktritt der Stifter von der beabsichtigten Schenkung eines Erweiterungsbaus für das Kölnische Stadtmuseum.

Wie Ihnen bekannt, sieht unsere Geschäftsordnung grundsätzlich nur eine Aktuelle Stunde pro Sitzung vor. Da aber von beiden Antragstellern das gleiche Thema vorgeschlagen wird, gehe ich davon aus, dass Sie, meine Damen und Herren, damit einverstanden sind, dieses Thema im Rahmen *einer* Aktuellen Stunde zu behandeln. - Ich sehe, es gibt keine Einwände. Dann werden wir innerhalb der Aktuellen Stunde über den Rücktritt der Stifter von der beabsichtigten Schenkung eines Erweiterungsbaus für das Kölnische Stadtmuseum sprechen.

Wir kommen zu den Zusetzungen. Die Verwaltung schlägt Ihnen die Zusetzung folgender Tagesordnungspunkte vor: 1.5, 9.54, 9.56 bis 9.59, 16.2, 17.3 und 23.7.

Abgesetzt wurden folgende Tagesordnungspunkte: 1.3, 2.2.1, 5.3.2, 9.33, 9.48 und 9.49, 9.55, 11.4, 15.3 sowie 24.5 aus dem nichtöffentlichen Teil.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Frank.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe zwei Punkte: Zum einen möchte ich sicherstellen, dass die Vorlage zum Landschaftsplan unter 5.4.1 auf der Tagesordnung bleibt. Wie ich erfahren habe, ist das einvernehmlich.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ja, dieser Punkt steht weiterhin auf der Tagesordnung.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Gut. Dann ist das geklärt. - Zum Zweiten geht es um die Vorlage unter TOP 23.5 im nichtöffentlichen Teil. Dazu ist gestern Nachmittag eine umfangliche Mitteilung der Verwaltung eingetroffen. Wir bitten darum, diese Vorlage heute nicht zu behandeln, sondern sie zu vertagen. Wir müssen uns erst mit den von der Verwaltung mitgeteilten Fakten näher befassen. Das heißt, wir sehen hier noch Beratungsbedarf.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Sie haben zu dieser Vorlage noch Beratungsbedarf. - Herr Granitzka dazu, bitte schön.

**Winrich Granitzka** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Im Namen meiner Fraktion möchte ich beantragen, die Punkte 9.50 bis 9.52 vorzuziehen und sie zu Beginn des Tagesordnungspunktes 9, Allgemeine Vorlagen, zu beraten.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön. - Ich frage Sie zunächst einmal, ob Sie damit einverstanden sind, dass wir 23.5, wie eben beantragt, heute nicht behandeln, weil dazu noch Beratungsbedarf besteht. - Das ist einvernehmlich. Damit erhalten alle, die noch keine Gelegenheit hatten, die Vorlage eingehend zu studieren, die Möglichkeit, das zu tun.

Sind Sie des Weiteren damit einverstanden, die Punkte 9.50 bis 9.52 wegen der besonderen Aktualität, Vordringlichkeit und des großen öffentli-

chen Interesses vorzuziehen? - Ich sehe, es gibt keine Bedenken dagegen. Dann verfahren wir so.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über die Tagesordnung mit den vorgetragenen Änderungsvorschlägen ab. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Meine Damen und Herren, obwohl es die letzte Sitzung in dieser Wahlperiode ist, werden wir zu Beginn noch ein neues Ratsmitglied verpflichten, nämlich Herrn Dr. Walter Gutzeit. Ich darf Sie daher bitten, sich kurz zu erheben.

(Die Mitglieder des Rates  
erheben sich)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen zur Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes. Als Nachfolger von Professor Lemper wurde gemäß den Regelungen des Kommunalwahlgesetzes Herr Dr. Walter Gutzeit festgestellt. Er hat das Mandat bereits rechtsgültig angenommen. Herr Dr. Gutzeit, ich darf Sie nun bitten, nach vorn zu kommen. Ich möchte Sie ins Amt einführen und Sie, wie es üblich ist, auf die Gemeindeordnung verpflichten.

Ich verpflichte Sie, Ihre Aufgabe als Mitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

Ich hoffe auf gute Zusammenarbeit in dieser letzten Ratssitzung.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, es ist auch die letzte Ratssitzung, die ich leiten werde. Deshalb gestatten Sie mir, zu Beginn einige Worte an Sie richten.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Konrad Adenauer hat gesagt: „Es ist immer Zeit für einen neuen Anfang.“ Nach der Kommunalwahl, am Ende der Legislaturperiode steht der neue Anfang kurz bevor. Auch wenn diese letzte Sitzung der alten Legislaturperiode noch viele drängende und auch schwierige Tagesordnungspunkte enthält, so ist es doch wichtig, vor dem neuen Anfang wenigstens kurz zurückzuschauen; denn die Zukunft beginnt ja nicht bei null. Sie kann nur aufbauen auf dem, was in der Vergangenheit geschaffen

wurde, was geschah, was wir erreicht oder auch nicht erreicht haben.

Bei der Rückschau ist der 3. März 2009 das Datum, das alles überschattet; denn der Einsturz des Historischen Archivs mit seinen zwei Nachbargebäuden war eine furchtbare Katastrophe für Köln. Der Tod zweier junger Männer, das Schicksal der Betroffenen und der Schaden am kulturellen Gedächtnis unserer Stadt haben uns erschüttert und tief betroffen gemacht. Wenn uns das Unglück eines lehren kann, so ist es dies: dass es Situationen gibt, in denen wir über alle Unterschiede und auch Streitigkeiten hinweg zusammenarbeiten müssen. Solche Situationen mahnen und erinnern uns ganz eindringlich, dass es um mehr geht als um kurzfristige Erfolge der eigenen Partei. Es geht um das langfristige Wohl unserer Stadt. Die Folgen des Einsturzes werden uns noch Jahrzehnte begleiten. Sie sind ein schweres Erbe. Bestürzung und Fassungslosigkeit regieren, wenn wir einfach nur an das Unglück denken, das uns heute noch genauso betrifft wie vor über einem halben Jahr.

Wir empfinden aber auch gleichzeitig tiefe Dankbarkeit für die spontane, zupackende Hilfe und die Anteilnahme der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, aber auch aus der Nachbarschaft und von überall her, aus der ganzen Welt. In den Trümmern und um sie herum haben die Helferinnen und Helfer das Beste und das Wichtigste von Köln gezeigt, nämlich Hilfsbereitschaft, Solidarität und Nächstenliebe. Heute werden wir hoffentlich in großer Einigkeit einen neuen Standort beschließen.

Trotz allen Lichtes, das die Solidarität und die Hilfsbereitschaft in diesen dunklen Stunden brachte, wird in solchen Zeiten besonders deutlich: Ein Ratsmandat, die uns übertragene Verantwortung für diese Stadt, ist Würde und Bürde zugleich. Auch bei anderen Schwierigkeiten und Problemen wurde das klar; denn Probleme gibt es nun einmal in einer Großstadt wie Köln neben allen Erfolgen und guten Nachrichten natürlich immer wieder.

So haben wir in den vergangenen Jahren im Interesse der Kölnerinnen und Kölner so manches Mal hart miteinander gerungen, im besten Sinne des Wortes gestritten. Das gehört zu einer Demokratie. Das fördert den Wettbewerb, die besten Lösungen zu suchen. Nur so sind Fortschritt und Entwicklung möglich.

Ich erinnere zum Beispiel an die Auseinandersetzung um die Einrichtung des offiziellen Straßenstrichs oder die schwierigen Diskussionen

um neue Hochhäuser und unser Ringen um das Weltkulturerbe des Doms. Auch die Phase des Haushaltssicherungskonzeptes war sicherlich besonders hart. Auch mit dem Bau einer repräsentativen Moschee in Ehrenfeld haben wir uns jahrelang schwergetan. Ich bin aber nach wie vor überzeugt, dass es richtig war, einem solchen Bau zuzustimmen, auch wenn ich persönlich dafür sehr viel Ärger und Anfeindungen ertragen musste. Ich bin dankbar, dass die Mehrheit des Rates hier mit mir übereingestimmt hat; denn diese Moschee kann aus meiner Sicht ein wichtiger Pfeiler der Integration in unserer Stadt sein.

(Beifall)

Im Übrigen, meine Damen und Herren, im Himmel herrscht große Freude über jedes Gebet, gleichgültig aus welchem Haus.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt! - Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir alle wissen, dass wir es mit unseren Entscheidungen nicht immer jedem recht machen können und wir mitunter deshalb auch im Kreuzfeuer der Kritik stehen. Das betrifft nicht nur uns, darunter leiden zuweilen auch unsere Familien. Dennoch: Das Beste für unser Gemeinwohl zu suchen und zu tun, verdient Lob und Anerkennung. Für Ihr unermüdliches ehrenamtliches Engagement, für Ihre Bereitschaft, ohne nennenswerte Aufwandsentschädigung Verantwortung zu übernehmen und Beschlüsse zu fassen zum Wohle unserer Stadt, dafür gilt Ihnen der Dank unserer Stadt.

Jean Fourastié, ein bedeutender französischer Wissenschaftler, hat einmal gesagt: „Die Zukunft wird so aussehen, wie wir sie gestalten.“ So, wie wir nur handeln und agieren konnten auf der Basis, die unsere Vorfahren geschaffen haben, so ist auch das Fundament, auf dem unsere Nachfolger weiterbauen, von uns geprägt. Ich hoffe, Sie stimmen hier mit mir überein, wenn ich heute sage: Es ist ein solides, ein tragendes Fundament.

Gute Ideen für die Zukunft gibt es viele. Oft scheitern sie an der Realität oder am Geld. Deshalb braucht es Menschen mit Leidenschaft, aber auch mit Augenmaß und Durchhaltevermögen. Solche Menschen haben unsere Stadt vorgebracht; denn Köln ist, bei allen kritischen Anmerkungen und bei allen Fehlern, die auch wir gemacht haben, zum Inbegriff von ehrenamtlichem Engagement, von Innovation, von Welttoffenheit und Toleranz geworden.

Der Weltjugendtag 2005 und die Fußballweltmeisterschaft 2006 haben dafür gesorgt, dass der gute Ruf der Stadt weit über unsere Grenzen hinaus getragen wurde. Beide Ereignisse waren sicherlich für uns alle Höhepunkte der letzten Jahre in unserer Stadt.

Aber auch sonst haben wir gemeinsam einiges erreicht, worauf wir stolz sein können. Ich nenne nur die Neugestaltung des Bahnhofvorplatzes, das neue RheinEnergie-Stadion, das Voraussetzung dafür war, dass die WM auch bei uns stattgefunden hat, ich nenne den Rheinauhafen, die Umwandlung des rechtsrheinischen Industriestandortes, die Förderung des ehrenamtlichen Engagements, aber auch die Erstellung des Leitbildes „Köln 2020“ gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, das Integrationskonzept, die Einrichtung der Stelle einer Behindertenbeauftragten, die Installation eines Bürgerhaushaltes, ein 11-Punkte-Programm für mehr Sauberkeit, die Sanierung der Schulen und die Ganztagsbetreuung, die Ausweitung der Betreuung für Kinder unter drei Jahren, die Beitragsreduzierung für den Kindergarten oder aber auch, um ein anderes Spektrum zu nennen, die Ernennung von Wirtschaftsbotschaftern, eine China-, Indien- und Türkei-Offensive, den Unternehmensservice, das Branchenforum Industrie und die schwierige Sanierung des Haushaltes in 2007. All das und noch vieles mehr haben wir in den vergangenen Jahren gemeinsam gestemmt.

Diese Erfolge - das will ich betonen - sind unsere gemeinsamen Erfolge. Das wird besonders deutlich, wenn wir uns vor Augen führen, dass wir in den vergangenen 52 Sitzungen allein in dieser Legislaturperiode immerhin 95 Prozent aller Entscheidungen zu Beschlussvorlagen nahezu einstimmig gefällt haben.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Siehste!)

Ein Thema war und ist mir an der Stelle besonders wichtig: der Kampf gegen Korruption. Glauben Sie mir, weil es gerade aktuell ist: Rotation der Mitarbeiter ist nur eines von vielen Instrumenten, die Korruption vorbeugen sollen. Die Aufgabe der Ämter und Dezernate dabei ist es, potenzielle Gefahren und mögliche Verluste von Know-how und Erfahrung gegeneinander abzuwägen. Bei Interesse oder Unkenntnis der Sachlage sprechen Sie doch einmal mit unserem Antikorruptionsbeauftragten. Im Übrigen ist es ja immer auch gut und wichtig, zu wissen, wie Außenstehende das beurteilen. Da sieht eine aktuelle Studie der Gemeindeprüfungsanstalt NRW

unsere Stadt Köln an der Spitze bei der Korruptionsvorbeugung.

Alles, was wir zur Verhinderung von Korruption geschaffen haben, schützt uns vor Missbrauch und Ungerechtigkeit und stärkt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Politik und Verwaltung. Ehrenkodex, Ältestenrat, Leitfaden für Amtsträger, Zentrales Vergabeamt und Antikorruptionsbeauftragter - das alles hilft uns, Versuchungen zu widerstehen und Regelverletzungen abzustrafen. Dabei können wir das Thema gar nicht ernst genug nehmen, meine Damen und Herren. Amtsmissbrauch oder Vetternwirtschaft oder Korruption lässt Vertrauen erodieren. Das wurde leider auch durch die Fälle der jüngeren Vergangenheit wieder deutlich. Erodierendes Vertrauen ist das schleichende Gift der Demokratie, wie wir auch an der geringen Wahlbeteiligung leider haben sehen müssen. Darum ist es umso wichtiger, Regelverletzungen aufzuklären und die nötigen Konsequenzen zu ziehen.

Dazu gehört unser Selbstverständnis als Treuhänder, nämlich als Träger eines Mandats, das uns die Menschen in dieser Stadt auf Zeit anvertraut haben. Wenn, wie allenthalben zu hören ist, der Ruf unserer Stadt dauerhaft verbessert werden soll, dann müssen Sie, dann müssen unsere Nachfolger diese Punkte auch weiterverfolgen und ausbauen.

Noch etwas liegt mir besonders am Herzen: Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat, wie Sie sehen, auch die deutschen Städte inzwischen erfasst. Viele Städte befürchten dramatische Einbrüche bei Gewerbe- und Einkommensteuer. Für die deutschen Städte rechnet der Städtetag und seine Präsidentin Petra Roth in diesem Jahr mit steigenden Sozialausgaben und Steuereinbrüchen von etwa 10 Milliarden Euro. Auch wir sind hier in Köln davon betroffen, obwohl wir vor zwei Jahren unseren Haushalt saniert hatten. Bisher rechnen wir für dieses Haushaltsjahr mit über 132 Millionen Euro weniger Steuereinnahmen. Deshalb müssen wir uns auch weiterhin bei jedem Euro, den wir investieren, drei Fragen stellen und sie auch beantworten: Ist diese Investition sinnvoll? Ist sie finanzierbar? Und vor allen Dingen: Rechnet sie sich langfristig?

Die Zukunft darf aber nicht das Stiefkind der Gegenwart werden. Wer heute über seine Verhältnisse lebt, steht morgen unter der Knute des Nothaushaltes und beraubt sich seines kommunalen Entscheidungs- und Gestaltungsfreiraums. Gleichzeitig gilt: Sparen um des Sparens willen, nach der Rasenmähermethode kann auf Dauer zu teuer kommen, vor allen Dingen, wenn Struk-

turen zerstört werden. Und das können wir uns auch nicht leisten. Haushaltspolitik muss also Prioritäten setzen.

Wir in Köln sind stolz auf unsere lange Tradition der kommunalen Selbstverwaltung. Schon früher haben sich die Bürger unserer Stadt das Recht erstritten, die eigenen Angelegenheiten in eigener Verantwortung zu entscheiden. Daran habe ich in der ersten Sitzung dieser Legislaturperiode am 14. Oktober 2004 erinnert. Wir können uns als Rat auf eine Tradition berufen, die bis ins 12. Jahrhundert zurückgeht. Mit dem *Verbundbrief* von 1396 schließlich entstand die erste städtische Verfassung. Damit wurde das Recht, aber auch die Pflicht des Rates begründet, für das Wohlergehen der Bürgerschaft zu sorgen. Ohne finanzielle Gestaltung, ohne solchen Spielraum werden dieses Recht zur Makulatur und die Pflicht zur Farce.

Wir haben ja noch viel vor. Denken Sie allein an die Entscheidungen, die heute und in nächster Zeit zu treffen sind: Neubau des Archivs, Vollendung der Archäologischen Zone und der anderen Regionale-Projekte, Oper und Schauspielhaus, Neubau der Fachhochschule, Umgestaltung von Neumarkt, Ebertplatz, Rudolfplatz, Barbarossaplatz und die anderen großen Projekte des Masterplans. Das alles und die vielen anderen Pläne und Ideen für Köln können nur umgesetzt werden, wenn wir auch das nötige Geld dafür haben und wenn wir den Willen haben, an einem Strang zu ziehen, und zwar in die gleiche Richtung.

„Es ist immer Zeit für einen neuen Anfang.“ - Diesen Satz von Adenauer habe ich schon einmal zitiert, und zwar am Ende meiner Rede zum Gedenken an den Einsturz des Historischen Archivs. Als ich am 29. März den Rückzug von meiner Kandidatur als Oberbürgermeister bekannt gegeben habe, habe ich mir gleichzeitig einen Neuanfang für die politische Kultur in unserer Stadt gewünscht, eine neue Kultur der Gemeinsamkeit und der Zusammenarbeit.

Die OB-Kandidaten haben ja alle im Wahlkampf gefordert: Politik wird anders. Köln kann mehr. Diese Parolen haben wir immer wieder gehört. Die großen Herausforderungen wie Integration, demografischer Wandel, Globalisierung, aber auch Klimawandel und Staatsverschuldung, diese Herausforderungen in einer zusammenwachsenden Welt in einer schnelllebigen Zeit erfordern einfach, dass wir uns immer wieder neu Gedanken machen, zum Beispiel auch über Strukturen und Aufgabenverteilung. Dabei bin ich überzeugt, meine Damen und Herren: Nur im Miteinander und nicht im Übereinander, nur im Fü-

reinander und nicht im Gegeneinander werden wir dieser Stadt gerecht. Und so hoffe ich, dass der neue Rat fortfährt mit dem ständigen Prozess der Veränderung und der Erneuerung; denn schließlich birgt jedes Ende auch die Gelegenheit zu einem neuen Anfang. Der Solidaritätszuschlag für Köln kommt leider nicht aus dem Staatssäckel. Er muss aus dem Innersten von jedem von uns kommen.

Meine Damen und Herren, Köln - das ist nicht nur ein beliebiger Name für eine beliebige Stadt. Köln - das ist Ihr Auftrag. Köln - das muss auch Ihre Passion sein. Unsere Stadt braucht Menschen, die sich für sie begeistern, die sich ihr hingeben und die sich sprichwörtlich aufopfern. Verwalten und Managen allein reichen da meines Erachtens nicht aus. In den letzten Jahren ist mir eines ganz besonders deutlich geworden: Wenn bei Ratsentscheidungen nicht das Gemeinwohl im Vordergrund stand, sondern Parteipolitik oder pure Ideologie, dann war es zum Schaden für unsere Stadt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wird sich auch zukünftig nicht ändern.

Wir Älteren wissen: Dieser wunderbaren Stadt gerecht zu werden, ist nicht leicht. Die Arbeit im Rat und alles, was dazugehört, ist anstrengend, zeitraubend und nicht immer vergnügungsteuerpflichtig. Es gibt stürmische Zeiten, in denen man sich warm anziehen muss. Es gibt Flauten, in denen man Geduld und einen langen Atem braucht. Es ist auch nicht immer leicht, die Segel richtig zu setzen. Aber die Mühen werden reichlich belohnt: durch das beglückende Gefühl, die Stadt mitgestalten zu dürfen und für die Menschen etwas zu erreichen. So rufe ich den neuen Mitgliedern des Stadtrates aus der letzten Sitzung des alten Rates und aus meiner langjährigen Erfahrung zu: Es lohnt sich - für die wunderbaren Menschen in dieser Stadt, für unser geliebtes Köln. - Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP - Die Ratsmitglieder der CDU erheben sich)

- Herzlichen Dank.

Meine Damen und Herren, ich rufe nun den Tagesordnungspunkt Aktuelle Stunde auf:

**01 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend**

**„Rücktritt von der beabsichtigten Schenkung eines Erweiterungsbaus für das Kölnische Stadtmuseum“**

**AN/1485/2009**

**02 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend „Verantwortung und Konsequenzen zur Stifterabsage für das Kölnische Stadtmuseum“**

**AN/1486/2009**

Dazu liegen mir bereits Wortmeldungen von Herrn Granitzka, Herrn Börschel, Frau Moritz, Herrn Sterck und Herrn Detjen vor. - Bitte schön, Herr Granitzka.

**Winrich Granitzka** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Seit gestern steht die Stadt erneut vor einem kulturellen Scherbenhaufen. Wir sind entsetzt über den Rückzug der Stifter vom Erweiterungsprojekt des Stadtmuseums und bedauern diese Entscheidung zutiefst. Aber wir haben sie zu respektieren angesichts der genannten Gründe. Die Stifter sprechen von einer unsachlichen und bössartigen Diskussion, von Anfeindungen und von unerträglich gewordenen Belastungen. Meine Damen und Herren, geht man so mit Stiftern um? - Ich sage für meine Fraktion ausdrücklich: Nein.

Ich kritisiere das Verhalten der Grünen und der Linken hier in diesem Rat, die für dieses Desaster hauptsächlich verantwortlich sind.

(Beifall bei der CDU, der FDP und bei pro Köln)

Jenseits aller Probleme, die es in der Verwaltung dabei gegeben haben mag, war das von Ihnen gezeigte Verhalten völlig inakzeptabel. Um nur einen Punkt zu erwähnen: Sie, Herr Detjen, haben mutwillig den Namen des Stifterehepaars gegen dessen ausdrücklichen Wunsch mehrfach in die Öffentlichkeit gezogen. Das lehnen wir ab.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir schulden den Stiftern Respekt und Dank, Dank auch dafür, dass sie so lange, nämlich fast zehn Jahre lang, geduldig an ihren Zielen festgehalten haben, wobei sie unseren Oberbürgermeister Fritz Schramma stets an ihrer Seite wussten.

(Jochen Ott [SPD]: Zehn Jahre lang?)

Nun aber kommt es zu einem betrüblichen Ende, zu einem Verlust für die Kultur in unserer Stadt.

Die Stifterkultur, die über Generationen hinweg, seit dem Mittelalter wichtige Früchte für diese Stadt getragen hat, ist mit Füßen getreten worden, und das nicht zum ersten Mal. Sie brauchen nur den Stifterrat des Wallraf-Richartz-Museums nach seinen Erfahrungen zu fragen. Es hat geradezu den Anschein, als wären Stifter und Spender für bestimmte Parteien in dieser Stadt lästige Leute, die Probleme und Arbeit machen. Da folgt man wohl eher der Devise: Bedenken statt bedanken! Ich finde das beschämend.

(Beifall bei der CDU und der FDP - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Denken sollte aber auch dabei sein!)

Dabei wird verkannt, was Stiften bedeutet. Es handelt sich um ein Geschenk an unsere Stadt und damit um ein gegenseitiges Geben und Nehmen.

Wahr ist aber auch, dass nicht nur die Interessen der Stifter, sondern auch die der beschenkten Bürgerinnen und Bürger zu wahren sind. Es ist legitim, Zielrichtung, Sinn und Ziel einer Stiftung öffentlich und politisch zu diskutieren. Aber noch einmal: Dabei dürfen der Respekt und die Anerkennung für diejenigen, die etwas stiften, nicht auf der Strecke bleiben.

(Beifall bei der CDU sowie von Dietmar Reppen [FDP])

Meine Damen und Herren, es darf nicht sein, dass großzügiger Bürgersinn an kleinkariertem Parteidenken scheitert, auch weil das, wie hier passiert, verheerende Folgen hat; denn damit wird potenziellen Stiftern ein künftiges Engagement nachhaltig verleidet. Dem überregionalen Ansehen dieser Stadt wurde wieder einmal ein schlechter Dienst erwiesen.

(Beifall bei der CDU sowie von Dietmar Reppen [FDP])

Es gilt nun, das Vertrauen von Stiftern zurückzugewinnen. Wir müssen klar zum Ausdruck bringen, dass Stiftern in dieser Stadt nicht Neid und Missgunst entgegenschlagen, sondern dass sie hier herzlich willkommen sind.

Wir brauchen für Politik und Verwaltung transparente, nachvollziehbare Standards, um ein erneutes Desaster à la Stadtmuseum zu verhindern. Meine Damen und Herren, dieser Verantwortung müssen wir uns alle, über alle Parteigrenzen hinweg, stellen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU, von Teilen der FDP und von Manfred Rouhs [pro Köln])

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Granitzka. - Für den zweiten Antragsteller spricht jetzt Herr Sterck.

**Ralph Sterck (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Bezüglich der Entwicklung in dieser Frage will ich hier etwas leisere Töne anschlagen, als es Kollege Granitzka eben getan hat.

Nachdem die Nachricht von der Rücknahme der Schenkung gestern in unsere Fraktionssitzung getragen wurde, herrschte bei uns betretenes Schweigen über die niederschmetternde Entwicklung in dieser Frage. Ein schwarzer Tag für die Stadt Köln.

Seit Jahren und Jahrzehnten hat sich insbesondere unsere Fraktion für die Erweiterung des Stadtmuseums eingesetzt. Unser ehemaliger kulturpolitischer Sprecher, Altbürgermeister Jan Brügelmann, hatte sich auch in seiner Funktion als Vorsitzender des Vereins „Freunde des Stadtmuseums“ dafür starkgemacht. Anfangs gab es große Probleme im Zusammenhang mit dem Grundstückserwerb für den Erweiterungsbau. Nachdem dieses Problem gelöst war, blieb die Finanzierung des Erweiterungsbaus lange Zeit ungeklärt. Wir hatten darauf gehofft, dass sich dieses Problem mithilfe der Stiftung lösen lassen würde.

Leider hat sich - das schließe ich mich den Worten an, die der Oberbürgermeister eben hier gefunden hat - in vielen Bereichen eine Kultur des Besserwissens eingeschlichen. Es gibt interessierte Kreise, die geradezu darauf warten, der Stadt am Zeug zu flicken und für die Stadt wichtige Dinge kaputtzumachen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Und das hat einen Namen!)

Die Anzeigen beim Regierungspräsidenten, bei der Staatsanwaltschaft oder heute bei der EU-Kommission in Brüssel gehören inzwischen zum Standardrepertoire. Allerdings waren es in dieser Sache neben den üblichen Verdächtigen, von denen wir diese Handlungen schon kennen, ganz neue Akteure, die sich dieses Instrumentariums bedient haben. Mit einer solchen Verhaltensweise kann man die Entwicklung einer Stadt vollkommen lähmen.

Der durch den Rückzug der Stifter entstandene Kollateralschaden ist noch gar nicht abzusehen. Köln hat - das hat Kollege Granitzka schon gesagt - über Jahrhunderte von Mäzenatentum und bürgerschaftlichem Engagement profitiert. Hier wird ein nachhaltiger Schaden bleiben. Welcher Stifter hat schon Lust, sich am Ende vor Staatsanwaltschaft und EU-Kommission verantworten zu müssen? Nach den Ankündigungen der letzten Tage, die einem Theaterdonner gleichen, werden die Stifter sehr genau abgewogen haben, ob sie der Ratsentscheidung vom 10. September in dieser Sache wirklich vertrauen können oder ob vielleicht doch ein jahrelanges Spießrutenlaufen auf sie zukommt, bei dem sie sich dafür rechtfertigen müssen, der Stadt etwas Gutes getan zu haben. Nach Abwägung dieser beiden Möglichkeiten haben sich die Stifter, wie ich glaube, dafür entschieden, die von ihnen beabsichtigte Schenkung zurückzuziehen.

Wir als FDP-Fraktion haben am 13. November 2008 einen Antrag mit dem Titel „Schaffung einer ehrenamtlichen Kuratorenstelle zur höheren Wertschätzung von Mäzenen“ in den Rat eingebracht. Dabei ging es insbesondere auch um die zehnjährige Odyssee, die die Stifter in Sachen Stadtmuseum ertragen mussten. Freundlicherweise - in Anführungszeichen - hat der Rat diesen Antrag im November letzten Jahres abgelehnt.

Heute sagt der künftige Oberbürgermeister Roters - ich zitiere aus der *Kölnischen Rundschau* -: „Ich werde daher eine Stelle beim OB ansiedeln, die sich speziell um Mäzene kümmert.“ - Alle Achtung! Da scheint jemand Lehren aus den Problemen, die wir hier gehabt haben, zu ziehen.

(Beifall bei der FDP sowie von Dr. Helge Schlieben [CDU])

Meine Damen und Herren, nach ganz fest kommt ganz lose. Dieser Handwerkerspruch in Bezug auf überdrehte Schrauben sei all denen ins Stammbuch geschrieben, die meinen, man müsse Mäzenen, Investoren, also Leuten, die ihr Geld in dieser Stadt lassen möchten, Daumenschrauben in Form von immer neuen Auflagen, Bedingungen, Verfahren und Kritik anlegen. Diese Leute werden ihr Geld nun in anderen Städten vorbeigehen. Diese Leute werden nun an Köln vorbeigehen. Das ist der große, zusätzliche Schaden, den wir in den kommenden Jahren zu beklagen haben werden. Nach ganz fest kommt ganz lose. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Sterck. - Für die SPD-Fraktion Herr Börschel, bitte.

**Martin Börschel (SPD):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Angelegenheit ist, seit sie die Stadtverwaltung vor etwa zehn Jahren erreicht hat, von Anfang an total vermurkst gelaufen. Als die politischen Vertreter vor etwa einem Jahr in diese Sache involviert wurden, waren die entscheidenden Fehler schon gemacht. Wer weiß - das muss man der Ehrlichkeit halber in dieser Debatte auch sagen -, wer in den vergangenen zehn Jahren in der Stadtspitze Verantwortung getragen hat, weiß auch, wer die entscheidende Verantwortung für dieses Desaster trägt. Dann hilft es auch nicht mehr, wenn man sich auf den letzten 100 Metern eines selbst verursachten Marathonlaufs plötzlich ins Zeug legt. Dann ist es einfach zu spät, eine solche Frage noch zum Positiven zu wenden.

Es besteht aus meiner Sicht überhaupt kein Zweifel daran, dass die Stadtspitze durch ihre jahrelange absolut ignorante Handhabung der Angebote der Stifter sowohl der Stadt Köln als auch der Kölner Tradition des Mäzenatentums schweren Schaden zugefügt hat. Durch aussitzen, Nichtkümmern, Hängenlassen und - das ist vielleicht fast das Schlimmste - teilweise falsch gelegte Fährten wie bei der Frage eines städtebaulichen Wettbewerbs wurden die Stifter in eine Situation gebracht, das Projekt selbst so weiter zu treiben, dass dadurch weitere Probleme, insbesondere in baukultureller Hinsicht, entstanden sind.

Angesichts der zehnjährigen Odyssee durch die Mühlen der Kölner Stadtverwaltung ist es sehr bedauerlich, dass von den Stiftern weiteres Entgegenkommen nicht mehr erwartet, sondern allenfalls noch erhofft werden konnte. Leider konnte dieses weitere Entgegenkommen nicht mehr erreicht werden, obwohl es vielversprechende Ansätze gab, die allerdings weder von der Stadtspitze noch - das muss ich ganz deutlich sagen - vom Kulturdezernenten konstruktiv moderiert wurden. Vielmehr hat man sich externer Dritter bedienen müssen, die wirklich eine großartige moderierende Leistung erbracht haben, die am Ende leider nicht von Erfolg gekrönt war.

Zur Ehrlichkeit in dieser Debatte gehört auch, zu sagen, dass die Stifter in mehreren Gesprächen während des letzten Jahres darauf hingewiesen wurden, dass die eine oder andere Veränderung

über die breite, im Rat vorhandene Mehrheit für die Annahme der Schenkung hinaus auch eine breite gesellschaftliche Zustimmung hätte bringen können. Aber, wie gesagt, den Anspruch auf Entgegenkommen hatte die Stadt durch das Handeln ihrer Stadtverwaltung verwirkt.

Diese zehnjährige Vorgeschichte war es auch, die die SPD-Fraktion dazu bewogen hat, Bedenken, die es durchaus gab, hintanzustellen und Ja zur Schenkung zu sagen. Alle, die jetzt, zum Beispiel in den heutigen Tageszeitungen, Krokodilstränen vergießen, müssen sich allerdings auch fragen lassen, welchen Beitrag sie an diesem Debakel haben, ob ihr Handeln verantwortungsbewusst im Sinne der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger war oder ob ihnen nicht Prinzipienreiterei wichtiger war als die Interessen der Stadt, die sich nun auf Jahre hinaus den so dringend notwendigen Anbau des Stadtmuseums nicht leisten können.

Köln entgeht nun eine große Chance. Anteil daran haben viele. Aber kontaminiert war das Ganze durch das Verhalten der Stadtspitze schon seit Jahren. Das ist außerordentlich bedauerlich. Ich hoffe sehr, dass alle Beteiligten die notwendigen Lehren für die Zukunft daraus ziehen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Börschel. - Für die Fraktion der Grünen Frau Moritz, bitte.

**Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Sie, Herr Oberbürgermeister, haben gestern die Öffentlichkeit vom Rückzug des Stifterehopaars unterrichtet. Die Überschrift Ihrer Pressemitteilung lautete: „Große Chance vertan“. Das sehen wir genauso. Auch meine Fraktion bedauert sehr, dass sich die Stifter zurückgezogen haben.

(Zurufe bei der CDU: Oh! - Walter Grau  
[CDU]: Das ist doch nicht glaubhaft!)

Ich bedaure vor allem, dass es nicht gelungen ist, zwischen den Stiftern und dem Rat einen Kompromiss zu finden, von dem beide Seiten, vor allen Dingen aber die Stadt hätte profitieren können. Es hätte die Stifter über alle Maßen geehrt, wenn Sie dem städtebaulichen Kompromiss zugestimmt hätten und ihnen in vertraglichen

Dingen vonseiten der Stadt entgegengekommen wären.

Herr Schramma und einige besonders populistische Ratsherren versuchen nun, die Verantwortung dafür den Kritikern der Schenkung zuzuweisen. Wir konnten ja gerade hören, dass Sie, Herr Granitzka, Bedenken für ausgesprochen kritikwürdig halten. In dem Wort „Bedenken“ steckt das Verb „denken“. Ich würde Ihnen raten, manchmal ein bisschen mehr zu bedenken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch wenn ich mich nicht gerne wiederhole, sehe ich mich doch gezwungen, noch einmal kurz die Position der grünen Ratsfraktion darzulegen, die wir bereits in der Ratsdebatte vom 25. September 2008 und der Diskussion im Hauptausschuss am 10. August 2009 vorgetragen haben. Ich fasse sie in drei Punkten zusammen:

Zum Ersten: Der kulturpolitische Gestaltungsspielraum der Stadt darf nicht eingeschränkt werden. - Wir haben es als kritisch angesehen, ob das durch den Vertrag sichergestellt werden kann.

Zum Zweiten. Die allgemein anerkannten Regeln der öffentlichen Baukultur müssen eingehalten werden.

Zum Dritten. Es darf keinen Zweifel daran geben, dass das Vergaberecht unverletzt bleibt.

Unsere Bedenken sind leider nicht ausgeräumt worden.

Ich lege allerdings Wert auf die Feststellung, dass wir Grüne und auch ich als Person zu keiner Zeit ehrverletzende Äußerungen gegenüber den Stiftern gemacht haben. Wir haben ihre Anonymität respektiert und auch nach der Abstimmung im Rat unsere Bereitschaft zu einer Kompromissfindung durch meine Teilnahme am Wettbewerbsverfahren als Mitglied der Jury dokumentiert.

Dass die Geschichte einer versuchten Schenkung nach zehn Jahren ein solches Ende nimmt, ist in der Tat skandalös. Man muss die Fehler analysieren und die Verantwortlichen benennen. Sich aber auf einen Sündenbock einzuschließen, der nichts anderes gemacht hat, als sein demokratisches Recht und seine verantwortliche Pflicht auszuüben, ist schon ein starkes Stück und ein Zeichen von schlechtem politischen Stil.



(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei benimmt sich Herr Sterck wie so häufig besonders lümmelhaft, was an sich nicht so schlimm wäre. Schlimmer ist, dass Sie, Herr Sterck, damit wieder einmal unter Beweis stellen, dass Sie ein großer Sprücheklopfer sind

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Genau!)

und von einer vertieften, differenzierten Diskussion nichts halten und dass Sie Kritik nicht mit Argumentation begegnen, sondern Kritik per se als schädlich und unberechtigt diskreditieren. Das ist eine Schande für einen liberalen Politiker!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen -  
Marco Mendorf [FDP]: Das ist eine  
Schande für Sie!)

Auch von einer Kampagne zu sprechen, deren Dreh- und Angelpunkt angeblich ich sei, ist eine unangemessene und böswillige Unterstellung mit paranoiden Zügen.

(Beifall bei Teilen des BÜNDNISSES  
90/DIE GRÜNEN)

Den BDA als verlängerten Arm der Grünen hinzustellen, ist infam. Herr Sterck, warum haben Sie nicht auch noch Herrn Rossmann von der FAZ oder den Gestaltungsbeirat in Ihre Verschwörungstheorie aufgenommen?

(Beifall bei Teilen des BÜNDNISSES  
90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir Fehler im Umgang mit Mäzenen und Stiftern diskutieren wollen, müssen wir zunächst einmal den Umgang der Verwaltung mit eben-diesen problematisieren. Die Politik war neun Jahre außen vor. Die Verantwortung für den endlosen Leidensweg des Stifterpaares muss der Verwaltung zugewiesen werden. Wie kann so etwas überhaupt sein? Wenn die Verwaltung das nicht kann, aus welchen Gründen auch immer, muss sie sich Hilfe holen oder die Kompetenzen anderweitig erwerben.

In diesem Zusammenhang würde es mich natürlich sehr interessieren, wie es um das Konzept zum Umgang mit Stiftungen und Schenkungen steht, das wir am 13. November hier im Rat diskutiert haben. Herr Sterck, gerade haben Sie wieder das gemacht, was Sie ständig machen: ein bisschen Wahrheit sagen und ein bisschen unterschlagen. Denn wir haben am 13. November einen Antrag beschlossen.

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

- Natürlich nicht Ihren Antrag. Diesen haben wir abgelehnt, allerdings nicht, weil wir keinen guten Umgang mit den Stiftern wollen, sondern weil wir die Art und Weise, die Sie vorgeschlagen haben, abgelehnt haben. - Wir haben zusammen mit der SPD damals sehr deutlich gemacht, woran es bisher gemangelt hat und was wir brauchen: Wir brauchen einen respektvollen, wertschätzenden Umgang mit potenziellen Stiftern und Schenkern. Dazu gehören aber auch Verbindlichkeit, Professionalität und Akzeptanz von bestimmten Regeln zum Wohle unserer Stadt.

(Marco Mendorf [FDP]: Luftblasen!)

So wäre uns allen diese unwürdige Debatte erspart geblieben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Moritz. - Für die Fraktion pro Köln Herr Rouhs, bitte.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Im rot-grünen Spektrum gibt es politische Akteure, die ein - ich greife einen Begriff meiner Vorrednerin auf - paranoides Verhältnis zu Menschen haben, die in der Lage sind, mehr zu leisten als andere und infolgedessen mehr besitzen als andere.

Wir sind uns mit dem linken Spektrum einig im Kampf um soziale Gerechtigkeit, in der Ablehnung von Hartz IV, in der Forderung, dass für jedermann ein gewisses Grundeinkommen garantiert sein sollte, dass gerade unter wertkonservativen Blickwinkeln soziale Gerechtigkeit ein wichtiger politischer Programmpunkt sein muss. All das ist gar keine Frage. Anhand der jetzt geführten Diskussion wird allerdings deutlich, dass es in der Beurteilung der Frage, wie mit Leistungsträgern umzugehen ist, zwischen uns große Unterschiede gibt.

Ich glaube, dass ein Teil der Menschen Ihres politischen Spektrums Lenin zwar gelesen, ihn vielleicht aber nicht in vollem Umfang und richtig verstanden hat, ein Problem, was wir seit geraumer Zeit in Ihrer politischen Szene feststellen. Deshalb will ich Sie an eine Begebenheit erinnern, die sich zu Beginn der siegreichen russischen Revolution zum Ende des Ersten Weltkriegs zugetragen hat. Damals zog Wladimir Il-

jitsch Lenin los, um unter Fabrikarbeitern für die Revolution zu werben. Lenin hielt also eine flammende Rede für die Werte der Revolution. Da die Revolution noch in den Kinderschuhen steckte, war es seinerzeit noch zulässig, hinterher Fragen zu stellen und Lenin zu kritisieren. Einer der Fabrikarbeiter - von Kopf bis Fuß in Lumpen gehüllt - sagte: Hör mal, Genosse Lenin, du da oben hast gut reden. Du stehst da in deinem Pelzmantel. Dir geht es gut. Du hast dein Auskommen. Bei dir ist alles in Ordnung. Aber schau uns an, die wir hier stehen in unserem E-land. Wie sollen wir dir denn glauben? Du gehörst doch schon lange nicht mehr zu uns. - Darauf antwortete Lenin: Genosse, du hast eine Sache nicht richtig verstanden- das sage ich hier auch den Roten und den Grünen -: Ich will nicht zu euch heruntersteigen. Ich will, dass ihr zu mir hinaufkommt.

Meine Damen und Herren, darum muss es gehen. Es ist völlig sinnlos, Leuten wie Frau Schaeffler unlängst oder wie Herrn Lenin im Jahr 1918, die den PR-Fehler begangen haben, im Pelzmantel vor Arbeitern Volksreden zu halten, zu sagen: Euch nehmen wir jetzt den Pelzmantel weg, versteigern ihn und teilen den Erlös untereinander auf. Vielmehr ist es nötig, dass wir diejenigen, die leistungsfähiger sind als andere, akzeptieren und fördern, wo immer es geht. Das heißt aber auch, dass man in dem Moment, in dem sich jemand aus diesem Spektrum engagieren will, akzeptieren muss, dass auch er ein Gestaltungsrecht hat. Das bedeutet: Wenn jemand als Schenker an die Stadt herantritt und der Rat diese Schenkung angenommen hat, darf der Schenker natürlich nicht a priori jede Einflussmöglichkeit verlieren, was mit dem passiert, das er der Allgemeinheit zur Verfügung stellt.

Hier setzt Ihr Denkfehler ein. Sie meinen, das einem Apparat unterwerfen zu können, in dem ausschließlich Sie selbst bestimmen. Sie gehen davon aus, dass dieser Apparat eine höhere Kompetenz hat. Wenn dem so ist, warum sind dann die Akteure, die in diesem Apparat tätig sind, nicht selbst in der Lage, volkswirtschaftliche Werte in einem Umfang zu erwirtschaften, die sie persönlich auch in die Situation versetzen, solche Schenkungen vornehmen zu können? Meine Damen und Herren, das ist Ihr Denkfehler. Dieser führt dazu, dass Sie zunächst mit einer Blockadehaltung an Menschen herangehen, die dieser Stadt etwas Gutes tun wollen, und dass Sie am Ende schlichtweg Sabotage verüben. Das Nichtzustandekommen dieser Zuwendung ist ganz offensichtlich auf eine solche, aus ideologischer Verblendung resultierende Sabotage

zurückzuführen. Meine Damen und Herren, das ist eine Schande für jeden Einzelnen, der sich an diesen Aktivitäten beteiligt hat.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Detjen, bitte.

**Jörg Detjen** (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Linke ist nicht gegen Stifter und Mäzene. Hundertfach hat unsere Fraktion im Rat Schenkungen zugestimmt; das werden wir auch heute wieder tun. Wir sind aber gegen einen Kurs der Privatisierung in der Kulturpolitik. Das habe ich in meinen Reden hier im Rat immer wieder deutlich gemacht. Deshalb haben wir den Vertrag mit den Stiftern nicht befürwortet. Die Verwaltung, die CDU und die FDP wollen Stiftern Zugriffsrechte auf den laufenden Kulturbetrieb eines Museums ermöglichen. Genau das lehnen wir ab.

Sie haben die Diskussion um den Anbau des Stadtmuseums mit einer Grundsatzfrage verbinden wollen. Die Stifter waren schlecht beraten, dieses Spiel mitzumachen. Warum haben die Verwaltung und Sie, Herr Oberbürgermeister, den Stiftern nicht von Anfang an die Absicht ausgedrückt, auch noch über die Renovierungshöhe des alten Gebäudes ohne Ausschreibung verfügen zu wollen? Sie müssten doch langsam wissen, dass in Köln Projekte ohne Ausschreibung sofort anrücklich sind.

Der BDA hat sich klar dazu geäußert und diesen Kurs heftig kritisiert. Es hat sich die Bürgerbewegung „Köln kann auch anders. Schluss mit lustig!“ gebildet. In den neu gewählten Rat der Stadt Köln wird die Gruppe „Meine Freunde“ einziehen, die ebenfalls diese Politik kritisiert. Es gibt also im bürgerlich-alternativen Spektrum, weit von den Grünen entfernt, auch noch andere Positionen, die das, was Sie machen, kritisieren.

Ich möchte Sie des Weiteren darauf aufmerksam machen, dass auch Ihr Organ, die *FAZ*, ein neo-liberales Organ, Ihre Politik kritisiert hat. Anhand von drei Zitaten möchte ich das hier noch einmal deutlich machen - ich zitiere aus der *FAZ* -:

Die Stifter bestimmen auch den Architekten und sogar Bauunternehmer, der die Gebäude schlüsselfertig liefert.

Zur fehlenden Ausschreibung schreibt die *FAZ*:

So riskiert die Kommune eine Schadensersatzklage, wie schon in dreistelliger Millionenhöhe wegen der Messe droht.

Abschließend führt die *FAZ* aus:

Selten hat Köln so provinziell ausgehen wie in dieser Affäre. Lange hat sich die Stadtverwaltung nicht mehr so vorführen lassen.

Das schreibt Ihr Organ, die *FAZ*.

Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, haben nicht erkannt, dass in Ihrem bürgerlichen Lager die Architekten und die Künstler ganz andere Positionen vertreten und dass Sie in der öffentlichen Diskussion in Köln im Prinzip isoliert sind. Darüber sollten Sie einmal nachdenken.

(Beifall bei der Linken.Köln - Helmut Jung [CDU]: Neiddebatten!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Ich eröffne die zweite Runde. - Herr Breite, bitte.

**Ulrich Breite** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich wegen des sehr emotionalen Wortbeitrags von Frau Moritz gemeldet. Sie haben sich echauffiert.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich war ganz cool!)

- Sie waren genauso „cool“ wie vor einem Jahr, als wir über diese Stiftung gesprochen haben. Daran kann ich mich noch sehr gut erinnern; das kann man auch dem Ratsprotokoll entnehmen. Damals waren Sie auch so was von „cool“, Frau Moritz. Heute folgte sozusagen Teil zwei Ihrer „coolen“ Rede von damals.

Frau Moritz, Sie haben heute die FDP-Fraktion und namentlich unseren Vorsitzenden angegriffen und ihm Populismus vorgeworfen. Wenn ich mir allerdings die Erklärung des Stifterehepaars noch einmal vor Augen führe, dann sind die von ihm angeführten Belastungen, welche letztlich zum Rückzug der Schenkung geführt haben, nicht auf das Verhalten der FDP-Fraktion oder unseres Fraktionsvorsitzenden zurückzuführen. Diese Adressaten meinte das Stifterehepaar nämlich nicht. Frau Moritz, Sie sollten einmal ü-

berlegen, wen das Stifterehepaar damit gemeint hat.

Sie haben angesprochen, dass es neun Jahre gedauert hat, ehe wir Politiker in diese Sache einbezogen worden sind. Sie haben vollkommen recht: Neun Jahre sind viel zu lang. Die diesbezüglich von Ihnen geäußerte Kritik unterstreicht auch die FDP, keine Frage. Wichtiger erscheint mir aber, darüber zu sprechen, was wir hätten tun können, um dieses zu heilen, um diese Stiftung für die Stadt doch noch zum Erfolg zu führen. Ich bin der Meinung, das, was die Politik, aber auch andere Gruppen in diesem Zusammenhang getan haben, war nicht gerade rühmlich. Selbstverständlich kann man sagen: Bei der Stiftung möchten wir ein Mitspracherecht. Aber wenn die Stifter den Eindruck bekommen, sie sollen nur das Geld dafür geben, damit sich andere verwirklichen können, kann ich verstehen, dass sie damit ein Problem haben.

Manchmal macht auch der Ton die Musik, und da stimmte einiges nicht. Wie im Protokoll nachzulesen ist,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Habe ich hier!)

waren Sie nämlich gar nicht so cool. Das Stifterehepaar hat dort oben auf der Tribüne gesessen und Ihnen zugehört. Auch wenn ich mich nicht in sie hineinversetzen kann, so kann ich mir doch vorstellen, was sie in ihrer Erklärung mit Belastungen gemeint haben. Sie haben auch heute wieder eine Rede gehalten, bei der Sie sich echauffiert und auf alle mit dem Finger gezeigt haben.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wer zeigt denn hier mit dem Zeigefinger? - Gegenrufe: Sie!)

Bedenken Sie dabei immer, dass vier von den Fingern einer Hand wieder auf den Zeigenden zurück zeigen. Sie haben hier namentlich unseren Fraktionsvorsitzenden der FDP-Fraktion genannt.

(Angela Spizig [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber es steht doch in der Zeitung!)

- Ich brauche die Zeitung *FAZ* nicht zu lesen, Frau Spizig. Ich gehe auf das ein, was Ihre Fraktionsvorsitzenden hier vorgetragen hat. - Das werden sicherlich auch die Stifter lesen. Der nachdenklichen Rede unseres FDP-Fraktionsvorsitzenden werden sie eher entnehmen können, was hier alles falsch gelaufen ist. Ich bin der Meinung, dass das nicht nur an der

Verwaltung lag. Deren Versäumnisse hätten wir im zurückliegenden Jahr noch heilen können. Leider haben wir das nicht geschafft. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön. - Frau Blum, bitte.

**Carola Blum (CDU):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte eigentlich keine zweite Runde eröffnen, aber da Herr Breite jetzt schon gesprochen hat, möchte ich auch noch etwas dazu sagen.

Stiftung bedeutet, dass privates Geld und privates Engagement sich mit öffentlichen Belangen und öffentlichem Interesse in fruchtbringender Weise vermischen.

(Beifall von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Wenn einige hier diese Dinge ideologisierend kaputtmachen - da setze ich jetzt bei Herrn Detjen an -, erreicht man damit vielleicht Areale mit vielen Parkplätzen, nicht aber öffentliche Gebäude, die zum Wohl und Ruhm der Stadt beitragen.

Es war mir unerträglich, zu hören, wie Sie, Frau Moritz und Herr Börschel, die Sie die Verursacher dieses Desasters sind, vor dem wir jetzt stehen, eben den Spieß umgedreht und einzelne Fraktionsmitglieder in einem Stil beleidigt haben, der unter der Gürtellinie war.

(Beifall bei der CDU und der FDP - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wer lesen kann, hat mehr vom Leben!)

Im Kulturausschuss am Montag habe ich ein nachdrückliches Plädoyer dafür gehalten, dass gerade dieser Ausschuss so kurz vor der Beschlussfassung in der heutigen Ratssitzung ein Zeichen setzen muss, weil mit diesem Beschluss den Stiftern ein positives Signal gegeben und unser Dank zum Ausdruck gebracht wird. Durch die Ablehnung der Grünen und das zögerliche Verhalten der SPD ist das kaputtgemacht worden. Das hat wahrscheinlich im erheblichen Maße dazu beigetragen, dass die Stifter entscheiden haben, dass sie das, wenn es so weitergeht, dass es auch hier im Rat wieder zu Diskussionen kommen wird, ja, dass es bei jedem einzelnen Schritt zu Diskussionen kommen wird, nicht

mehr mitmachen können und wollen. Statt andere Leute zu beleidigen, sollten Sie zur Kenntnis nehmen, dass Sie das zu verantworten haben.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist Ihre letzte Sitzung heute: Gott sei Dank!)

- Danke, Herr Börschel. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, ich bin natürlich genauso wie wahrscheinlich alle hier darüber betrübt, dass das Vorhaben nicht zustande gekommen ist.

(Karsten Möring [CDU]: Offensichtlich nicht wie alle!)

- Ich hatte ja gesagt: wahrscheinlich alle. Es gibt sicherlich einige wenige, die das anders sehen. Aber die große Mehrheit des Rates hätte sicherlich gerne heute Ja gesagt. Das hatte sich ja im Hauptausschuss schon angedeutet. Nun ist es nicht dazu gekommen.

Ich möchte zwei Dinge anbieten und damit die Chance geben, eine ganz bestimmte Mär zu korrigieren.

Ich habe keine Lust, mündlich dazu Stellung zu nehmen, biete aber erstens allen Fraktionen an, die Genesis unserer Gespräche über all die Jahre - das erste Gespräch mit mir hat am 3. Dezember 2004 stattgefunden - schriftlich darzulegen. Nebenbei bemerkt, es waren übrigens nicht zehn Jahre, die ich diese Gespräche geführt habe, vorher hatte es andere Gesprächspartner auch zu anderen Projekten gegeben. Dann können Sie das alles noch einmal nachlesen und sich ein Bild machen beziehungsweise das Bild, das Sie bisher haben, korrigieren. Wenn Sie dann das Protokoll Ihrer heutigen Reden noch einmal lesen und das von mir Niedergelegte dagegenhalten, werden Sie sicherlich das eine oder andere richtigstellen müssen.

Zum Zweiten biete ich Ihnen an, bei den Stiftern selbst anzurufen. Sprechen Sie doch einmal mit ihnen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben doch mit denen gesprochen!)

Fragen Sie sie, wie sie sich vonseiten der Verwaltung behandelt und betreut fühlten, und nehmen Sie dann deren Antwort bitte auch einmal zur Kenntnis. Mehr will ich zu diesem Thema jetzt nicht sagen.

Wir kommen nun zur Abstimmung, wie wir mit dem Thema dieser Aktuellen Stunde weiter verfahren. Zum einen könnten wir es in die Verwaltung geben. Das hätte jedoch keinen Zweck; denn ich wüsste nicht, was an der Stelle jetzt noch zu tun wäre. Wir haben in den letzten Tagen und Stunden sehr intensive Gespräche geführt. Dennoch sind die Stiftung und die Stifter bei ihrer Entscheidung geblieben. Zum anderen könnten wir das Thema in die Ausschüsse verweisen. Aber auch das würde keinen Sinn machen. Die dritte Möglichkeit wäre - ich sehe das als die einzig mögliche Variante an, über die wir abstimmen können -, das Thema der Aktuellen Stunde als erledigt zu betrachten. Das kann man nur mit großem Bedauern tun.

Ich lasse nun darüber abstimmen. Wer dagegen ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist keiner. Enthaltungen? - gibt es auch nicht. Dann ist es so beschlossen und die Aktuelle Stunde beendet.

(Karsten Möring [CDU]: Ein makaberer Ende!)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

## 1. Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

Zu Tagesordnungspunkt 1.1:

### 1.1 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig hier: Schenkung des zweiteiligen Werkes „Venedig“ von Isa Genzken durch die Gesellschaft für Moderne Kunst 3160/2009

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 1.2:

### 1.2 Schenkung zur Ergänzung des Ratssilbers 3361/2009

Ich möchte Ihnen die Stücke sowie die jeweiligen Stifter genauer benennen. Unser Dank geht an Herrn Dr. Patrick Adenauer für die Stiftung eines

Brottellers und eines Platztellers, Herrn Artur Grzesiek für die Stiftung eines kompletten Gedecks, Herrn Christopher Freiherr von Oppenheim für die Stiftung von zwei Brottellern, an die DKV, Herrn Günter Dibbern, für die Stiftung eines kompletten Gedecks und eines Bechers, an die BCG, The Boston Consulting Group, Herrn Dr. Heiner Leisten für die Stiftung eines kompletten Gedecks sowie an Herrn Dr. Leisten persönlich für die Stiftung eines Bechers.

Gibt es dazu Wortmeldungen oder Fragen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen von Grünen und Linken.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Einigel!)

- Es waren etwas mehr als nur einige dagegen. Die Linke hat aber komplett dagegen gestimmt. Habe ich das richtig gesehen?

(Zuruf von der Linken.Köln: Ja!)

Also: Gegenstimmen von einer Mehrheit der Grünen sowie von der Linken komplett. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das trotzdem so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 1.4:

### 1.4 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Kunst- und Museumsbibliothek hier: Schenkung der Sammlung Künstlerinnen von Ingrid Kleinebrahm 3421/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 1.5:

### 1.5 Schenkung eines Rettungsbootes und eines Bootstrailers für die Freiwillige Feuerwehr Köln, Löschgruppe Fühlingen durch den Förderverein der Löschgruppe Fühlingen 3158/2009

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Das ist einstimmig so beschlossen.

Rat und Verwaltung möchten an dieser Stelle den Stiftern ausdrücklich Danke sagen für die großzügige Zuwendung an die Stadt Köln.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

## 2. Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

### 2.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 2.1.1:

#### 2.1.1 Antrag der CDU-Fraktion betreffend Projekt „Kölner Jahr der Umwelt 2011“ AN/1378/2009

Hierzu hat sich zunächst Herr Dr. Paul gemeldet.

**Dr. Michael Paul** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Umweltschutz in einer Großstadt wie Köln hat viele Facetten: Angefangen bei unseren grünen Systemen wie dem Grüngürtel und den Grünzügen, die sich andere europäische Städte zum Vorbild nehmen, über Aspekte wie Arbeit und Leben in einer Großstadt, die ja auch zur Verschmutzung und Belastung der Umwelt beitragen, beispielsweise durch den Eintrag von Schadstoffen, bis hin zu Fragen des Klimawandels in einer Stadt wie Köln, einer Stadt am Strom.

In der öffentlichen Wahrnehmung stehen immer Einzelaspekte im Mittelpunkt. Dabei ist klar, dass die verschiedenen Bereiche des Umweltschutzes zusammenhängen. Das liegt unter anderem daran, dass in der Verwaltung verschiedene Stellen für Umwelt und Grün zuständig sind, was dazu führt, dass die Gemeinsamkeiten nicht genügend herausgearbeitet werden.

Wir schlagen vor, das Jahr 2011 zum „Kölner Jahr der Umwelt“ auszurufen. Dazu wollen wir der Verwaltung den Auftrag geben, in Köln eine Veranstaltungsreihe ins Leben zu rufen, die die ganze Bandbreite des Umweltschutzes mit all seinen Facetten der breiten Öffentlichkeit erfahrbar und erlebbar macht. Das schließt auch die Frage ein, welchen Beitrag der Einzelne zum Umweltschutz in Köln leisten kann und welche Chancen sich für den Einzelnen daraus ergeben können.

Die Themenfelder können Sie unserem Antrag entnehmen. Ich will einige noch einmal kurz nennen:

Wir wollen die Umwelt als natürlichen Lebensraum erfahrbar machen. Dabei geht es nicht nur um den Grüngürtel und den Rhein, sondern auch um Themen wie Artenschutz in einer Großstadt.

Ein weiterer Themenbereich ist die Einbindung der Bürger. Welchen Beitrag kann der Einzelne leisten? Wie gehen wir mit dem Thema Umweltbildung in einer Stadt wie Köln um?

Ein weiteres Themenfeld haben wir Umwelt, Arbeit und Wirtschaft genannt. Dabei wollen wir hervorheben, dass Umweltschutz auch Chancen für die Wirtschaft, für die Unternehmen bietet. Wir wollen aufzeigen, dass Umweltschutz auch ökonomisch profitabel für Unternehmen ist. Ein typisches Beispiel dafür ist übrigens das Projekt ÖKOPROFIT, an dem sich Unternehmen beteiligen, die sich umweltfreundlich verhalten und damit sowohl einen Beitrag zur eigenen wirtschaftlichen Stärke als auch zur Verbesserung der Umweltsituation leisten.

Wir schlagen vor, den bisherigen Kölner Umweltpreis, den es für hervorragendes ehrenamtliches Engagement gibt, zu einem Bürgerpreis „Umweltschutz in Köln“ weiterzuentwickeln und diesen mit einem zweiten Preis, nämlich dem „Preis für technische Innovationen im Bereich des Umweltschutzes“, zu verbinden; denn nur mithilfe technischer Innovationen werden wir in Zukunft den Umweltschutz vorteilhaft gestalten können.

Bezüglich der Finanzierung unseres Vorschlags gehen wir davon aus, dass die Entwicklungsphase, also die Zeitspanne, die die Verwaltung braucht, zu sagen, welche Maßnahmen im Einzelnen für das Jahr 2011 zu treffen sind, haushaltsneutral realisiert werden kann. Die Umsetzung dieser Maßnahmen im Jahr 2011 soll im Wesentlichen durch Sponsoring finanziert werden. Wenn das jedoch - da müssen wir Farbe bekennen - nicht kostenneutral zu gewährleisten ist, müssen entsprechende Mittel dafür im Haushalt bereitgestellt werden. Auch wenn wir zunächst nur die Konzeption in Auftrag geben wollen, sage ich an dieser Stelle ganz bewusst: Uns muss der Umweltschutz in der Stadt Köln auch etwas wert sein. Deshalb möchte ich Sie, meine Damen und Herren, ganz herzlich um Zustimmung zum Antrag der CDU-Fraktion bitten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Paul. - Für die SPD Herr Bacher, bitte.

**Götz Bacher** (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Vorsitzen-

der des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün freue ich mich natürlich, dass in der letzten Sitzung *dieses Rates* das Thema Umwelt einmal an erster Stelle der Tagesordnung steht. Zu oft ist dieses Thema in den letzten Jahren durch andere, scheinbar dringlichere Themen in den Hintergrund gedrängt worden. Das sollte sich ändern. Die Bewahrung unserer Umwelt und damit letztlich der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen muss künftig viel stärker ins Bewusstsein gerückt werden, gerade auch bei kommunalpolitischen Entscheidungen.

Dabei ist das Ziel, das Sie, meine Damen und Herren von der CDU, in Ihrem Antrag formulieren, sicherlich richtig. Seit Karl Marx wissen wir alle: Das Sein bestimmt das Bewusstsein. Deshalb bin ich auch überzeugt, dass man umweltgerechtes Verhalten nachhaltig letztlich nur dann erreichen kann, wenn die Menschen verstehen, warum es geht und warum sich das für sie lohnt. Anders ausgedrückt: Umweltbildung ist ein ganz wichtiger Faktor wirksamer Umweltpolitik.

Dennoch werden wir hier und heute gegen Ihren Antrag votieren, auch wenn es für Sie, Herr Dr. Paul, sicherlich ein schönes Abschiedsgeschenk gewesen wäre, wenn wir Ihrem Antrag zustimmen würden.

(Magret Dresler-Graf [CDU]: Dann macht es doch! - Heiterkeit)

Lassen Sie mich kurz die Gründe hierfür nennen:

Erstens. Ich halte es für keinen guten politischen Stil, in der letzten Sitzung *dieses Rates* ohne Bedrängnis einen Beschluss zu fassen, der dem neu gewählten Rat wesentliche Spielräume nimmt.

(Widerspruch bei der CDU)

Das von der CDU hier angedachte Projekt würde erhebliche Ressourcen binden, über die der künftige Rat nicht mehr verfügen könnte. Ich darf in diesem Zusammenhang auf die prekäre Haushaltssituation hinweisen. Gerade auch vor diesem Hintergrund halte ich einen solchen ungewollenen Zugriff auf Ressourcen zum jetzigen Zeitpunkt für undemokratisch. Es sollte doch dem neu gewählten Rat überlassen bleiben, wie er gedenkt, die Thematik Umwelt stärker in das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zu rücken.

Zweitens. Der noch amtierende Rat hat zahlreiche Projekte, auch im Bereich der Umweltbildung, auf den Weg gebracht. Ich erinnere an die zuletzt bereitgestellten Haushaltsmittel für den

Einsatz von Abfallberatern an Schulen. Mangels Kapazitäten ist dieses Projekt noch immer nicht realisiert. Ich plädiere sehr dafür, der Umweltverwaltung zunächst die Chance zu geben, bereits beauftragte Projekte zu realisieren. Jetzt zusätzliche Projekte auf den Weg zu bringen, würde die Gefahr mit sich bringen, letztlich keines wirklich umsetzen zu können. Damit würde der kommunalen Umweltpolitik sicherlich ein Bärendienst erwiesen.

Drittens. Last, but not least würde ich mir wünschen, dass ein solcher Antrag, wie ihn die CDU dem Rat heute zur Abstimmung vorschlägt, in Hinblick auf Aufwand und Möglichkeiten zunächst dringend im Fachausschuss vorberaten werden sollte.

Die genannten Gründe zusammengenommen sprechen aus unserer Sicht klar gegen eine Beschlussfassung hier und heute. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Bacher. - Herr Brust für die Grünen, bitte.

**Gerhard Brust** (Bündnis 90/Die Grünen): Lieber Michael Paul! Wir haben Verständnis dafür, dass du heute hier im Rat noch einmal eine Abschiedsrede halten wolltest. Du hast dich ja entschieden, nicht mehr für den Rat zu kandidieren. Stattdessen kandidierst du nun für den Bundestag und nutzt diese Gelegenheit hier, Wahlkampf zu machen. Kein Verständnis haben wir allerdings dafür, dass du das Thema Umwelt allein unter diesem taktischen Gesichtspunkt siehst, es als Aufhänger missbrauchst, um noch einmal eine letzte Rede halten zu können, ohne dir Gedanken darüber zu machen, welche katastrophalen Folgen mit der Annahme dieses Antrags für die Umweltpolitik und das Umweltamt in den nächsten zwei Jahren verbunden wären.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Winrich Granitzka [CDU]: So ein Blödsinn!)

Als Mitglied des Umweltausschusses weißt du genau, wie extrem knapp die personellen und finanziellen Ressourcen im Umweltamt sind und dass eine Annahme dieses Antrags nichts anderes bedeuten würde, als dass das Umweltamt

seine Aufgaben für die nächsten zwei Jahre weitgehend einstellen müsste, um all das abzuwickeln, was von eurer Seite vorgeschlagen wird: Es soll ein Konzept erarbeitet werden, es sollen Sponsoren gesucht werden, es soll eine Veranstaltungsreihe entwickelt werden und so weiter.

Ich will das an mehreren Beispielen deutlich machen:

Erstes Beispiel: Umweltbildung. Wir haben genau eine Mitarbeiterin im Umweltamt, die in die Schulen gehen und dort Umweltbildung vermitteln kann. Wir sind dafür, dass sie weiterhin in die Schulen gehen und dort tatsächlich Bildung betreiben kann, statt ab sofort nur noch Konzepte zu schreiben, Veranstaltungen vorzubereiten und Preisausschreibungen zu betreuen. Dafür haben wir im Moment keine Ressourcen. Vielmehr müssen wir die Mitarbeiter, die wir haben, sinnvoll einsetzen und versuchen, in der Haushaltskrise, die wir zu spüren bekommen werden, die Projekte zu retten, die wir bereits beschlossen und auf den Weg gebracht haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweites Beispiel: Was sollten wir denn den Leuten sagen, wenn wir die von der CDU vorgeschlagene Veranstaltungsreihe machen würden? Was sagen wir ihnen zum Beispiel zum Baumschutz? Wir haben in den letzten Wochen erfahren, dass wir zwar eine Baumschutzsatzung haben, diese aber seit Jahren nicht angewandt wird, weil kein Personal für die Kontrolle der Nachpflanzungen vorhanden ist. Die Verwaltung schlägt uns heute unter Punkt 9.21 vor, zwei Stellen zuzusetzen, damit diese Satzung nicht Makulatur bleibt, sondern deren Einhaltung auch kontrolliert werden kann. Die CDU hat sich dagegen ausgesprochen, an dieser Stelle Personal einzusetzen. Sie überlässt es den anderen drei Parteien, heute zu beschließen, dass diese beiden Stellen geschaffen werden, und zwar haushaltsneutral. Allein die Gebühren und die Bußgelder werden dazu führen, dass diese beiden Mitarbeiter ihr Geld selbst erwirtschaften werden.

Wenn wir heute diesen CDU-Antrag annähmen, würde das bedeuten, dass auch diese beiden Leute in den nächsten Jahren nicht dazu kämen, ihre eigentliche Arbeit zu machen. Vielmehr müssten sie sich damit beschäftigen, Veranstaltungen vorzubereiten. Auf diesen Veranstaltungen müssten sie dann den Leuten erklären: Wir haben zwar eine Baumschutzsatzung, aber lei-

der kann deren Einhaltung nicht kontrolliert werden.

Drittes Beispiel: Wir haben das CO<sub>2</sub>-Minderungskonzept beschlossen. Die Verwaltung verfügt nur über äußerst knappe Ressourcen, um dieses Konzept umzusetzen. Der künftige Rat wird einen Beschluss zur Mittelbereitstellung fassen müssen, damit die Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Minderung wie zum Beispiel das Programm zur Altbausanierung vernünftig umgesetzt werden können. Im Rahmen dieses Sanierungsprogramms werden natürlich auch Veranstaltungen stattfinden, aber erst dann, wenn das entsprechende Konzept vorliegt. Erst dann werden wir den Leuten erklären können, wie sie ihre Häuser sanieren können und woher sie die Fördergelder bekommen.

Viertes Beispiel: ÖKOPROFIT. Euer Vorschlag lautet: Dazu sollen Veranstaltungen stattfinden. Natürlich werden wir Veranstaltungen dazu machen; denn das Projekt ÖKOPROFIT haben wir längst beschlossen. Die Verwaltung arbeitet bereits an der Umsetzung. Im Rahmen dieser Umsetzung wird es selbstverständlich auch Veranstaltungen geben für Betriebe, die sich daran beteiligen wollen.

Ich würde mir von der CDU im neuen Rat wünschen, von so populistischen Anträgen wie diesem Abstand zu nehmen; denn damit verhält sie sich angesichts der jetzigen Haushaltslage völlig verantwortungslos. Wenn sie wirklich einen Beitrag leisten will, sollte sie Überlegungen anstellen, wie wir das mehr als 100-Millionen-Haushaltsloch im nächsten Jahr schließen können, ohne bereits beschlossene Projekte aufgeben zu müssen. Hier lediglich aufzulisten, was man der Verwaltung noch alles aufbürden könnte, gleichzeitig aber keine Bereitschaft zu zeigen, dafür mehr Personal einzusetzen, ist ein falscher Denkansatz.

Wir haben uns lange überlegt, ob man diesen Antrag in die Haushaltsberatungen schieben oder in den Umweltausschuss verweisen kann. Aber jeder hier weiß doch, dass wir im nächsten Jahr keine Ressourcen haben werden, um der Umweltverwaltung zusätzliches Personal für die Vorbereitung dieser Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen. Deswegen wäre es Zeitverschwendung, diesen kleinen Umweg zu nehmen. Deshalb werden wir Ihren Antrag direkt ablehnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Brust. - Für die FDP Frau Gebauer.

**Yvonne Gebauer (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Umweltschutz - ein inhaltsreiches Wort mit weitreichenden Folgen, jedermann geläufig, vielfach, mitunter aber nicht ausreichend praktiziert. Unsere eine Umwelt und ihr Schutz dürfen nicht nur und ausschließlich die Sache von Spezialisten sein. Umweltschutz bedeutet die Sicherung unserer Zukunft und ist daher eine gesellschaftliche Aufgabe. Diese konkrete Aufgabe heißt für die Stadt: Kölnerinnen und Kölner, ob Jung oder Alt, sollen den Umweltschutz, den sorgsam Umgang mit unserer Umwelt als Bestandteil einer modernen Lebenskultur verinnerlichen. Es gilt, eine noch höhere Sensibilisierung für ein gemeinverträgliches, umweltgerechtes Leben herbeizuführen.

Im Rahmen dieser bereits praktizierten Sensibilisierung unserer Kölner Bürgerinnen und Bürger vergibt die Stadt seit Jahrzehnten, nämlich seit 30 Jahren, alle drei Jahre den Kölner Umweltschutzpreis. Die letzten Preisträger erhielten im Oktober vergangenen Jahres durch Sie, Herr Oberbürgermeister, diese Auszeichnung. In nunmehr zwei Jahren, also im Jahr 2011, wird der nächste Kölner Umweltschutzpreis vergeben, wenn er nicht den von Rot-Grün angedrohten Sparmaßnahmen in Bezug auf den Haushalt zum Opfer fällt.

Dieses Jahr der nächsten Preisvergabe hat die CDU-Fraktion zum Anlass genommen, ein „Kölner Jahr der Umwelt 2011“ ins Leben rufen zu wollen. Im Rahmen einer einjährigen Veranstaltungsreihe sollen den Kölner Bürgerinnen und Bürgern die Bedeutung und der Wandel ihrer natürlichen Lebensgrundlagen bewusst gemacht werden. Dabei sollen auch weitere Preise für die Bereiche Ehrenamt und Innovation vergeben werden.

Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, sowohl bürgerschaftliches Engagement als auch die Entwicklung neuer Ideen werden von der FDP-Fraktion seit jeher gefordert, aber auch gefördert und unterstützt, so dass wir in diesem Zusammenhang weitere Anreize in Form von Preisvergaben ausdrücklich begrüßen. Helfen wir im Rahmen des „Kölner Jahres der Umwelt 2011“ mit, ein noch besseres Verständnis von Zusammenhängen herbeizuführen und bei unseren Bürgerinnen und Bürgern den respektvollen Umgang mit unserer Umwelt

zu schärfen; denn mit Umweltschutz kann man, wie man weiß, nie früh genug beginnen. Deswegen werden wir den Antrag der CDU-Fraktion unterstützen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön. - Da mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag der CDU ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, die FDP und meine Stimme. Gegenstimmen? - Gegenstimmen von SPD, Grünen, pro Köln, Linken und Herrn Dr. Müser. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.2 auf:

**2.1.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Sofortiger Baustopp Godorfer Hafen“ AN/1422/2009**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion AN/1492/2009**

Als erster Redner spricht Herr Sterck.

**Ralph Sterck (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wenn du merkst, dass du ein totes Pferd reitest, steig' ab. - Dieser Satz stammt aus dem Schreiben der Bundestagsabgeordneten Lale Akgün vom 31. August -

(Martin Börschel [SPD]: Seit wann nehmen Sie die denn so ernst?)

das ist einen Tag nach der Kommunalwahl - an den künftigen Oberbürgermeister Jürgen Roters, mit dem sie ihn aufforderte, den Beschluss zum Hafenausbau zu kippen. Glaube niemand, dass das irgendetwas mit der Bundestagswahl am 27. September zu tun haben könnte.

(Winrich Granitzka [CDU]: „Völlig ausgeschlossen“!)

Um Gottes willen, „nein“! Aber es ist schon eine politische Sensation, weil solche Töne von SPD-Politikern hier in Köln bisher nicht zu hören waren, gehörten sie doch zu den Hauptbefürwortern des Hafenausbaus in Godorf. Dass SPD-Politiker nun fordern, über dieses Thema noch einmal neu nachzudenken, kommt wirklich einer politischen Sensation gleich. Dafür gebührt Frau Akgün Lob.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP war schon immer gegen den Hafenausbau. Sie werden fragen: Die FDP als Wirtschaftspartei ist gegen einen Ausbau? Ja, wir als Partei der wirtschaftlichen Vernunft

(Martin Börschel [SPD]: Ha, ha, ha!)

haben den Hafenausbau abgelehnt, und das hätte Ihnen, Herr Börschel, eigentlich zu denken geben müssen.

(Martin Börschel [SPD]: Dafür wissen Sie, wie Sie Arbeitsplätze vernichten!)

Ich will Ihnen das auch gern begründen. Wir waren der Auffassung, dass ein rein auf Köln bezogenes, bipolares Hafenkonzert schon lange nicht mehr zeitgemäß ist. Die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen von Planco, die die HGK selbst in Auftrag gegeben hat, haben ergeben, dass im Hafen Niehl I ausreichend Flächen für den Containerumschlag aktiviert werden können. Der Planfeststellungsbeschluss vom 30. August 2006 ist unter der falschen Annahme gefällt worden, in Niehl seien die Flächen ausgelastet, es gäbe dort keinen Platz für den Containerumschlag. Diese Annahme ist von der Bezirksregierung leider nicht hinterfragt und sehr unkritisch übernommen worden.

Jetzt sollen im Sand der Sürther Aue mindestens 65 Millionen Euro vergraben werden, eine Investition, die insbesondere vor dem Hintergrund des Urteils des Verwaltungsgerichts Köln von letzter Woche noch einmal hinterfragt werden sollte. Wenn man sich dieses Urteil nämlich genauer durchliest, stellt man fest, dass das Gericht den Planfeststellungsbeschluss aus formalen Gründen beanstandet hat, was aber nicht bedeutet, dass dieser inhaltlich in Ordnung ist. Der Richter hat vielmehr schon bei der Prüfung der Zulässigkeit festgestellt, dass da etwas nicht stimmt; alles Weitere brauchte er deswegen nicht zu prüfen. Die Hafengebühler sollten nicht auf die Rechtmäßigkeit des Planfeststellungsbeschlusses setzen; denn dieser bedarf einer weiteren juristischen Bewertung, deren Ergebnis heute noch völlig offen ist. In der Pressemitteilung des Gerichts heißt es dazu: „Ob der Planfeststellungsbeschluss auch inhaltlich rechtswidrig ist, ist damit nicht entschieden.“ Damit verbietet es sich, das Urteil einfach als Peanuts abzutun. Nein, das Oberverwaltungsgericht Münster, vielleicht sogar das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig werden sich mit dieser Frage beschäftigen und zu einem Ergebnis kommen.

Meine Damen und Herren, aufgrund dieses Urteils und der damit verbundenen neuen Sachlage muss der Rat der Stadt Köln politische Konsequenzen ziehen. Deswegen haben wir unseren Antrag, den wir noch vor der Urteilsverkündung eingebracht hatten, gemeinsam mit den Grünen noch einmal geändert. Ja, wir wollen den sofortigen vorläufigen Stopp. Jetzt geht es erst einmal darum, die juristischen Bewertungen abzuwarten

(Winrich Granitzka [CDU]: Genau!)

und ein Gesamthafen- und -logistikkonzept für die Region zu erarbeiten.

Damit erhalten Sie, meine Damen und Herren von der CDU, die Chance, die Sache neu zu bewerten. Sie haben mit der Kommunalwahl Ihren Status als größte Fraktion hier im Kölner Rat verloren, auch wenn Ihnen am Ende nur wenige 100 Stimmen fehlten. Diese Wählerstimmen sind Ihnen sicherlich im Kölner Süden abhandengekommen. Sie sollten daher die Chance nutzen, Ihre Position zu überdenken.

Auch Sie, meine Damen und Herren von der SPD, sollten Ihre bisherige Position noch einmal überdenken. Folgen Sie der Aufforderung von Frau Akgün und stimmen Sie unserem Antrag heute zu! - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Sterck. - Für die CDU-Fraktion Herr Granitzka.

**Winrich Granitzka (CDU):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Sterck, ich freue mich, dass Sie uns empfehlen, auf die Gerichte zu hören. Das tun wir auch; denn wir sind der festen Überzeugung, dass es, wenn die Oberen Gerichte ihr Urteil gefällt haben, wir wissen, wie es weitergeht.

Das, was Sie heute mit Ihrem Antrag bezwecken, ist doch nur eines - das weiß doch jeder hier und Sie zuvörderst -: Sie wollen im Süden Stimmen fischen für den Bundestagswahlkampf, genauso wie es Frau Akgün tut. Das hat die SPD abgelehnt, und wir lehnen das ganz genauso ab. Wir haben ein klares Konzept, und das werden wir weiterhin verfolgen; denn in Bezug auf den Inhalt des Planfeststellungsverfahrens ist, wie Sie eben selbst gesagt haben, bisher überhaupt nicht entschieden worden.

Das Verwaltungsgericht hat den Baustopp, den Sie hier fordern, längst ausgesprochen. Ich sage Ihnen auch: Eine Rücknahme der Rechtsmittel - das fordern Sie ja in Ihrem Antrag - wäre schon aus unternehmerischen Gründen nicht vertretbar, weil damit die bereits getätigten Investitionen leichtfertig aufs Spiel gesetzt würden, ehe die Oberen Gerichte eine abschließende Entscheidung getroffen haben.

Was schadet es denn, Herr Sterck, noch sechs Wochen abzuwarten, bis das Gericht über den Baustopp abschließend entschieden hat? Erst wenn das Gericht das Planfeststellungsverfahren auch auf seine inhaltliche Rechtmäßigkeit geprüft hat, werden wir wissen, wie es künftig weitergeht. Bisher hat es lediglich formale Gründe dafür angeführt. Das haben andere Gerichte anders gesehen. Ein gleichgeartetes Verfahren gibt es auch in Düsseldorf. In Düsseldorfer Juristenkreisen ist man über das, was hier in Köln passiert ist, sehr erstaunt. Warten wir also erst einmal ab, was das Oberverwaltungsgericht sagt. Wenn Sie dann noch das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig anrufen wollen: Bitte sehr! Auch dessen Entscheidung warten wir ab. Ich sage noch einmal: Das Urteil ist - das haben Sie ja bestätigt - aus rein formalen Gründen erfolgt. Es sagt nichts aus zum Inhalt des Planfeststellungsbeschlusses. Der Regierungspräsident selbst und die HGK haben, wie Ihnen bekannt sein dürfte, Rechtsmittel gegen das Urteil eingelegt. Das halte ich für richtig und konsequent.

Ich denke, wir sollten uns die Zeit nehmen und noch die sechs Wochen bis zur Urteilsverkündung abwarten. Mit diesem Vorhaben beschäftigen wir uns doch schon seit 20 Jahren - das will ich betonen -, weil Politik und Verwaltung sich nicht einig werden konnten. Jetzt haben wir von den großen Parteien uns endlich aufgerafft, zu sagen: Das muss jetzt entschieden werden; denn wir sind der Überzeugung, dieses Vorhaben ist inhaltlich richtig. Der Hafen soll ausgebaut werden, um dieser Stadt weiter Prosperität zu bringen, um sie als Logistikstandort weiter zu stärken und um Arbeitsplätze zu schaffen. Auch deswegen haben IHK und DGB ganz klar gefordert, dass wir bei unserer Haltung bleiben sollen. Solange uns Gerichte nicht sagen, dass der Planfeststellungsbeschluss inhaltlich falsch ist, werden wir das auch tun; denn wir haben nach wie vor weder Zweifel an der Rechtmäßigkeit noch an der Wirtschaftlichkeit dieses Hafens. Wir sehen im Augenblick keinen Handlungs- und Entscheidungsbedarf. Ich fordere Sie noch einmal auf, Geduld aufzubringen und die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts abzuwarten.

Im Übrigen, um auch diese Bedenken zu zerstreuen, die HGK wird ja dadurch nicht arbeitslos. Neben ihren normalen Arbeiten wird sie sich jetzt sicherlich dem Ausbau des KLV-Terminals im Norden widmen können.

Meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal: Dieser Antrag dient ausschließlich einem Zweck: Stimmenfang für die Bundestagswahl im Kölner Süden. Wir haben dort in der Tat Stimmen verloren. Viele Menschen haben leider nicht begriffen, dass wir nicht nur für diesen einen Stadtteil Verantwortung tragen, sondern für die gesamte Stadt.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Das wird auch so bleiben. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab. Wir sagen: Dieser Antrag hat sich erledigt, weil er durch die Entscheidung des Gerichts längst überholt ist. Deshalb beantrage ich, Herr Oberbürgermeister, den Antrag als erledigt zu betrachten.

(Beifall bei Teilen der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Die Formulierung in unserer Geschäftsordnung lautet dafür: Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ihr Antrag ist damit als Geschäftsordnungsantrag zu betrachten. Darüber muss ich zunächst abstimmen lassen. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. -

(Gabriele Schlitt [Bündnis 90/Die Grünen]: Pfui, pfui, pfui! Schämt euch!)

Das sind die SPD und die CDU. Gibt es Gegenstimmen? - Von den übrigen Mitgliedern des Rates. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

**Martin Börschel (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Ich bin jetzt ob der verfahrenstechnischen Abwicklung der Angelegenheit etwas überrascht. Ich würde vorschlagen, dass wir zumindest denjenigen, die ihre Wortbeiträge noch nicht gehalten haben, die Gelegenheit einräumen sollten, diese im Rahmen von persönlichen Erklärungen oder Ähnlichem abzugeben. Wir hätten nämlich gerne zur Sache gesprochen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Aber Sie wissen ja, dass ich einen GO-Antrag immer vorziehen muss.

(Unruhe)

Wir können das natürlich gerne so machen, dass diejenigen, die ihre Rede noch nicht gehalten haben, hier eine persönliche Erklärung abgeben. - Herr Waschek.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, der Geschäftsordnungsantrag ist bereits abgestimmt worden. Aber wenn Herr Waschek noch eine persönliche Erklärung dazu abgeben will, kann er das jetzt tun.

**Johannes Waschek (SPD):** Ja, das mache ich jetzt auch. Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister, dass Sie mir diese Gelegenheit einräumen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum x-ten Mal beschäftigt sich der Rat mit dem Ausbau des Godorfer Hafens. Ich hatte nicht erwartet, in meiner letzten Ratssitzung noch einmal dazu Stellung nehmen zu müssen. Aber die Wirtschaftsneoliberalen meinten, dieses Thema erneut auf die Agenda setzen zu müssen. Ich frage mich, ob Ihr großer Vorsitzender Herr Westerwelle weiß, wie wirtschaftsfeindlich Sie sich in der Stadt Köln verhalten, Herr Sterck.

(Unruhe)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, zuzuhören.

(Dr. Martin Müser [Kölner Bürger-Bündnis]: Das geht nicht!)

- Sicherlich geht das.

**Johannes Waschek (SPD):** Na klar, das geht.

(Zuruf von Dr. Martin Müser [Kölner Bürger-Bündnis]: Sie sollen Ihre persönliche Betroffenheit darstellen!)

- Die kommt noch.

(Heiterkeit - Martin Müser [Kölner Bürger-Bündnis]: Geben Sie jetzt Ihre persönliche Erklärung ab! - Zuruf von Claus Ludwig [Die Linke.Köln])

- Warten Sie doch noch einen Moment! Sie folgt ja gleich.

Der Godorfer Hafen ist nicht das einzige Problem, für dessen Lösung wir bis zu 30 Jahre benötigen, um zu einer Verwirklichung zu kommen. Ob Godorfer Hafen, Ortsumgehung Meschenich oder Erweiterungsbau des Stadtmuseums - überall sind durch Verschleppung der Verwaltung oder widersprüchliches Verhalten der Politik Verzögerungen eingetreten, die dieser Stadt Schaden zufügen. Ich könnte noch mehr innerstädtische Punkte aufführen; Sie wissen, es würde eine unendliche Liste werden. Das schadet der Region Köln insgesamt, wie die IHK, der DGB oder auch der Landrat des Rhein-Erft-Kreises Stump festgestellt haben.

Im Übrigen formiert sich jetzt auch Protest im Kölner Norden, deren Bewohner teilweise schon heute wesentlich dichter am Niehler Hafen wohnen, als es die Sürther Bevölkerung jemals tun wird. Sie sollten sich einmal im Niehler Hafen anschauen, welche Anstrengungen die HGK unternimmt, um kontinuierlich neue hafenauffläche umzugestalten und als Logistikflächen herzurichten.

Meine Damen und Herren, ich habe manchmal den Eindruck - jetzt kommt das Persönliche, Herr Dr. Müser, auf das Sie so lange warten mussten -, Sie meinen, die SPD vor Ort und ich hätten nicht über den Hafenausbau diskutiert und würden dies bis heute nicht tun. Ich kann Ihnen nachdrücklich versichern, dass dies nicht der Fall ist. Vielmehr haben wir in vielen innerparteilichen Diskussionen immer eine eindeutige Mehrheitsmeinung in dieser Frage gebildet und nach außen vertreten. Mir hat es beileibe keinen Spaß gemacht, zwei Kommunalwahlen wegen des Hafenausbaus zu verlieren.

Lassen Sie mich noch einen Satz zu Frau Dr. Lale Akgün sagen: Natürlich kann sie ihre persönliche Meinung dazu äußern. Ich bin zwar nicht glücklich darüber. Aber so ist es.

Wie wir alle wissen, ist der FDP-Antrag von den jüngsten Ereignissen quasi eingeholt worden. Das Verwaltungsgericht hat aus formalen Gründen den Planfeststellungsbeschluss für Godorf aufgehoben. Die Wirtschaftlichkeit und der Nutzen des neuen Hafens wurden dabei allerdings nicht infrage gestellt.

Für die SPD-Fraktion möchte ich heute klar und eindeutig festhalten, dass diese juristische Entwicklung für den Wirtschafts- und Hafenstandort Köln sehr bedauerlich ist.

(Zuruf von der FDP: Wo bleibt die Erklärung?)

- Ich bin doch gerade dabei. - Diese Handelsstadt lebt seit zwei Jahrtausenden von ihrer ausgezeichneten Lage am Strom.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist das die persönliche Erklärung? Das spottet jeder Beschreibung!)

Handel, Transport und produzierendes Gewerbe sind neben dem herausragenden Dienstleistungsbereich die wichtigen Stützpfeiler der Wirtschaft.

Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass es auch Kooperationsverhandlungen mit anderen Häfen gegeben hat. Herr Sterck, das wissen Sie genau; zumindest Herr Repgen müsste das wissen. Sowohl Duisburg als auch Bonn haben eine Kooperation abgelehnt, allerdings besteht die Aussicht, dass es mit den Neuss-Düsseldorfer Häfen zu einer Einigung kommt. Das sollte man wissen.

Ich sage Ihnen abschließend: Es ist wichtig, dass der Godorfer Hafen ausgebaut wird, damit die Kapazitäten, die in den ARA-Häfen entstehen, nicht an Köln vorbeigehen, sondern genutzt werden, um hier Arbeitsplätze zu erhalten. Insofern bleiben wir bei unserer Meinung, dass der Ausbau des Godorfer Hafens notwendig ist. - Ich danke Ihnen, dass Sie meiner persönlichen Erklärung zugehört haben.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Erklärungen? - Herr Rouhs.

(Dr. Martin Müser [Kölner Bürger-Bündnis]: Ich habe einen Antrag zur Geschäftsordnung!)

Bitte, Herr Dr. Müser.

**Dr. Martin Müser** (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Es wurde ein Antrag zur Geschäftsordnung gestellt. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, ist ein Antrag zur Geschäftsordnung des Rates vorrangig zu behandeln.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Sie haben ja jetzt das Wort.

**Dr. Martin Müser** (Kölner Bürger-Bündnis): Danke, dass Sie es mir erteilt haben, Herr Oberbürgermeister. - Nach der Gemeindeordnung dürfen persönliche Erklärungen nur wegen der persönlichen Betroffenheit infolge einer Ratsentscheidung abgegeben werden. Das heißt, Herr Waschek hätte nur wegen seiner Betroffenheit infolge des Geschäftsordnungsantrags Herrn Granitzkas, zum nächsten Tagesordnungspunkt überzugehen, reden dürfen, nicht aber zum Inhalt selbst. Das haben Sie trotzdem zugelassen. Jetzt werden weitere Redebeiträge zugelassen. Das verstößt ganz eklatant gegen das Stadtrecht.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Dr. Müser, es war nicht deutlich erkennbar, an welcher Stelle Herr Waschek zu seiner persönlichen Stellungnahme kommt. Er hatte sie angekündigt. Dass er nun im Wesentlichen doch seine Rede gehalten hat, war nicht ganz in Ordnung. Eigentlich sollte eine persönliche Erklärung abgegeben werden.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber das war eindeutig keine persönliche Stellungnahme!)

- Das haben wir ja festgestellt. - Ich bitte also die künftigen Redner, persönliche Stellungnahmen zu formulieren. - Bitte schön.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Ich kann das durchaus als persönliche Erklärung machen, aber ich kann auch nach § 20 der Geschäftsordnung Stellung nehmen. Demnach ist das Verfahren, das hier jetzt gewählt worden ist, ein Verstoß gegen die Geschäftsordnung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

§ 20 der Geschäftsordnung sagt nämlich aus, dass natürlich das Recht besteht, Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt zu beantragen, dass aber die Abstimmung darüber erst dann zu erfolgen hat, wenn die Antragsteller gesprochen haben. Ich bin einer der Antragsteller. Trotzdem ist schon darüber abgestimmt worden. Das war nicht nur ein eindeutiger Fehler, sondern auch ein Verstoß gegen die demokratische Kultur hier im Rat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP)

Wenn so etwas einreißen würde, könnte das weitreichende Folgen haben. Wir können ja hier nicht nach dem Prinzip verfahren: Wenn einigen ein bestimmtes Thema unangenehm ist, brauchen sie nur einen entsprechenden Antrag zur Geschäftsordnung zu stellen, um es von der Tagesordnung zu boxen. Das geht so nicht.

Unsere Fraktion - wir werden das auch noch mit den Kolleginnen und Kollegen von der FDP besprechen - wird diese Angelegenheit bei der Bezirksregierung anzeigen. Wenn es hier einreißt, dass die Geschäftsordnung willkürlich ausgelegt werden kann, dann ist man hier vor nichts mehr sicher. Das kann kein Zustand sein. Das dazu.

(Martin Börschel [SPD]: Sie sollten Ihre Rede halten dürfen; das finde ich auch!)

Das heißt, wir betrachten diese Angelegenheit nicht als erledigt an.

Nun zur Thematik insgesamt. Wenn ein Verwaltungsgericht eine so weitgehende Entscheidung trifft, nämlich ein Planfeststellungsverfahren aufzuheben und zusätzlich dem Antrag der antragstellenden Bewohner auf einen vorläufigen Baustopp stattzugeben, dann ist das schon eine Angelegenheit, die nicht einfach so mit links abgetan werden kann. Das ist schon eine Sache, mit der sich der Rat ordentlich befassen sollte, statt mit Tricks zu versuchen, die Diskussion darum auszuhebeln. Letzteres zeugt meines Erachtens eher davon, dass man bestimmte Ängste hat, sich mit einer Fragestellung, die seit 20 Jahren sehr kontrovers ist, auseinanderzusetzen. Ich kann mich noch an die Rede von Herrn Gey hier im Februar erinnern, der nicht nur uns Grüne kritisierte, sondern auch vorschlug, dann sollten die Bürger doch auf Baustopp klagen. Die Bürger hatten zu diesem Zeitpunkt längst geklagt. Jetzt ist die Situation eingetreten, dass die Bürger gewonnen haben, was offenbar jenseits Ihrer Vorstellungskraft war und ist.

Damit es keine Legendenbildung gibt, will ich noch einmal klarstellen, worum es uns in diesem Antrag geht: Es geht nicht darum, das Thema Ausbau des Godorfer Hafens endgültig zu beenden. Vielmehr sind wir der Meinung, dass man diese neue juristische Lage nutzen sollte, über dieses Projekt und die Defizite in der Hafenpolitik insgesamt neu nachzudenken und neu zu verhandeln.

Das hat natürlich nur dann Sinn, wenn bis dahin nicht vollendete Tatsachen geschaffen werden. Sie wissen, dass in der Hauptsache noch entschieden werden muss. Das wird Jahre dauern.

Mit ziemlicher Sicherheit wird das in Leipzig und nicht in Münster entschieden werden. Das heißt also, es tut sich hier ein Zeitfenster von mehreren Jahren auf. In dieser Zeit können natürlich vollendete Fakten geschaffen werden. Da das Vertrauen zur HGK-Führung bei einem relativ großen Teil des Rates stark gelitten hat, dient unser Antrag dazu, sicherzustellen, dass der Baustopp tatsächlich eingehalten wird, dass also keine Fakten geschaffen werden, die letztendlich Schaden verursachen. Er verbietet der HGK nicht, in der Hauptsache in Berufung zu gehen; das ist ihr gutes Recht. Das wird aber schon die Bezirksregierung tun. Alle haben ein Interesse daran, dass in dieser Frage eine Entscheidung gefällt wird. Mit unserem Antrag wollen wir lediglich sicherstellen, dass nicht, sozusagen hinterher, versucht wird, einfach so weiterzumachen. Das ist das Ansinnen, das wir mit unserem Antrag verfolgen, nicht mehr und nicht weniger.

Darüber hätte man hier durchaus abstimmen können; denn dieser Verantwortung muss man sich stellen. Mit diesem seltsamen Geschäftsordnungsantrag, der meines Erachtens fehlerhaft zur Abstimmung gebracht worden ist, hat man sich dieser Verantwortung bewusst entzogen. Ich vermute, dass es hier große Ängste oder zumindest die Befürchtung gibt, sich einer solchen Diskussion zu stellen. Abschließend sage ich Ihnen noch einmal: Wir werden diese Angelegenheit nicht darauf beruhen lassen. Wir werden uns mit diesem Vorfall weiter befassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie von Teilen der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das dürfen und das können Sie sicherlich tun. Aber ich muss Sie leider zu den von Ihnen vorgebrachten Anmerkungen zur Geschäftsordnung korrigieren, Herr Frank. Ich zitiere noch einmal die Geschäftsordnung:

(1) Anträge zur Geschäftsordnung können ... jederzeit von jedem Ratsmitglied gestellt werden. Dazu gehören insbesondere folgende Anträge:

...

b) auf Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt (§ 20)

Die Ausführung dazu lautet:

(3) Wird ein Antrag zur Geschäftsordnung gestellt, so dürfen noch je ein

Ratsmitglied pro Fraktion für oder gegen diesen Antrag sprechen ...

Ich hatte in die Runde geschaut. Es hatte sich niemand gemeldet.

(Zurufe: Nein! - Ralph Sterck [FDP]: Sie haben nicht geguckt! Ich hätte natürlich dagegen gesprochen! - Unruhe)

Im Normalfall wäre es sowieso üblich, - -

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Wir haben die Redner doch sogar gemeldet! Die stehen auf der Liste!)

Weiter steht in der Geschäftsordnung - damit Sie beruhigt sind -:

... ausgenommen im Fall des Abs. 1 Satz 2 lit. b.

Das bezieht sich ausdrücklich auf b), also auf den Punkt „Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt“.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/  
Die Grünen]: § 20!)

Insofern haben wir uns formal völlig korrekt gemäß der Geschäftsordnung Absatz 3 verhalten.

(Zurufe: Nein! - Martin Börschel [SPD]: Herr Schramma, darf ich einen Vorschlag machen?)

Es ist aber ohne Probleme möglich, die Geschäftsordnung an dieser Stelle zu ändern, wenn Sie das wünschen, um Ihre Redebeiträge zu halten. Diese Möglichkeit steht Ihnen als Rat doch jederzeit offen. Sie können vereinbaren, die Geschäftsordnung an dieser Stelle zu ändern, um Ihre Meinung vortragen zu können. Wenn Sie das wollen, dann kann das gemacht werden; das ist ohne Weiteres möglich. Der Antragsteller hat das hier eben auch schon ausdrücklich gesagt. Ich wollte hier nicht die Diskussion abbrechen. Darum ging es mir nicht. - Bitte schön, Herr Börschel.

**Martin Börschel** (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir, einen Vorschlag zu machen: Die Kollegen der CDU hatten es übernommen, im Vorfeld das Verfahren zu klären. Die Absprache war aber, dass selbstverständlich eine Debatte stattfindet. Jetzt befinden wir uns im Dissens, wie der als Geschäftsordnungsantrag ausgelegte Antrag des Kollegen Granitzka zu behandeln ist. Es wä-

re das Einfachste, man wiederholt ihn einfach, und Herr Granitzka würde seinen Geschäftsordnungsantrag dann erst zum Ende der Debatte stellen. Damit hätten alle Beteiligten die Möglichkeit, ihre Redebeiträge vorher zu halten. - Kollege Granitzka, wären Sie damit einverstanden, den Antrag, den Sie vorhin gestellt haben, erst zum Ende der Debatte zu stellen?

(Winrich Granitzka [CDU]: Ja!)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Er ist einverstanden.

**Martin Börschel** (SPD): Denn eine Debatte sollte es selbstverständlich geben. So war es auch intendiert.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dann gibt es keine inhaltliche Abstimmung?)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Nein, dann gibt es keine inhaltliche Abstimmung.

**Winrich Granitzka** (CDU): Meine Damen und Herren! Es war nicht unsere Absicht, hier irgendwelche Beiträge abzuwürgen. Das hatte ich auch nicht intendiert; das hatte ich auch nicht erwartet. Von daher haben wir überhaupt nichts dagegen, dass die Wortbeiträge hier gehalten werden und der von mir gestellte Antrag am Ende noch einmal so beschlossen wird. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Damit ist die Rednerliste wieder geöffnet. Herr Rouhs hatte sich zu Wort gemeldet.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es hat mich schon sehr angenehm berührt, dass Herrn Frank und demokratische Machenschaften der großen Fraktionen in Zusammenhang mit dem Missbrauch des Rechtsinstituts „Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt“ aufgefallen sind. Ich habe noch in Erinnerung, dass am Anfang der jetzt zu Ende gehenden Ratsperiode dieses Institut massiv gegen meine Fraktion instrumentalisiert worden ist und sich die Betroffenheit der Grünen dabei in engen Grenzen hielt. Wenn man auf einmal selbst davon betroffen ist, ist man

vielleicht eher in der Lage, Recht von Unrecht zu unterscheiden und demokratiefeindliche Praktiken als solche auch zu erkennen.

(Beifall bei pro Köln)

In der Tat bietet der Rat mit dem, was sich in den letzten Minuten hier abgespielt hat, ein ganz trauriges Bild für die Öffentlichkeit. Es ist wirklich schade, dass die Ratssitzungen nicht am Freitagabend um 20.15 Uhr im Fernsehen übertragen werden und dass der Zuschauerraum nur einer sehr kleinen Personenzahl Platz bietet. Wenn ein größerer Anteil der Kölner Bevölkerung sehen würde, was Sie, meine Damen und Herren von den großen Parteien, von den etablierten Fraktionen, mit Ihren Ratsmandaten hier machen, wie Sie sich selbst lächerlich machen, wie Sie die Interessen der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt missachten, dann hätte das mit Sicherheit massive Auswirkungen auf deren Wahlverhalten. Dann würden Ihre Parteien noch in einem ganz anderen Maße abgestraft werden, als es zuletzt am 30. August der Fall gewesen ist.

Herr Granitzka, eines können sie unserer Fraktion, der Fraktion pro Köln, im Zusammenhang mit der Debatte über den Ausbau des Godorfer Hafens nicht vorwerfen, nämlich dass wir auf Wählerstimmen in Zusammenhang mit der Bundestagswahl schielen würden; denn bei dieser Bundestagswahl stehen wir überhaupt nicht auf dem Stimmzettel.

(Zuruf: Gott sei Dank!)

- Ja, noch nicht. Warten wir einmal ab, was sich in den kommenden Jahren tut. - Ich darf Sie ausdrücklich ermuntern: Machen Sie weiter so wie in der letzten Viertelstunde! Dann werden Sie in Zukunft eine Opposition bekommen, die eine ganz andere Qualität hat, und das völlig zu Recht und aus guten Gründen. Das werden die Menschen schon richtig einzuschätzen wissen.

Wir verknüpfen überhaupt kein wahltaktisches Interesse mit unserer Feststellung, dass der Ausbau des Godorfer Hafens wirtschaftlich unsinnig ist. Wenn die CDU im Kölner Süden in diesem Zusammenhang abgestraft worden ist, dann insbesondere auch deshalb, weil dort offenbar Menschen ansässig sind, die besser rechnen können als die Großkopferten Ihrer Fraktionen.

Als im Jahre 2006 in Zusammenhang mit dem Hafenausbau irgendwelche Beschlüsse gefasst und mehr oder weniger kluge Gedanken öffent-

lich gemacht worden sind, waren die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen noch vollkommen anders als heute, im Jahr 2009. Wenn man die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik insgesamt auch nur halbwegs realistisch einschätzt, wird man eingestehen müssen, dass es bis 2014/2015 dauern wird, ehe die wirtschaftliche Leistung des Jahres 2008 auch nur annähernd wiederhergestellt sein wird. Im vor uns liegenden Herbst und Winter - das ist die Zeit nach der Bundestagswahl - wird es massive Einschnitte am Arbeitsmarkt geben. Wenn irgendetwas hier in der Region nicht zu erwarten ist, dann ein erheblicher Anstieg der wirtschaftlichen Aktivitäten, die einen Ausbau des Godorfer Hafens materiell rechtfertigen würden. Ihr halsstarriges Festhalten am Konzept des Hafenausbaus ist nicht zu erklären, jedenfalls nicht im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation. Die CDU beansprucht ja immer, auf diesem Gebiet eine hohe Kompetenz zu haben.

Es ist aber auch nicht zu erklären mit Blick auf die Interessen der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Die Causa Oppenheim-Esch und diverse andere Geschichten haben uns gelehrt, dass das, was in der Kölner Kommunalpolitik passiert, nicht immer auf den ersten Blick zu verstehen ist, aber auch, dass hier nichts zufällig passiert, sondern alles in irgendeiner Form am Ende dann doch einen Grund hat.

Ich mag gar nicht in Ihre schwarzen Seelen hineinschauen und versuchen, mir auszumalen, welche finsternen Gründe es dieses Mal gibt. Die traute Einigkeit, in der Rote und Schwarze hier vorgehen, um ein Stück Naturzerstörung in unserer Stadt zu betreiben, sollte wirklich jeden skeptisch machen, dem an Köln etwas liegt. Und sie sollte jeden skeptisch machen, dem die Lebensqualität der Menschen dieser Stadt wichtig ist. Sie sollte jeden skeptisch machen, der ein bisschen Ahnung davon hat, wie hier in Köln politische Entscheidungen zustande kommen, nämlich hinter verschlossenen Türen, in diversen Zirkeln und unter massiver Teilnahme von Menschen, die dazu demokratisch überhaupt nicht legitimiert sind. Das ist wirklich ein Trauerspiel für diese Stadt. Köln hätte es verdient, dass der Antrag auf sofortigen Stopp des Hafenausbaus angenommen wird.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Ludwig, bitte.



**Claus Ludwig** (Die Linke.Köln): Da Herr Börschel die schon erfolgte Abstimmung sozusagen zurückgezogen hat, ist klar, dass Sie einen Fehler gemacht haben und es verfahrenstechnisch nicht in Ordnung war. Jetzt führen wir wieder eine inhaltliche Debatte.

Jeder fragt sich: Warum reitet die Kölner SPD das schon erwähnte tote Pferd? Wenn die SPD taktisch an das Thema heranginge, dann wüsste sie doch, dass sich die Front für den Ausbau des Godorfer Hafens auflöst. Die Truppen sind bereits auf dem Rückzug. Die Bodentruppen in Rodenkirchen sind kurz vor der Rebellion. Lale Akgün hat Friendly Fire produziert.

(Martin Börschel [SPD]: Ich denke, Sie sind Pazifist, Herr Ludwig? Meine Güte!)

- Um Krieg zu verhindern, muss man sich auch mit der Theorie auseinandersetzen.

(Jochen Ott [SPD]: Aha! Das ist aber kein Pazifismus!)

Warum reitet die SPD also weiterhin dieses tote Pferd? Ich kann mir nur einen Grund dafür vorstellen: Die SPD kann in den Koalitionsverhandlungen mit den Grünen noch ein bisschen pokern und sagen: Wenn wir den Ausbau des Godorfer Hafens aufgeben, müsst ihr aber auch einiges herüberreichen. Insofern wünsche ich den Grünen viel Spaß bei den Verhandlungen.

Wenn dem nicht so sein sollte, müssten Sie sich eigentlich eingestehen: Die Sache ist gegessen, und zwar nicht nur formal, wie hier immer wieder behauptet wird. Wenn ein Planfeststellungsverfahren in der ersten Instanz für unzulässig erklärt wird, dann ist das nicht einfach nur eine Formalität, sondern ein politisches Faktum. Da wir schon bei Formalitäten sind: Auch das Bürgerbegehren mit seinen 38 000 Unterschriften

(Karl Klipper [CDU]: 32 000!)

gegen den Ausbau des Godorfer Hafens ist aus formellen Gründen und nicht aus inhaltlichen Gründen für ungültig erklärt worden.

Zur Situation des Godorfer Hafens. Ich will nur kurz auf das eingehen, was Herr Waschek gesagt hat, nämlich dass, wenn dieses Projekt platzen würde, der Kölner Norden davon betroffen sein wird. Ich halte das für ein zynisches Spiel. Es gibt überhaupt keinen Grund, anzunehmen, es würde, wenn der Ausbau des Godorfer Hafens nicht zustande kommt, eine deutlich höhere Belastung für die Menschen in Niehl

und im Rest des Kölner Nordens entstehen. Damit wollen Sie doch die Leute nur gegeneinander ausspielen. Aber gesetzt den Fall, die Ausbaupläne würden nicht umgesetzt und dies wäre mit einer höheren Belastung der Menschen im Norden verbunden, dann würden die Menschen, die in Sürth aktiv gegen den Ausbau des Godorfer Hafens gekämpft haben, ihre guten Erfahrungen in der Kampagnenarbeit den Menschen im Kölner Norden zur Verfügung stellen - da bin ich mir sicher -, um zu verhindern, dass diese Projekte dort umgesetzt werden können.

(Jochen Ott [SPD]: Dann fahren die Lkw über die Rheinuferstraße!)

Der Godorfer Hafen ist aus mehreren Gründen ein falsches Projekt:

Er ist ein falsches Projekt, weil Ökonomie gegen Ökologie ausgespielt wird, indem behauptet wird, man müsse ein Naherholungsgebiet zerstören, um ökonomisch vorwärtskommen zu können.

Er ist ein falsches Projekt, weil einmal wieder extrem indirekt investiert wird. Es sollen dafür 65 Millionen Euro öffentliche Gelder lockergemacht werden in der Hoffnung, dass dort später Arbeitsplätze entstehen. Ich komme gleich noch darauf zurück, warum diese Hoffnung nicht ganz realistisch ist.

Er ist ein falsches Projekt, weil so getan wird, als wäre es eine feststehende Tatsache, dass der Containerverkehr genauso wächst wie in den letzten Jahren. Wir haben heute die schwerste Rezession der Nachkriegszeit. Wir sehen, dass der Containerverkehr massiv eingebrochen ist. Natürlich wird es auch wieder einen Aufschwung geben. Aber die Annahme, es würde ein Wachstum des Transports bis in alle Ewigkeit geben, ist einfach falsch. Es besteht die massive Gefahr, dass mithilfe von öffentlichen Geldern Überkapazitäten produziert werden, um in der Konkurrenz mit anderen Binnenhäfen bestehen zu können.

Es ist letztendlich ein falsches Projekt, weil es sich nicht nur gegen ökologische und Erholungsinteressen von Menschen, sondern auch gegen die ökonomischen Interessen der Stadt richtet. Öffentliche Gelder sind nicht dazu da, Überkapazitäten zu produzieren und zu verfestigen. Selbst wenn der Containerverkehr in dem Maße ansteigen würde, wie Sie es voraussagen, und selbst wenn die bisherigen Kapazitäten nicht mehr ausreichen würden, muss man sagen - das haben sowohl das Planco-Gutachten als auch die Initiative, die in Sürth arbeitet, aufgezeigt -: Ein Wachstum des Containerverkehrs und des Gü-

terverkehrs insgesamt in diesem Ausmaß ist kein positiver Schritt und deshalb nicht mit öffentlichen Geldern zu unterstützen.

Obwohl wir in den letzten Jahren ein Wachstum des Transports konstatieren konnten, gab es kein Wachstum in Bezug auf Wohlstand und Lebensstandard. Es wird mehr transportiert, weil die Transportkosten niedrig sind. Staatliche Infrastrukturmaßnahmen wie zum Beispiel in den Straßenbau haben es ermöglicht, die Kosten niedrig zu halten. Die Gewinne werden jedoch von Privaten eingefahren. Der Wohlstand ist nicht gewachsen und der Lebensstandard hat sich nicht verbessert, obwohl immer mehr Joghurts von A nach B und von B nach A transportiert werden, obwohl T-Shirts und andere Produkte um die ganze Welt reisen. Das ist kein sinnvolles Wirtschaften. Diese Art von Wachstum wirkt mittelfristig zerstörerisch und darf deshalb nicht noch mit öffentlichen Geldern gefördert werden.

Wir brauchen ein Hafenkonzzept, das integrierter Teil eines Verkehrskonzeptes ist, ein Konzept, das nicht auf Konkurrenz mit anderen Binnenhäfen abhebt, sondern mit diesen abgestimmt ist, ein Konzept, das nicht nur die ökonomischen Möglichkeiten, sondern auch die ökologischen Interessen der Menschen berücksichtigt. - Danke.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann folgt jetzt noch einmal der GO-Antrag von Herrn Granitzka. Bitte schön.

**Winrich Granitzka (CDU):** Ich möchte diesen genauso stellen wie vorhin.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Es gibt eine Gegenrede.

**Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen):** Herr Oberbürgermeister! Es wurde nach § 20 Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt beantragt. Wir sprechen uns natürlich dagegen aus. Ich beantrage in Abstimmung mit der FDP-Fraktion, über diesen Geschäftsordnungsantrag Geheim abzustimmen.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Das ist allerdings möglich. Die Anzahl der Antragsteller ist ausreichend. Dafür müssen zunächst einmal die Stimmzettel vorbereitet werden. Ich unterbreche die Sitzung für etwa fünf Minuten.

(Unterbrechung von  
17.38 bis 17.42 Uhr)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Meine Damen und Herren, bevor wir zur geheimen Abstimmung kommen, möchte ich Sie auf Folgendes hinweisen: Machen Sie Ihr Abstimmungsverhalten bitte zweifelsfrei durch ein Kreuz deutlich. Stimmzettel, die handschriftliche Zusätze irgendwelcher Art oder mehr als ein Kreuz enthalten, sind ungültig.

Auf dem Stimmzettel steht nur ein Ja und ein Nein. Das Kreuz bei Ja bedeutet Zustimmung zum Geschäftsordnungsantrag, das Nein steht für die Ablehnung des Geschäftsordnungsantrags, also eine Gegenstimme. Wenn Sie sich der Wahl enthalten wollen, werfen Sie bitte den Stimmzettel ohne jede Kennzeichnung oder Vermerk, also blanco, in die Wahlurne. Ungültige Stimmen und Stimmenthaltungen zählen für die Berechnung nicht mit.

Ich bitte jetzt die Stimmzähler – das sind Herr Dr. Paul, Frau Wiesemann und Frau von Bülow –, zu den Wahlkabinen zu gehen und den ordnungsgemäßen Zustand der Wahlurnen zu überprüfen.

Gleichzeitig bitte ich unsere Schriftführerin Frau Kramp, die Ratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge aufzurufen. Die Stimmzähler werden zum Schluss aufgerufen. Frau Kramp, ich bitte Sie, mit dem Aufruf der Ratsmitglieder zu beginnen.

(Namensaufruf)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen das Ergebnis der Abstimmung bekannt geben: Gültige abgegebene Stimmen: 87 - zwei Ratsmitglieder haben nicht an der Abstimmung teilgenommen -, Jastimmen 51, Neinstimmen 36. Somit ist dem Antrag von Herrn Granitzka, Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt, mehrheitlich zugestimmt worden.

(Beifall bei der CDU)

Ich rufe nunmehr den nächsten Tagesordnungspunkt auf:

**2.1.3 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln und Ratsmitglied Dr. Müser - Freie Wähler - Kölner-Bürger-Bündnis betreffend "Erstellung eines Wertgutachtens der Messehallen-Nord" AN/1387/2009**

**Stellungnahme der Verwaltung vom 08.09.2009 3879/2009**

Herr Detjen, bitte.

**Jörg Detjen** (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Am 20. August teilte die Staatsanwaltschaft mit, dass sie wegen des Verdachts der Korruption beim Bau der neuen Messehallen gegen Josef Esch ermittelt. Schmiergeld soll in großem Umfang geflossen sein. Damit hat sich das Blatt gewendet. Hatte die Verwaltung nicht immer behauptet, es sei alles mit rechten Dingen zugegangen?

Als wir in 2007 dem Rat den Vorschlag unterbreitet haben, ein Wertgutachten für die gebauten Messehallen erstellen zu lassen, haben CDU, SPD, Grüne und FDP diesen Antrag abgelehnt. Der Leiter des RPA, Herr Hemsing, vertrat damals die Position, das würde zu ungenau sein. Diese Position sollten wir jetzt in Anbetracht der Tatsache, dass die Staatsanwaltschaft ermittelt und sich die Hinweise verdichten, dass Schmiergelder geflossen sind, noch einmal überdenken.

Meine Damen und Herren, wenn die Staatsanwaltschaft fündig wird, dann müssen Sie alle sich den Vorwurf gefallen lassen, von politischer Seite nichts zur Aufklärung dieser Angelegenheit beigetragen zu haben. Deshalb stellen wir heute unseren Antrag hier im Rat erneut. Die Erstellung des Wertgutachtens ist unser Mittel, die Aufklärung zu unterstützen. Der Rat der Stadt Köln ist keine Ermittlungsbehörde. Wir müssen politische Maßnahmen ergreifen, um herauszufinden, ob wir betrogen worden sind. Die Staatsanwaltschaft fokussiert sich auf die Frage, ob Schmiergeldzahlungen von Herrn Esch geflossen sind und wird sich mit den überbezahlten Messehallen gar nicht groß beschäftigen. Das hat die Staatsanwaltschaft in einem Gespräch mir gegenüber deutlich gemacht. Es würde also Sinn machen, ein solches Wertgutachten erstellen zu lassen.

Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung zu unserem Antrag vor, die besagt, dass wir die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft abwarten sollten. Das ist die alte Leier der Verwaltung: Erst soll nichts gewesen sein, und jetzt sollen wir abwarten. Das ist ein Armutszeugnis für die Stadtverwaltung. Noch viel schlimmer ist, dass die Verwaltung meines Erachtens versucht, Spuren zu verwischen. Ich zitiere aus der Stellungnahme:

Der Mietpreis orientiert sich nicht explizit an den Baukosten für die Nordhallen. Da auch sonst nicht ersichtlich ist, dass die genaue Höhe der Baukosten für den Mietpreis ausschlaggebend war, ist eine Unzumutbarkeit nicht anzunehmen.

Es ist schon eine interessante Feststellung, dass die Baukosten nicht ausschlaggebend für die Mietkosten sein sollen. Das widerspricht jeglicher betriebswirtschaftlicher Logik. Ich kann die Frage auch an die Verwaltung wieder zurückgeben und fragen: Welche Kosten waren denn ausschlaggebend für den Mietpreis? Die Finanzierungskosten des Esch-Oppenheim-Fonds für das Objekt, das auch noch mit einem langfristigen Mietvertrag und einer Mietgarantie der Stadt Köln ausgestattet worden ist, können insgesamt nicht so hoch gewesen sein. Bleibt die Frage, worum geht es dann? Es geht hier um die Rendite der Messehallen, genauer gesagt: um die Rendite der Investoren.

Die Verwaltung schreibt weiter - ich zitiere -:

Eine entgegengesetzte Argumentation würde zudem wohl im Widerspruch zu dem städtischen Vortrag im EU-Vertragsverletzungsverfahren bzgl. des Baus der besagten Hallen führen.

Das heißt, die Verwaltung will den Wert der gebauten Messehallen gar nicht wissen. Dann würde nämlich offensichtlich, dass eine Ausschreibung der Messehallen hätte stattfinden müssen. Die Verwaltung mauert sich also hermetisch ein.

Dass wir den Vertrag gar nicht anfechten können, teilen Sie dem Rat der Stadt Köln auch noch schriftlich mit - ich zitiere -:

Ausdrückliche vertragliche Rücktritts-/Kündigungsrechte existieren für den Fall der Bestechung beim Bau der Messehallen nicht.

Das ist ein Skandal. Übliche Vertragsbedingungen wurden von der Verwaltung nicht beachtet. Nun verkündet sie, man könne den Vertrag nicht

anfechten. Statt solche Feststellungen zu treffen, sollte die Verwaltung ihre Hausaufgaben machen und überlegen, wie dieser Vertrag aufgekündigt werden kann, was noch möglich ist. Genau hier setzt unser Antrag an. Wir wollen erreichen, dass der Skandal um den Bau der Messehallen aufgeklärt wird.

Wenn alle übrigen Parteien hier im Rat das nicht wollen und die Verwaltung weiter nach Ausreden sucht, werden wir mit unserem Antrag heute scheitern. Das wäre fatal. Dass die Affäre nicht nur für die Linke zum Himmel stinkt, beweist das *manager-magazin*, das nicht gerade zu unseren Sympathisanten zählt. Bereits im Oktober 2005 hat es das Bauvorhaben als - Zitat - „gigantische Abkassiermaschine zugunsten der Bank und ihres Partners Esch“ bezeichnet.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie: Unterstützen Sie unseren Antrag. Ich bin mir sicher, irgendwann wird der Tag kommen, an dem in dieser Stadt die Hintermänner dieses Verfahrens und die Profiteure des Baus der Messehallen enttarnt werden. Deswegen: Lassen Sie uns das schnell machen! Lassen Sie uns das gemeinsam machen! Ich bitte um Unterstützung für unseren Antrag.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Nun der andere Antragsteller, Herr Dr. Müser für die Freien Wähler - Kölner Bürger-Bündnis.

**Dr. Martin Müser** (Freie Wähler - Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Teil II unseres Antrags hat sich inzwischen weitgehend erledigt, da die Verwaltung in voreuseilendem Gehorsam bereits tätig geworden ist und den Antrag abgearbeitet hat, bevor dieser beschlossen werden konnte. Hierfür herzlichen Dank an das Amt II-20, wer immer sich die Arbeit dort gemacht hat.

Wir teilen viele Einschätzungen der Stellungnahme nicht unbedingt beziehungsweise halten diese in Teilen für zu kurz gegriffen. Eine abschließende Bewertung war uns wegen der Kürze der Zeit jedoch nicht möglich. Mir wurde diese Stellungnahme erst heute Mittag zugeleitet.

Sicher ist, dass zum Beispiel Herr Schröder in seiner Funktion als Vorstandsvorsitzender der Sparkasse KölnBonn sehr wohl Amtsträger gewesen und gegebenenfalls auch der Verwaltung der Stadt Köln zuzurechnen ist.

Die Kommentare von Palandt/Heinrichs zu § 138 BGB beziehen sich auf die Frage der Sittenwidrigkeit bei Bürgschaftsgeschäften eines überforderten Bürgens und eines Kreditinstituts. Hier liegt jedoch, wie die Kämmerer in der Vergangenheit immer wieder betont hat, gar keine Bürgschaft vor, sondern nur ein bürgschaftsähnliches Rechtsgeschäft. Dass die Stadt Köln bzw. deren Vertreter jedoch überfordert gewesen wäre, wie es die Heranziehung dieses Rechtskommentars nahe legt, braucht an dieser Stelle nicht weiter kommentiert zu werden.

Meine Damen und Herren, die juristische Bewertung kann erst dann erfolgen, wenn die Staatsanwaltschaft in ein oder zwei Jahren zu einem Ergebnis gekommen ist. Dann muss man schauen, wie das im Einzelnen vonseiten der Stadt zu bewerten ist.

Teil I unseres Antrags bleibt bestehen. Darin geht es nicht um eine juristische, sondern um eine politische Bewertung eines wirtschaftlichen Vorgangs, eine Bewertung, die zum Beispiel bei den sogenannten PPP-Projekten stets im Mittelpunkt der Betrachtung steht und Spitz auf Knopf angestellt werden muss, zur Not bis zur zweiten Stelle hinter dem Komma. Mit anderen Worten: Wenn die vertragliche Ausgestaltung die Bereitstellung eines Mietobjektes vorsieht, unabhängig von der Frage, ob es sich hier um einen ausschreibungspflichtigen Bestellbau - so sieht es die EU-Kommission - oder ein beliebiges Mietobjekt - so sieht es die Stadtverwaltung - handelt, wollen wir genau wissen, wofür wir über 20 Jahre Miete zahlen. Während das zumindest bei Schulbauten immer so gehandhabt wird, soll uns das bei einem zehnmal so teuren Messeobjekt nicht interessieren. Im Gegenteil, dann haben wir bzw. in diesem Fall die Stadtverwaltung sogar Verständnis dafür, dass der Investor gegebenenfalls noch weitere Kosten geltend macht, die unabhängig vom eigentlichen Bau sind, wie zum Beispiel Mietersuchkosten, Projektierungskosten oder eine vernünftige Rendite für die projektierende Bank oder die Fondszeichner.

Meine Damen und Herren, wir wissen doch, dass der Investor sein Angebot nachbessern musste, um im Wettbewerb zu bleiben. Hätte die Sparkasse ohne ihr vorzeitiges Zurückziehen dieser Finanzierungsvariante eventuell die Chance nutzen können, um der Messe noch mehr Kosten zu sparen?

(Beifall bei Teilen der Linken.Köln)

Das werden wir jetzt nie mehr herausfinden können. Aber nur hierdurch wäre ein Vergleich alter-

nativer Finanzierungskosten und Gewinnmargen, auf die die Verwaltung in ihrer Stellungnahme abstellt, möglich gewesen. Das ist übrigens eine Vorgehensweise, die in der Automobilindustrie mittlerweile Standard ist. Das geht jetzt nicht mehr. Im Endeffekt bleiben jetzt nur noch die Baukosten als Anknüpfungspunkt für die Betrachtung der Angemessenheit der Miethöhe. Diese Situation war jedoch nicht gewollt, sondern ist ein Abfallprodukt politischen und Verwaltungshandelns in der Vergangenheit. Diese eine Chance, die wir noch haben, sollten wir und müssen wir nutzen.

Enden möchte ich mit einem Zitat aus der Stellungnahme der Verwaltung zu unserem Antrag. Dort heißt es auf Seite 1 unten wörtlich:

Im Hinblick auf die Höhe der Baukosten der Messehallen, die im dreistelligen Millionenbereich liegen, hätten unabhängig von der moralischen und strafrechtlichen Würdigung lediglich Beträge in Millionenhöhe Auswirkungen auf die Miete.

Meine Damen und Herren, mögliche Verschwendung lediglich in Millionenhöhe! Ein Gedanke, an den ich mich nicht gewöhnen werde und der für Sie, sehr geehrte Ratsmitglieder, hoffentlich eine Aufforderung ist, unserem Antrag zuzustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Müser. - Ich möchte Herrn Dr. Walter-Borjans bitten, zu der schriftlichen Stellungnahme der Verwaltung einige Ausführungen zu machen.

**Beigeordneter Dr. Norbert Walter-Borjans:** Herr Detjen! Herr Dr. Müser! Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bitte doch darum, einige Dinge auseinanderzuhalten. Zum politischen und Verwaltungshandeln in der Vergangenheit, auf das Sie hier abstellen, kann ich Ihnen jetzt wenig sagen. Ich kann Ihnen aber zu dem, was Sie hier bezwecken, etwas sagen und auch, welche Auswirkungen das haben kann.

Herr Detjen, Sie haben eben gesagt, es würde jeder betriebswirtschaftlichen Logik widersprechen, dass die Baukosten und die Miethöhe nicht in Verbindung zueinander stehen. Darauf sage ich Ihnen: Wenn Sie sich einmal in der Bundes-

republik Deutschland umschauen, werden Sie in verschiedenen Städten völlig unterschiedliche Miethöhen bei in etwa gleichen Baukosten finden. Das hat aber nichts damit zu tun, dass die einen mehr bestechen und die anderen weniger bestechen, sondern damit, dass es unterschiedliche Preisniveaus gibt. Wenn wie hier auf einer bestimmten Grundlage ein Mietvertrag abgeschlossen worden ist, dann gibt es keine Möglichkeit, anschließend mit einem Wertgutachten die Baukosten festzustellen. Das geht überhaupt nicht. Weder mit einem Wertgutachten noch mit den Baukosten können Sie anschließend reklamieren, die schriftlich vereinbarte Miethöhe habe jetzt keine Gültigkeit mehr. Das ist das, was wir in unserer Stellungnahme dargelegt haben.

Wir sagen auch: Das Ganze wird im Moment ausgelöst durch Berichte über staatsanwaltschaftliche Ermittlungen, die auf ein Ernst&Young-Gutachten zurückgehen. Wir können im Augenblick noch nicht einmal genau sagen, worauf sich diese Vorwürfe beziehen. Aus diesem Grund haben wir gesagt: Wir möchten dazu raten, das Ergebnis der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen abzuwarten. Gleichzeitig sagen wir natürlich zu, der Staatsanwaltschaft all das, was sie von uns in diesem Zusammenhang braucht, zu liefern. Aber wir sehen im Moment keinen Anlass, weder aus irgendwelchen Kontaktaufnahmen vonseiten der Staatsanwaltschaft noch aus eigenen Überlegungen heraus, zu glauben, dass ein Wertgutachten diese Ermittlungen beschleunigen und in ihrer Aussage verbessern könnte.

Aus diesem Grund haben wir unsere Stellungnahme so abgegeben. Wir glauben, dass man mit einem solchen Gutachten der Wahrheitsfindung nicht näherkommen wird. Das ist im Prinzip der Punkt dazu.

(Beifall bei Ulrich Breite [FDP])

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Detjen noch einmal.

**Jörg Detjen (Die Linke.Köln):** Herr Walter-Borjans, dass die Mietkosten sich aus verschiedenen Bestandteilen zusammensetzen, habe ich doch nicht infrage gestellt. Dabei sind aber die real entstandenen Baukosten ein entscheidender Faktor. Dass die Finanzierungskosten und die Rendite dazukommen, bleibt außen vor.

Wir wollen einen Weg entwickeln, das Ganze auseinanderzuklamüsern. Das ist die Linie, die

wir hier verfolgen. Sie dagegen klamüsern überhaupt nichts auseinander, sondern rechtfertigen im Prinzip die alte Politik der Verwaltung, wenn Sie sagen, das habe noch die alte Verwaltung gemacht, damit hätten Sie nichts zu tun. Das mag ja sein. Aber Sie müssen doch nicht die Politik der alten Verwaltung rechtfertigen, die stets gesagt hat, es sei alles mit rechten Dingen zugegangen. Der Rat der Stadt Köln hat hier sogar einen Beschluss gefasst, in dem er festgestellt hat, dass das nicht mit rechten Dingen zugegangen ist.

Wir streiten jetzt darüber, welchen Weg wir einschlagen müssen. Aufgrund der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen Esch hat sich doch die Sache qualitativ verändert. Dass ein Wertgutachten nicht hundertprozentig genau sein kann, ist auch mir völlig klar. Das habe ich auch nie behauptet. Aber wir brauchen doch Anhaltspunkte, die uns helfen, diese Sache aufzuklären.

Meine Damen und Herren, ich habe die Information - sie ist nicht genau; das gebe ich zu -, dass die Sparkasse ein Wertgutachten erstellt haben soll. - Hören Sie zu, Herr Jung!

(Helmut Jung [CDU]: Nein!)

Die Sparkasse soll ein Wertgutachten erstellt haben, weil die Investoren bei der Sparkasse auf Grundlage ihrer Investitionen bei der Messe einen Kredit haben wollten. Was hat die Sparkasse gesagt? Schauen wir mal, welchen Wert die Messehallen haben. - Ja, wenn die Sparkasse das macht, warum sollen wir das denn nicht auch machen können? Das ist doch der Weg, den wir einschlagen müssen, um zwischen Baukosten, Finanzierungskosten und Rendite unterscheiden zu können. Das ist unsere Aufgabe, meine Damen und Herren. Diese Aufgabe wird die Staatsanwaltschaft eben nicht erledigen. Das wird sie genau nicht machen. Das ist nicht ihr Job, sondern das ist unser Job. Wenn Sie diese Aufgabe nicht wahrnehmen, werden Sie sich irgendwann - der Tag wird kommen - darüber ärgern, dass Sie unser Angebot heute nicht angenommen haben. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Dr. Müser.

**Dr. Martin Müser** (Freie Wähler - Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Meine Damen und Herren! Herr Walter-Borjans, ich habe zwei Nachfragen:

Erstens. Sie haben eben gesagt, die Miethöhe sei unabhängig von den Baukosten an den einzelnen Standorten. Wollen Sie damit sagen, dass, wie bei PPP-Projekten, die Baukosten für die Stadt Köln prinzipiell keine Rolle spielen und deswegen die zu zahlende Miete unabhängig davon gewährt wird?

Zweitens. Ihren Äußerungen zufolge müssten Angebot und Nachfrage für die Miethöhe maßgeblich sein. Wenn man ein alternatives Angebot herauskickt und damit nur noch ein Angebot übrig bleibt, hätte das demzufolge einen bestimmenden Einfluss auf die Miethöhe. Teilen Sie meine Meinung? Das würde nämlich unseren Antrag genau unterstützen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Möchten Sie darauf antworten?

**Beigeordneter Dr. Norbert Walter-Borjans:** Unterstellen wir einmal einen Augenblick, da seien auch andere Gelder geflossen: Selbst dann kann man aus einem Gutachten über den Wert der Messehallen nicht ableiten, ob die Miethöhe falsch ist. Das passt nicht zusammen.

Ich kann nur sagen: Das Ergebnis der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wird nicht darauf basieren, ob sie herausfindet, wie groß eine Abweichung zwischen einem von wem auch immer festgestellten Wert und der Miethöhe ist, sondern ob jemand für irgendeine Leistung auf eine, wie es hier heißt, „nicht moralische oder strafrechtlich relevante“ Weise Geld gezahlt hat oder nicht. Das hat aber nichts mit der Differenz zwischen Wert und Miethöhe zu tun. Das ist der Punkt. Dass man sich am Anfang im Regelfall entweder an Marktwerten orientiert oder, wenn man keine Marktwerte hat, sich über bestimmte Richtwerte für Gebäude dieser Art oder für Gebäude, die an anderer Stelle stehen, herantastet, ist ja keine Frage.

Im Übrigen habe ich eben nicht gesagt, ich hätte nichts mit dieser Sache zu tun und das sei eine Sache, die die frühere Verwaltung zu verantworten habe. Ich würde auch nicht sagen, dass da überhaupt nichts falsch gelaufen ist. Das ist ja mittlerweile zu großen Teilen aufgearbeitet. Wir werden auch die weitere Aufarbeitung durch die Staatsanwaltschaft mit all unseren Kräften unterstützen. Wir sagen an dieser Stelle nur: Ein Wertgutachten, wie es hier gefordert wird, wird

zu dieser Aufklärung keinen Beitrag leisten können, weil es lediglich einen Wert darstellen kann, der vielleicht eine Abweichung offen legt, vielleicht aber auch nicht. Wenn eine Abweichung festgestellt würde, stellt sich die Frage: Wie kommt man über diesen festgestellten Wert zu einer Miethöhe? Dafür muss man einen gewissen Prozentsatz oder einen im Immobilienbereich üblichen Faktor ansetzen. Da gibt eine ziemliche Bandbreite. Das ist nicht nur irgendein Faktor, sondern da fließen viele Faktoren ein. Man könnte also nachher schön weiter darüber streiten, was aus einem solchen Gutachten abzuleiten ist.

Wir finden es wichtiger, dass die Staatsanwaltschaft dieser Frage, der sie jetzt nachgeht, näherkommt, also herausfindet, ob das, was an Vorwürfen im Raum steht, gerechtfertigt ist und ob man das verifizieren kann oder nicht.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön. - Herr Frank, bitte.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Liebe Antragsteller! Ich will Ihnen ein fiktives Beispiel nennen: Ich bin ein Bauunternehmer, und die Linke will eine Parteizentrale bauen. Die Baukosten betragen 1 Million Euro.

(Hans-Werner Bartsch [CDU]: Das ist aber preiswert!)

- Ja, das ist nur eine kleine Parteizentrale. - Wir handeln eine Miete von 14 Euro pro Quadratmeter aus. Dann kommt euch das alles spanisch vor und ihr beschließt, ein Wertgutachten erstellen zu lassen. Das Wertgutachten ergibt, dass der ganze Bau nur 350 000 Euro wert ist. Was sagt uns das jetzt? Hat das Wertgutachten mit den Baukosten zu tun? Haben die Baukosten etwas mit der Miete zu tun? Ich will damit deutlich machen, dass vonseiten eurer Fraktion hier offenbar die falschen Instrumente angewendet werden,

(Beifall bei der FDP)

um zu einem Ziel zu kommen, das ja fast alle hier im Rat wollen. Hier wird sozusagen das falsche Handwerkszeug herausgeholt. Wir würden damit nur einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu ordentlich Geld verhelfen; sie würde wahrscheinlich einen Tagessatz von 2 000 Euro ohne Mehrwertsteuer dafür berechnen, was noch

preiswert wäre. Also: Wir kommen damit keinen Schritt weiter.

Ihr Antrag ist vielleicht vom moralischen Ziel gut gemeint, aber wir wissen: Nicht alles, was gut gemeint ist, ist auch gut. Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen, aber nicht, weil wir nicht an einer Aufklärung dieser ganzen Ferkelei interessiert sind, sondern weil uns Ihr Antrag nicht weiterbringt. Das will ich noch einmal klarstellen. Man sollte das jetzt auch nicht tausendmal herauf- und herunterdiskutieren; davon wird es nicht besser. Ihr Vorschlag bringt uns einer Problemlösung nicht näher.

(Beifall bei der FDP sowie bei Winrich Granitzka [CDU])

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Ludwig hat sich zu Wort gemeldet.

**Claus Ludwig** (Die Linke.Köln): Herr Walter-Borjans, wir können nicht so tun, als wäre die ganze Diskussion aus der Luft gegriffen. Diese Vorwürfe sind doch jetzt nicht zum ersten Mal erhoben worden. Wir kennen doch die Berechnungen und Vermutungen. Die Näherungen, die die WDR-Journalisten angestellt haben und die von anderen Leuten nachgerechnet worden sind, sind uns allen bekannt. Dass die Softkosten künstlich aufgebläht worden sind, lässt sich doch erkennen. Die Baukosten, die Finanzierung und die Rendite rechtfertigen nicht den Preis der Messehallen.

Uns geht es jetzt darum, sich diesem Fakt zu nähern und Beweise dafür zu finden. Beweise dafür kommen inzwischen aus verschiedenen Richtungen. Wir haben in den letzten Monaten schon festgestellt, dass viele der großen, bisher offenen Ungereimtheiten immer klarer werden, beispielsweise die Frage, warum sich städtische Vertreter und Politiker darauf eingelassen haben, nämlich weil sie eigene Interessen damit verfolgt haben. Jetzt wollen wir uns der Aufklärung weiter nähern.

Es geht hier auch nicht um ein ganz normales Mietgeschäft. Natürlich hat die Miete nicht ursprünglich etwas mit dem Wertgutachten zu tun. Aber es geht hier um den Bau von Messehallen. Es wurde vorher darüber diskutiert, ob die Messe diese Hallen selbst bauen sollte. Auf einmal - Sie kennen die Mechanismen, wie das zustande kam - gab es nur noch dieses Investorenmodell. Es sollte angeblich auf Gutachten basieren, die schon vorher angefertigt und dann - zum

Schein - daran angepasst wurden. Als das Investorenmodell durchgewunken war - übrigens zur großen Skepsis von Herrn Witt und anderen Vertretern der Messe GmbH, die sich beschwerten, dass auf einmal Kosten, die vorher gar nicht eingerechnet wurden, auf sie zukommen -, hieß es dann: Ätsch, bättsch, was hat denn unsere Miete mit den Baukosten zu tun? Von Herr Ruschmeier wurde doch in Gesprächen gesagt: Es hat nichts damit zu tun. Aber es hat eben doch etwas damit zu tun, weil nämlich vorher politisch darüber diskutiert worden ist: Investorenmodell oder Eigenbau?

Deswegen hilft ein Wertgutachten. Es kann ein Baustein sein, sich der Feststellung zu nähern, wie viel diese Messehallen wirklich wert sind und um wie viel die Stadt bei diesem Geschäft berumst worden ist. Das ist doch ganz einfach.

Gewiss ist das nicht allein selig machend, Herr Frank. Aber nur abzuwarten, ob die Staatsanwaltschaft etwas herausfindet — wenn, ist das vielleicht sogar schon verjährt —, das ist keine Alternative. Sie haben gesagt, ein Wertgutachten würde nichts bringen. Dann machen Sie doch einen Gegenvorschlag, wie wir zum Ziel kommen: Sollten wir die Verträge gleich kündigen? Sollten wir die Verträge für ungültig erklären? Sollten wir die Miete vorsichtshalber auf die Hälfte zurechtstutzen? Wir sind wirklich für jeden Vorschlag offen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Geduld müsst ihr haben!)

- Geduld halte ich in diesem Fall für unangebracht. Seit der Enthüllung des WDR im August 2005 sind vier Jahre vergangen. Es ist schon angebracht, jetzt etwas ungeduldiger zu werden. Wir empfehlen, weiterhin ungeduldig zu sein und nachzubohren, statt abzuwarten, ob die Wahrheit irgendwann vom Himmel fällt.

Nun noch mal zu den Fakten: Im Finanzausschuss am Montag wurden netterweise die jährlichen Gesamtkosten der Messehallen-Nord benannt, in die auch die des Kongresszentrums einbezogen sind. Wir konnten etwas von 26,5 Millionen Euro lesen. Das Kongresszentrum gehört formal nicht zum Mietvertrag über die Messehallen, aber da es vorher Inhalt der politischen Debatte war, gehört es faktisch eben doch dazu. Das sind die realen Kosten. In diesem Zusammenhang will ich noch einmal auf die Diskussion in der letzten Ratssitzung verweisen. Die Kosten werden nämlich am Ende, nach 30 Jahren, nicht unter 700 Millionen Euro liegen; das wissen wir jetzt schon. Sie werden bei 750 bis 800 Millionen

Euro liegen, und zwar schon ohne die Indexierung. Mit der Indexierung werden sie noch viel höher liegen.

(Beigeordneter Dr. Norbert Walter-Bojans: Das ist ja gar nicht wahr!)

Insofern können Sie uns nicht jedes Mal erzählen: Gemach! Geduld! Wir wissen doch noch gar nicht, wie hoch die Mietkosten sind. Wir wissen ja gar nicht, ob dabei etwas schiefgelaufen ist. - Das ist totaler Humbug. Das Wertgutachten kann dabei helfen, den Leuten auf die Spur zu kommen. Deswegen sollten wir es heute hier beschließen. - Danke.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Bitte, Herr Dr. Walter-Bojans.

**Beigeordneter Dr. Norbert Walter-Bojans:** Gerade Ihren letzten Äußerungen muss ich kategorisch widersprechen. Ich erinnere Sie daran, dass ich Ihnen in der letzten Sitzung vorgerechnet habe, dass mit der Indexierung und selbst mit der Verzögerung, bis die Indexierung überhaupt greift, und mit den durchschnittlichen Werten, die in den letzten etwa zehn Jahren realisiert worden sind, der von Ihnen genannte Betrag eben nicht erreicht wird. Es müssten enorme Dinge passieren, dass diese 700 Millionen Euro überschritten werden. Ich sage hier nicht, dass 700 Millionen Euro nicht viel sind. Aber das, was hier berechnet und auch vom WDR transportiert worden ist in Richtung 800 Millionen Euro, basiert auf Berechnungen, die jenseits aller Erfahrungswerte der letzten Jahre sind. - Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt. Wenn es einen Mietvertrag gibt, in dem steht, dass die zu zahlende Miete etwa bei einem Zehntel bis Zwölftel der Baukosten liegt, dann müsste man daran die Frage koppeln: Wie hoch liegen die Baukosten? Denn daraus würde sich dann die Miete ergeben. Selbst wenn damals eine Miete vereinbart worden ist und jetzt festgestellt wird, dass sie das Ding geschenkt bekommen haben, weil niemand etwas von ihnen verlangt hat, dann ist die Miete deswegen nicht ungültig. Das ist einfach so.

Im Übrigen finde ich all die Punkte, die Sie hier aufgezählt haben und die ja in diesen Dokumentarsendungen des WDR aufgebröselst worden sind, hochspannend. Wenn diese Dinge belegbar sind, werden sie uns aufzeigen können, was da-



bei wirklich falsch gelaufen ist. Das alles hat aber nichts mit dem Wertgutachten zu tun. Ich kann nur noch einmal das wiederholen, was Herr Frank hier eben schon gesagt hat: Es geht darum, dass, wenn es hier Schweinereien gegeben hat, diese Schweinereien aufgedeckt werden müssen. Es geht nicht darum, zu unterstellen, dass das, was Sie mit Ihrem Antrag bezwecken, nicht gut gemeint ist. Das Problem ist, dass er uns all diesen Antworten keinen Schritt näher bringt. Das wäre nur dann der Fall, wenn sich in einer vertraglichen Vereinbarung die Miethöhe ausdrücklich aus den Baukosten ableiten würde. Das tut sie aber nicht.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Dr. Walter-Borjans. - Herr Dr. Müser.

**Dr. Martin Müser** (Freie Wähler - Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Frank, ich denke, Ihr Beispiel greift wesentlich zu kurz. Ich möchte es daher weiterführen.

Stellen Sie sich einmal vor, es sollte eine neue Parteizentrale der Grünen gebaut werden. Diese würde natürlich 10 Millionen Euro kosten.

(Heiterkeit)

- Da die Grünen ja eine etwas größere Partei sind, würde ihnen ein solches Projekt natürlich auch zustehen. - Sie würden dafür zwei Angebote einholen. Nachdem Ihre Zentrale gebaut wäre und Sie jährlich 1 Million Euro Miete dafür zahlen, würden Sie plötzlich feststellen, dass derjenige, der das Objekt für Sie gebaut hat, einem anderen Anbieter Geld dafür gezahlt hat, dass er sein Angebot zurückgezogen oder künstlich überhöhte Kosten dafür angesetzt hat oder was auch immer.

Würden Sie dann immer noch sagen, es interessiere Sie nicht, was Ihr Objekt tatsächlich wert sei, weil Sie ja nicht wüssten, welche Kosten der andere Anbieter dafür berechnet hätte? Würden Sie dann immer noch sagen, das sei eben so hinzunehmen, weil Sie ja nicht wüssten, wie viel Miete Sie hätten zahlen müssten, wenn Sie das zweite Angebot angenommen hätten? Herr Dr. Walter-Borjans hat hier gesagt, dass es auch auf die Lage ankommt und dass weitere Faktoren dabei eine Rolle spielen können. Würden Sie wirklich sagen, es interessiere Sie nicht, welcher Schaden Ihnen daraus entstanden sei? Würden Sie das so einfach hinnehmen? Würden Sie in diesem Fall auch sagen: Der eine Anbieter ist

zwar ein Ferkel, der auch verurteilt werden sollte, aber für uns Grüne ist das vollkommen uninteressant?

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Rouhs, bitte.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist schon verblüffend, wie viel Energie politische Akteure, von Verwaltungsbeamten ganz zu schweigen, darauf verwenden, sich dumm zu stellen, nur weil sie meinen, sie müssten das unbedingt tun.

Es kann ja sein, dass zwischen dem Wert der Bauobjekte, um die es hier geht, und dem Mietzins, der von der Messe GmbH zu entrichten ist und der durch die Stadt abgesichert ist, eine unmittelbare Korrelation nicht besteht. Aber einer der zentralen Vorwürfe, die im Zusammenhang mit dem Bau der neuen Messehallen in Deutz im Rahmen der öffentlichen Diskussion erhoben worden ist, war doch gerade - Sie werden sich daran erinnern -, dass der Bau überteuert gewesen sei. Dass letzten Endes die Baukosten an den Steuern und Gebühren zahlenden Menschen in dieser Stadt oder anderswo in Deutschland hängen bleiben, werden Sie doch hier nicht in Abrede stellen wollen. Also ist es doch nur vernünftig und naheliegend, zu schauen - dazu haben wir auch einen objektiven Zugang; denn wir wissen ja, was für den Bau gezahlt worden ist -: Wie viel ist das, was dort gebaut worden ist, marktüblich überhaupt wert?

Stellen Sie sich vor, Sie haben einen Gebrauchtwagen gekauft und Sie überkommt auf einmal der Eindruck, Sie seien vom Gebrauchtwarenhändler über den Tisch gezogen worden. Das ist ja ein naheliegender Vergleich, wenn es um Oppenheim-Esch und diese ganzen Zusammenhänge geht. Wenn der Wert der ganzen Angelegenheit ein solches Vorgehen materiell halbwegs rechtfertigt, wäre es doch naheliegend, einmal überprüfen zu lassen, welchen Wert der Wagen, den Sie da erstanden haben, eigentlich hat.

Deshalb ist es selbstverständlich auch naheliegend, selbst wenn das noch keine Rückschlüsse auf Schmiergeldzahlungen zulässt, den allgemeinen marktüblichen Verkehrswert dieses Bauobjektes ermitteln zu lassen und diesen dann dem Betrag, der dafür insgesamt gezahlt worden ist, gegenüberzustellen. Dagegen kann eigentlich

nur derjenige einen Einwand begründet und sinnvollerweise vortragen, der gar nicht will, dass hier ein unter Umständen bestehendes Missverhältnis zutage gefördert wird. Diejenigen, die sich auf den Standpunkt stellen, im Groben sei das alles gar nicht so schlimm und die weiteren Details wollen wir gar nicht wissen, sagen damit auch: Es interessiert uns nicht, welchen marktüblichen Wert die hier gebauten Objekte haben.

Meine Damen und Herren, das ist nach meinem Dafürhalten alles ziemlich durchsichtig. Auch wenn der Antrag hier von den Linken kommt und auch wenn die Äußerungen von Herrn Müser etwas anstrengend und durcheinander waren, der Antrag selbst ist in Ordnung. Deshalb wird die Fraktion pro Köln diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön. - Herr Frank noch einmal.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Müser, ich will noch einmal kurz auf Ihren Beitrag eingehen. Es bringt doch nichts bei diesem ganzen Vorgang, herumzudeologisieren. Das ist eben das Problem. Natürlich würden wir alle gern die tatsächlichen Zusammenhänge erfahren. Aber Sie wissen auch, dass es, als es damals um den Bau der Hallen ging, gar kein Wettbewerbsverfahren gegeben hat, sondern dass sozusagen der Partner von vornherein feststand. Ansonsten würde sich heutzutage nicht die Europäische Kommission damit befassen. Aber das ist wieder ein völlig anderer Vorgang, auf dessen Ergebnis man natürlich auch sehr gespannt sein kann.

Wenn in diese Sache überhaupt Licht gebracht werden kann, dann hängt das davon ab, inwieweit die Staatsanwaltschaft erhärten kann, dass es hier tatsächlich um Bestechlichkeit geht. Wir wissen doch, dass sich die Kosten bei Großprojekten durch Bestechungssummen erhöht haben. Dafür gibt es eine Reihe von Beispielen aus der Industrie. Das heißt, es hängt viel von den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ab. Wir sehen nicht, wo die Stadt Köln den Hebel ansetzen könnte, zumal es sich hier um ein Objekt handelt, auf das die Stadt keinen Zugriff hat, um durch entsprechende Gutachten hier mehr Licht ins Dunkel zu bringen.

Der Sache muss man sich natürlich stellen. Aber es bringt nichts, hier nur seinen Willen zu bekunden. Vielmehr muss man konkrete Vorschläge

machen, die auch greifen. Diese Vorschläge sind Ihrem Antrag nicht zu entnehmen.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Kommt ja nichts von dir!)

- Ihr habt doch den Antrag gestellt.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer für den Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Linke, pro Köln und Dr. Müser. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das mit großer Mehrheit so abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.4 auf:

**2.1.4 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Wichtige verkehrspolitische Maßnahmen als Beitrag zur Zukunftssicherung Kölns“ AN/1388/2009**

**Änderung- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. AN/1489/2009**

Es spricht zunächst Herr Möring für die CDU.

**Karsten Möring** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen seit ewigen Zeiten über die Kapazitäten unseres Nahverkehrssystems, aber auch des Fernverkehrssystems im Zusammenhang mit dem Bahnknoten Köln. Gleichzeitig haben wir mehrfach die Erfahrung machen müssen, dass es im Bereich Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen sehr lange Vorlaufzeiten gibt. Beide Themen tauchen in dem von uns eingebrachten Antrag in verschiedenen Zusammenhängen auf.

Erster Punkt. Es zeichnet sich ab, dass durch die Entwicklung der südlichen Innenstadt in erheblichem Umfang neue Arbeitsplätze, Wohnungen und Ähnliches mehr geschaffen werden können. Der Masterplan hat entsprechende Vorschläge dazu gemacht. Wir haben hier auch schon über die Ausweitung des Campus, die Verlagerung der Fachhochschule und die Ansiedlung von Dienstleistungseinrichtungen in diesem Bereich gesprochen. Wie dieses Gebiet verkehrlich erschlossen werden kann, kam bisher nicht zur Sprache.

Mit unserem Antrag schlagen wir vor, die Verwaltung zu beauftragen, die Klärung der Frage des sogenannten S-Bahn-Weststrings auch auf einen S-Bahn-Südring auszuweiten und uns aufzuzeigen, welche Ausweitungsmöglichkeiten es für Verkehre auf diesem Südstast über die Südbrücke bis ins Rechtsrheinische hinein gibt. Ob dafür Infrastrukturmaßnahmen im Bereich Schiene nötig sind, kann man natürlich jetzt noch nicht sagen. Wenn man die entsprechenden Kapazitäten dort schaffen will, werden aber auf jeden Fall Haltepunkte in diesem Bereich nötig sein, ob nun an der Bonner Straße oder weiter zum Rhein hin. Das müssen wir frühzeitig angehen. Deswegen haben wir das in unseren Antrag aufgenommen.

Der zweite Punkt betrifft den Bahnknotenpunkt im engeren Sinne, also Hauptbahnhof und Co. Wir haben in den letzten Jahren die Feststellung machen müssen, dass es morgens in den Berufsverkehren nicht mehr möglich ist, Verstärkzüge im Nahverkehr über die Hohenzollernbrücke in den Hauptbahnhof zu schicken, weil die Kapazitäten sowohl im Bahnhof als auch auf der Hohenzollernbrücke vollständig ausgelastet sind. Hinzu kommt der umfangreiche Fernverkehr: Wir haben 211 Halteakte im Hauptbahnhof und 61 in Deutz pro Tag. Die meisten dieser Bahnlinien queren die Hohenzollernbrücke, auch wenn das gar nicht notwendig wäre und rechtsrheinische Verkehre rechts und linksrheinische Verkehre links bleiben könnten.

Die Kunden nehmen das nicht an. Es wird Köln-Hauptbahnhof gebucht, auch wenn man nach Deutz will. Es zeigt sich, dass die Verkehre zwischen Deutz und Hauptbahnhof nicht in der Lage sind, die Fernverkehre miteinander zu verknüpfen, ganz abgesehen davon, dass ICE-Kunden es nicht besonders schätzen, wenn sie anschließend auf eine S-Bahn warten oder in eine überfüllte S-Bahn einsteigen müssen.

Wir haben seit langem darüber geredet, welche Lösungsmöglichkeiten es dafür gibt. Der Verkehrsverbund hat dazu eine Machbarkeitsstudie erstellt, in der die Möglichkeiten untersucht wurden, wie diese Verbindungen verbessert werden können und vor allen Dingen welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um Fernverkehre vom Hauptbahnhof, also vom linksrheinischen Teil, in den rechtsrheinischen Teil nach Deutz verlagern zu können. Ich habe vor über einem Jahr dieses Thema schon einmal öffentlich angesprochen, nämlich im Zusammenhang mit dem Vorschlag, ernsthaft zu prüfen, ob eine Seilbahn dafür die Lösung sein kann. Entsprechend ist in unserem Anschlag vorgeschlagen worden, zu prüfen, wie das gehen kann.

SPD und Grüne haben dazu einen Änderungsantrag vorgelegt. Den Vorschlag einer Seilbahnlösung haben sie zwar nicht aufgegriffen, aber auch sie schlagen vor, die Verwaltung zu beauftragen, zu prüfen, welche Wege es gibt, und in diesem Zusammenhang auch die jetzt vorliegende Machbarkeitsstudie vorzustellen und zu erörtern. Da unser Antrag im Wesentlichen auch eine Form von Prüfantrag darstellt, habe ich kein Problem damit, diesen Änderungsantrag von SPD und Grünen anstelle unseres dritten Absatzes zu übernehmen. Dann können wir heute zu einer breiten Mehrheit kommen.

Wichtig ist mir nur eines, nämlich dass diese Themen sehr zeitnah bearbeitet werden. Wenn es zu einer Seilbahnlösung kommen sollte - ich bin der Überzeugung, das ist eine attraktive und preiswerte Lösung und daher auch eine sehr realistische Perspektive, selbst wenn das heute noch nicht jeder so sieht -, dann brauchen wir eine Integration dieser Überlegungen in die Wettbewerbe zur Gestaltung der beiden Plätze am Anfang und am Ende. Deswegen haben wir nicht endlos Zeit, sondern müssen das zeitnah machen. Wenn wir nachher unseren Antrag zusammen mit dem Änderungsantrag beschließen, würde ich die Verwaltung bitten, uns - vielleicht zusammen mit dem VRS - sehr zeitnah die Machbarkeitsstudie vorzustellen, sodass wir noch bis Ende des Jahres zu einem Beschluss kommen können, welche Planungen in welcher Form weitergeführt werden sollen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Möring. - Herr Kron, bitte.

**Peter Kron (SPD):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihr Antrag, Herr Möring, hat drei Aspekte: erstens Verlängerung des S-Bahn-Weststrings, zweitens Erweiterungsmaßnahmen im Deutzer Bahnhof durch die Deutsche Bahn und drittens Optimierung der Verbindung zwischen Hauptbahnhof und Deutzer Bahnhof.

Zum ersten Punkt: Verlängerung des S-Bahn-Weststrings. Hier sehe ich große Übereinstimmung. Sie haben offensichtlich ein interessantes Papier gelesen, das auch im Internet zu finden ist, nämlich das Kommunalwahlprogramm der Kölner SPD. Darin haben wir formuliert:

Die Köln-SPD wird sich zudem verstärkt dafür einsetzen, dass die Deutsche

Bahn AG endlich die Planungen zum Bau des S-Bahn-Westrings vorantreibt, um eine leistungsfähige Verbindung vom Hauptbahnhof zum Universitätsviertel und zum Kölner Süden zu schaffen, mit Haltepunkten, mit Umsteigemöglichkeiten zur KVB. Perspektivisch sollte eine Weiterführung über die Südbrücke mit Anbindung an das rechtsrheinische S-Bahn-Netz und damit ein vollständiger S-Bahn-Ring angestrebt werden.

So weit, so gut. Diesen Punkt haben wir auch in unseren rot-grünen Änderungsantrag übernommen.

Zum zweiten Punkt: Erweiterungsmaßnahmen der Deutschen Bahn am Bahnhof Deutz. Auch das ist unproblematisch. Sie sind nötig. Das unterstützen wir natürlich auch.

Zum dritten Punkt: Optimierung der Wegeverbindung zwischen Hauptbahnhof und Deutzer Bahnhof. Das ist der eigentliche Knackpunkt, weswegen wir unseren Änderungsantrag gestellt haben. Die Maßnahme ist nötig und wird von uns uneingeschränkt unterstützt; allerdings ziehen Sie dabei ganz fest auf diese Seilbahnlösung ab.

(Karsten Möring [CDU]: Halb fest!)

Im CDU-Antrag wird erwähnt, dass es dazu offenbar eine Machbarkeitsstudie des Zweckverbandes Nahverkehr gibt. Wir fanden es interessant, das zu erfahren; denn es wäre bestimmt für den Rat der Stadt Köln hilfreich, wenn alle hier diese Studie kennen würden, ehe sie eine fundierte Entscheidung treffen. Die CDU hat sie offensichtlich schon gelesen; denn Sie schreiben ja, dass Sie laut Studie die Seilbahn geprüft haben wollen. Uns liegt diese Studie bisher nicht vor. Wir wollen uns deshalb auch nicht voreilig auf die Seilbahnlösung, die sicherlich diskutabel ist, festlegen.

Wir sind der Meinung, es würde keinen Sinn machen, ohne jegliche Prüfung und Abwägung anderer Alternativen zu operieren und schon heute zu einer direkten Beschlussfassung hier im Rat zu kommen, ohne vorher darüber im Fachausschuss beraten zu haben. Darum wollen wir diese wirklich wichtige Maßnahme heute nicht übers Knie brechen, entscheiden und damit den neu gewählten Rat vor vollendete Tatsachen stellen. Dafür sehen wir heute keine Notwendigkeit. Deshalb haben wir diesen dritten Punkt, den Prüfantrag, umgewandelt.

Natürlich sollen - so wie Sie es auch in Ihrem Antrag schreiben - denkmalschützerische und städtebauliche Aspekte berücksichtigt werden. Auch ist es natürlich sinnvoll, laufende Wettbewerbe und Planungen zur Bebauung des Messevorplatzes und des Breslauer Platzes einzubeziehen. Auch wir möchten das Thema zügig angehen und bitten die Verwaltung, uns das Prüfergebnis und die verschiedenen Alternativen noch in diesem Jahr zur Entscheidung vorzulegen. Wir bitten daher um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. Herr Möring hat diese ja schon angedeutet. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Kron. - Frau Tull für die Grünen, bitte.

**Bettina Tull** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Oberbürgermeister! Es ist Bundestagswahlkampf. Jeder weiß: Wahlkampf ist sehr teuer. Es geht aber auch billig. Dafür liefert die CDU-Fraktion heute ein leuchtendes Beispiel. Wir hätten auch einen Antrag diskutieren können, der sich für schöneres Wetter oder für Rosenmontag als Feiertag ausspricht.

(Margret Dresler-Graf [CDU]: Bravo!)

Bis auf Herrn Sterck hätte es dafür bestimmt eine breite Mehrheit gegeben.

Weil Wahlkampf ist, bricht man auch gerne einmal interfraktionelle Vereinbarungen; denn obwohl eigentlich verabredet ist, dass keine Fraktion sich Rosinen aus dem Masterplan herauspickt und sie als ihre eigenen Idee verkauft, stellt die CDU-Fraktion hier einen Antrag zu einem der zentralen Bauvorschläge des Masterplans, nämlich zum S-Bahn-Westring.

Natürlich hat niemand etwas dagegen. Natürlich ist das sinnvoll. Natürlich werden wir diesem Punkt zustimmen — aber wer täte das nicht? —, auch wenn dieser Antrag einiges über das Niveau der CDU aussagt. Aber das soll nicht das Problem unserer Fraktion sein.

Auch im zweiten Teil Ihres Antrags macht es sich die CDU einfach. Soweit ich informiert bin, liegt die Machbarkeitsstudie noch gar nicht vor. Also gibt es eigentlich bisher gar keine Grundlage, auf der man die Frage der Verknüpfung der beiden Bahnhöfe diskutieren könnte. Außerdem geht

der CDU-Antrag automatisch davon aus, dass alles auf eine Seilbahnlösung hinausläuft. Auch wenn wir den Inhalt der Machbarkeitsstudie noch nicht kennen - vielleicht ist die CDU in dieser Hinsicht besser informiert -, scheint Ihre Fixierung auf eine Seilbahn unter städtebaulichen, praktischen und denkmalpflerischen Aspekten fragwürdig.

Insofern wollen SPD und Grüne diesen Teil des Antrags ersetzt wissen, um eine offenere Diskussion um die richtige Lösung für Hauptbahnhof und Bahnhof Deutz zu ermöglichen. Wir bitten deshalb um Zustimmung zu unserem Ersetzungsantrag für den zweiten Teil und stimmen dem ersten Teil des CDU-Antrags zum S-Bahn-Westring zu. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Tull. - Frau Kirchmeyer für die FDP, bitte.

**Christtraut Kirchmeyer (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU hat einen Vorgang aufgegriffen, der eigentlich schon sehr lange von den Ratsgremien, im Regionalrat und anderswo diskutiert wird. Die Problematik Bahnknoten Köln und S-Bahn-Westring ist allen hinreichend bekannt. In diesem Fall ist Ihr Antrag unschädlich. Wir können und müssen dem zustimmen.

Wir alle wissen, dass das Nadelöhr Kölner Hauptbahnhof mit zahlreichen weiteren Engpässen in seinen Zulaufstrecken für Behinderungen im Nah- und Fernverkehr sorgt. Das bringt direkte Nachteile für die Reisenden, insbesondere in punkto Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit. Auch deswegen werden wir dem Antrag zustimmen. Die Bahn scheint allerdings seit vielen Jahren in diesem Punkt beratungsresistent. Deswegen muss uns allen klar sein: Da müssen wir weiterhin dicke Bretter bohren müssen.

Der dritte Punkt Ihres Antrags hat auch mir Kopfschmerzen bereitet. Auch ich kenne diese Machbarkeitsstudie nicht. Eigentlich wollte ich heute mündlich einen entsprechenden Antrag stellen, aber die Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen sind mir zuvorgekommen. Auch mir bereitet diese Seilbahnlösung Kopfschmerzen. Ich will Ihnen auch sagen, warum. Ich würde mit diesem Teil nicht fahren - ich bin auch noch nie mit der Rheinseilbahn gefahren -, einfach weil ich nicht schwindelfrei bin und Hö-

henangst habe. Ich denke, auch solche Dinge muss man mit in Betracht ziehen, wenn man so etwas baut. Es gibt sicherlich noch mehr Menschen, die davon betroffen sind.

Das Transportproblem - Stichwort: Gepäck - lässt sich sicherlich lösen, aber es sollte wohlbedacht sein. Ich will in diesem Zusammenhang noch einmal die Möglichkeit nennen, was die FDP schon seit vielen Jahren propagiert hat, nämlich dort ein Laufband einzurichten. Wenn wir jetzt der Verwaltung den Auftrag geben, das alles noch einmal prüfen zu lassen, wird sicherlich auch diese Möglichkeit noch einmal geprüft werden. Es spielen ja auch die Kosten dabei eine Rolle.

Die CDU hat ja den Änderungsantrag von SPD und Grünen übernommen. Wir werden diesem gemeinsamen Antrag zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Kirchmeyer. - Herr Möring will noch eine kurze Erklärung abgeben, vermutlich hinsichtlich des Gutachtens.

**Karsten Möring (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich will nur eine Sache klarstellen: Hier wurde ja unterstellt, mir würde diese Machbarkeitsstudie schon vorliegen. Ich habe sie bisher weder gelesen noch gesehen. Mit der Arbeit daran wurde vor etwa einem Vierteljahr begonnen; mit dem Thema Seilbahn bin ich aber schon in einem Pressegespräch im Juli letzten Jahres herausgekommen. Ursache und Wirkung möchte ich hier nicht vertauscht sehen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Okay. Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Dann lasse ich darüber abstimmen. Ich habe es so verstanden, dass die CDU sich einverstanden erklärt, den dritten Punkt zwar als Prüfantrag zu sehen, sich aber nicht direkt auf eine Seilbahn festzulegen.

(Zuruf von Christtraut Kirchmeyer  
[FDP])

- Das ist schon klar. - Wir können also über den Änderungsantrag von SPD und Grünen abstimmen, wobei sich die CDU mit Ihrem Antrag darin wiederfindet. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist eine breite Mehrheit: die

CDU, die SPD, die Grünen, die FDP, Herr Dr. Müser, pro Köln und meine Stimme. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die Linke und Frau May enthalten sich. Damit ist das einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.5 auf:

**2.1.5 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend "Abschaffung der Zweitwohnungssteuer und Einführung eines Zuzugsbonus für Kölnerinnen und Kölner, die sich mit dem ersten Wohnsitz neu anmelden"**  
**AN/1421/2009**

Dazu spricht Herr Detjen.

**Jörg Detjen** (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Zweitwohnungssteuer ist entstanden, um wohlhabende Personen, die lange Zeit an einem zweiten Wohnsitz in einem Ferienort leben, an den Kosten der Kommune zu beteiligen. Faktisch ist das eine Touristensteuer oder eine Art von Kurtaxe. Die Zweitwohnungssteuer in Großstädten dagegen ist unseres Erachtens eine Repressionsteuer. Es trifft berufstätige Menschen, die Studentinnen und Studenten und vielleicht sogar die Dauercamper am Rhein. Deshalb haben wir diese Steuer für Köln von Anfang an abgelehnt.

Die Verwaltung wollte sie in der letzten Legislaturperiode unter Schwarz-Grün einführen. Die Linke hat zusammen mit dem AStA der Universität nicht nur dagegen Druck gemacht, sondern auch ein Gegenkonzept entwickelt, das vorsieht, statt der Zweitwohnungssteuer einen Zuzugsbonus einzuführen. Dafür konnten wir die Grünen gewinnen, sodass das Konzept im Rat der Stadt Köln dann durchgesetzt wurde. Die Große Koalition von CDU und SPD hat diesen Zuzugsbonus - das waren Gutscheine im Wert von circa 110 Euro für Museen, Schwimmbäder, Zoo und andere städtische Einrichtungen - dann wieder abgeschafft.

Seit Jahren gibt es rechtliche Auseinandersetzungen um die Zweitwohnungssteuer. Die Verwaltung musste unter anderem auf unseren Antrag hin für Auszubildende Ausnahmen in der Satzung festlegen. Bereits auf einer Veranstaltung der DGB-Jugend vor einem Jahr hat auch die SPD neben Grünen und FDP signalisiert, dass sie diese Steuer ablehnt.

(Ulrich Breite [FDP]: Ja!)

Als sich dann auch der rot-grüne Oberbürgermeisterkandidat Roters für die Abschaffung der Zweitwohnungssteuer ausgesprochen hat, schlug die Linke auf einer Wahlveranstaltung an der Universität die Wiedereinführung des Zuzugsbonus vor. Herr Roters hat damals seine Zustimmung signalisiert, Herr Sterck hat seine Zustimmung signalisiert,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Frau Moritz auch!)

- Frau Moritz selbstverständlich auch; davon war ja auszugehen -, nur die CDU hat das abgelehnt. Die Mehrheit des Hauses ist also für die Wiedereinführung des Zuzugsbonus und die Abschaffung der Zweitwohnungssteuer.

Jetzt wurde mir von Rot-Grün signalisiert, dass beabsichtigt ist, diesen Antrag in die Haushaltsberatungen zu schieben. Das werden wir wohl machen müssen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grüne, dann müssen Sie in den Haushaltsberatungen auch Ihr Wort halten,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Lassen Sie das mal unsere Sorge sein!)

dass dieser Antrag entsprechend umgesetzt wird. Wenn nicht, wäre das Wählertäuschung. Das muss man einmal ganz klar sagen.

Mir ist wichtig, dass die Zweitwohnungssteuer relativ kurzfristig abgeschafft wird. Das wäre auch möglich; denn dafür gibt es keine halbjährliche Frist wie bei der Gewerbesteuer. Die Zweitwohnungssteuer kann von heute auf morgen abgeschafft werden. Für die Wiedereinführung des Zuzugsbonus muss man der Verwaltung ein bisschen mehr Zeit einräumen, um das entsprechend vorbereiten zu können.

Deswegen würde ich mich freuen, wenn die Verwaltung, selbst wenn wir diesen Antrag heute in die Haushaltsberatungen schieben, schon erste Überlegungen zur Wiedereinführung des Zuzugsbonus entwickelt.

(Martin Börschel [SPD]: Man darf immer denken!)

Erfahrungen dazu gibt es ja bereits; sie waren nicht schlecht, aber sie waren nun auch nicht so gut, dass das nicht noch ausbaufähig wäre. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag, damit das auf den Weg gebracht werden kann. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Frank hatte sich gemeldet. Bitte.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Werter Antragsteller! Pro und Contra der Zweitwohnungsteuer sind in der laufenden Wahlperiode hier bereits mehrfach diskutiert worden. Insofern halte ich die Positionen für ausreichend ausgetauscht. Die Grünen haben damals gegen die Zweitwohnungsteuer nicht nur diskutiert, sie haben sie nicht nur verworfen, sondern sie haben sie auch abgelehnt. Und doch ist sie eingeführt worden. Das ist erst einmal das Faktum.

In unserem Kommunalwahlprogramm 2009 haben wir das Vorhaben formuliert: Abschaffung der Zweitwohnungsteuer. Es wäre sinnvoll, dafür ein geordnetes Verfahren zu wählen; denn die Abschaffung wäre immer auch an ein neues Haushaltsjahr geknüpft. Nur dann wäre das möglich. Insofern bringt es jetzt überhaupt nichts, sich bestimmter Einzelheiten aus dem grünen Wahlprogramm zu bedienen und diese hier als Antrag einzubringen. Dadurch wird es auch nicht schneller besser. Vielmehr geht es jetzt darum, ein geordnetes Verfahren zu finden.

Darüber werden dann die Fraktionen, die den Haushalt tragen, beraten. Noch ist ja gar nicht klar ist, welche Fraktionen das in der neuen Wahlperiode sein werden. Man weiß zum Beispiel nicht, ob sich die Linke an konstruktiven Haushaltsplanberatungen beteiligen möchte. Wenn sich das in diese Richtung entwickeln sollte, wird es sicherlich einen passenden Zeitpunkt geben, in den Haushaltsplanberatungen eine Entscheidung zu treffen. Deshalb: Es ist schon sehr wohlwollend, wenn wir diesen Antrag der Linken heute in die Haushaltsplanberatungen verweisen. Das werden wir auch tun. Dann hat die Linke bis dahin Zeit, sich zu überlegen, ob sie zum Beispiel in konstruktive Haushaltsberatungen mit eintreten möchte. - Das war es.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses  
90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Frank. - Herr Mendorf.

**Marco Mendorf** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist ja schön, dass Herr Frank bereits die Rechnungen für die Haushaltsplanberatungen schreiben will, nämlich die Rechnungen, die man begleichen müsste, würde man die Zweitwohnungsteuer abschaffen. Wir sind nicht der Meinung, dass man das in die Haushaltsplanberatungen verschieben sollte. Daran werden wir uns nicht beteiligen.

Die FDP unterstützt dieses Anliegen seit vielen Jahren. Sie haben ja eben erwähnt, dass wir hier im Rat zahlreiche Debatten darüber geführt haben. Schwarz und Rot haben die Zweitwohnungsteuer damals gegen unser Votum eingeführt. Wir als FDP haben in verschiedener Weise zum Ausdruck gebracht, dass es sich dabei um eine Diskriminierung insbesondere auch von Studenten handelt und damit ein Abschreckungseffekt für den Zuzug nach Köln verbunden ist. Mit der Einführung der Zweitwohnungsteuer haben Sie damals ein ganz klares finanzpolitisches Motiv verfolgt, nämlich Geld in die Haushaltskasse zu spülen. Das haben wir damals abgelehnt.

Wir setzen uns seit Jahren dafür ein, dass diese kommunale Sondersteuer wieder abgeschafft wird. Wir freuen uns natürlich über jeden, der sich unserer Initiative anschließt. Da das jetzt auch die Oberbürgermeisterkandidaten von SPD und CDU bekundet haben, erwarten wir nun, da die Kommunalwahl vorüber ist, dass sich die beiden großen Fraktionen

(Zuruf von Barbara Moritz [Bündnis  
90/Die Grünen])

- ich meine die beiden Fraktionen, die bisher etwas größer als Ihre Fraktion, Frau Moritz, und unsere Fraktion waren - heute entscheiden, auf unsere Linie einzuschwenken. Wir sind eigentlich davon ausgegangen, dass sie heute bereit sind, diesen Schritt zu tun. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Mendorf. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Es wurde beantragt, den Antrag der Linken in die Haushaltsplanberatungen zu verschieben. Das stelle ich jetzt zur Abstimmung. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Dieser Meinung sind SPD, CDU, Grüne, pro Köln, die Linken und Herr Dr. Müser. Gegenstimmen? - Bei der FDP. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das mit großer Mehrheit dahin verwiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

**3. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Zu Tagesordnungspunkt 3.1:

**3.1 Anfrage von Ratsmitglied Dr. Müser - Freie Wähler - Kölner-Bürger-Bündnis betreffend "Ausstattung städtischer Kindergärten" AN/1195/2009**

**Antwort der Verwaltung vom 08.09.2009 3802/2009**

Herr Dr. Müser, die Antwort der Verwaltung liegt Ihnen vor. Wenn Sie noch eine Nachfrage dazu haben, bitte ich darum, sie jetzt zu stellen.

**Dr. Martin Müser** (Freie Wähler - Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Meine Anfrage liegt der Verwaltung seit zweieinhalb Monaten vor. Der Vorgang, auf den sich meine Anfrage bezieht, ist über zwei Monate alt. Trotzdem hat es die Verwaltung geschafft, mir die Antwort gerade einmal zwei Stunden vor Sitzungsbeginn zu kommen zu lassen. Ich bitte daher darum, diesen Tagesordnungspunkt in die nächste Ratssitzung zu verschieben. - Danke.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Frau Dr. Klein.

**Beigeordnete Frau Dr. Agnes Klein:** Herr Müser, Kern Ihrer Anfrage war ja, mitzuteilen, welche Summe an die Kitas ausgezahlt wurde. Ich bitte einfach um Verständnis dafür - es war ja eigentlich erst nach der Urabstimmung klar, dass nicht weitergestreikt wird -, dass wir diese Summe erst danach fixieren und entsprechende Vorschläge erarbeiten konnten. Dass Sie unsere Antwort so spät erreicht hat, bedauern wir. Aber das hatte mit dem Abrechnungsmodus zu tun.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es dazu noch eine konkrete Frage, Herr Dr. Müser?

**Dr. Martin Müser** (Freie Wähler - Kölner Bürger-Bündnis): Ich hatte eben den Antrag gestellt, diesen Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung zu verschieben, da ich nicht die Möglichkeit hat-

te, diese Antwort mit denjenigen zu besprechen, die mit diesem Anliegen an uns herangetreten sind. Die Verwaltung stellt in ihrer Antwort Zahlen in den Raum, die im Moment schlicht und ergreifend nicht nachprüfbar sind. Deshalb sehe ich keine Chance, jetzt darauf zu reagieren und Nachfragen zu stellen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Dr. Müser, die Möglichkeit ist auf jeden Fall gegeben, dass Sie nach der Lektüre hier entsprechend nachfragen können.

Ich darf Ihnen zwischendurch mitteilen, dass es im Endspiel der Fußballeuropameisterschaft der Damen in der Halbzeit 2 : 1 für Deutschland steht. Das war ein besonderer Wunsch von Frau Kronenberg, aber es gibt sicherlich noch mehr Fans hier. Das ist noch nicht das Endergebnis, aber zur Halbzeitpause steht es 2 : 1 für Deutschland.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5.1 auf:

**5.1 Satzungen**

Zu Tagesordnungspunkt 5.1.1:

**5.1.1 Neufassung der Satzung zur Vergabe der Förderstipendien der Stadt Köln 3171/2009**

Gibt es dazu Fragen?

(Peter Sörries [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Wie Kulturausschuss!)

- Das ist richtig. -Wie Kulturausschuss, Anlage 3. Es gibt keine Fragen. Dann lasse ich abstimmen. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 5.1.2:

**5.1.2 Satzung über Anbringungsort, Abmessungen und Ausgestaltung von Werbeanlagen für einen Teil der Ortslage Köln-Neustadt-Süd im Bereich des sog. "Kwartier Latäng" Arbeitstitel: Werbesatzung "Kwartier Latäng" 1153/2009**

Gibt es dazu noch Fragen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen die FDP und die Fraktion pro Köln. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist es mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5.2 auf:



## 5.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

Zu Tagesordnungspunkt 5.2.1:

### 5.2.1 Entgeltordnung für die Benutzung der Verkehrsflächen des Großmarktes Raderberg mit Kraftfahrzeugen 2940/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es mit großer Mehrheit beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5.3 auf:

## 5.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

Zu Tagesordnungspunkt 5.3.1:

### 5.3.1 Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen vom 18.12.2008 hier: Sonderöffnung im Stadtteil Mülheim 3710/2009

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5.4 auf:

## 5.4 Sonstige städtische Regelungen

Zu Tagesordnungspunkt 5.4.1:

### 5.4.1 10. Änderung des Landschaftsplans Köln (Naturschutzgebiet Dellbrücker Heide) hier: Beschluss über Bedenken und Anregungen sowie Satzungsbeschluss 1612/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Das ist einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

## 6. Unterrichtung des Rates über die vom Kämmerer/Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, Mehrauszahlungen und -verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2009 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2008/2009 3644/2009

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Auch nicht. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist das einstimmig so zur Kenntnis genommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

## 7. Überplanmäßige Ausgaben

Zu Tagesordnungspunkt 7.1:

### 7.1 Überplanmäßige Auszahlung in Höhe von insgesamt 103.850 € im Teilfinanzplan 0701 - Gesundheitsdienste, Teilfinanzplanzeile 9 - Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen - für das Haushaltsjahr 2009 3232/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 7.2:

### 7.2 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt Köln hier: Zustimmung des Rates zu einer überplanmäßigen Aufwendung und Auszahlung gem. § 83 Abs. 2 GO NW 3336/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

## 9. Allgemeine Vorlagen

Ich hatte eben mit Ihnen vereinbart, dass wir mit den Vorlagen unter 9.50, 9.51 und 9.52 beginnen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.50:

### 9.50 Archäologische Zone und Jüdisches Museum Köln 3595/2009

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion AN/1482/2009

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und FDP-Fraktion AN/1491/2009

Meine Damen und Herren! Unsere Stadt kann auf zwei Jahrtausende Geschichte als Metropole

einer Region zurückblicken. Hier an dieser Stelle haben Römer, merowingische und fränkische Könige, die Karolinger, Erzbischöfe und Kaiser regiert, bevor die Bürger im 14. Jahrhundert - ich habe das schon in meiner Eingangsrede gesagt - ihre Geschicke weitgehend selbst in die Hand genommen haben. Kriege und Notzeiten wechselten sich ab mit friedlichen Zeiten. All das hinterließ materielle Spuren im Boden. Die archäologische Fundstelle um unser Rathaus herum birgt *die* historische Visitenkarte unserer Stadt, und zwar für die Region, aber auch für das Land Nordrhein-Westfalen. Sie ist einmalig. Darüber hinaus stellen diese Reste identitätsstiftende Merkmale von europäischem Rang dar. Hier lag als Teil des gesamten Stadtorganismus eines der größten jüdischen Stadtquartiere Europas mit seiner wechsellvollen Geschichte.

Die Darstellung dieser Geschichte in der Archäologischen Zone sollte gemeinsames, über alle Parteigrenzen hinweg formuliertes Ziel sein, um uns in Europa und auch darüber hinaus als geschichtsbewusste Stadt zu positionieren. Durch den höchst bedauerlichen Rückzug der Gesellschaft zur Förderung eines Hauses und Museums der jüdischen Kultur aus der Finanzierung von Bau und Betrieb eines jüdischen Museums ist nun eine Sachlage entstanden, die es uns nicht mehr ermöglicht, die bisher getroffenen Beschlüsse des Rates umzusetzen. Da uns diese Absage in einem fortgeschrittenen Planungsstadium erreicht hat, müssen wir jetzt mit dieser Situation umgehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, von internationalen Organisationen wird die von uns geplante integrierte Lösung als richtungswisend bezeichnet. Ein Schwerpunkt Colonia Judaica, quasi ein jüdisches Museum, innerhalb der Archäologischen Zone ist ein unverzichtbarer Teil einer Geschichtsschreibung über Köln, aber auch der Geschichtspräsentation. Deswegen appelliere ich an Sie, meine Damen und Herren: Stimmen Sie der Vorlage, die Ihnen aus vorbereitenden Gremien ja bestens bekannt ist, also der Weiterplanung der Archäologischen Zone zu. Die Zeit drängt.

Im gemeinsamen Änderungsantrag von SPD, Grünen und FDP gibt es zwar einige Nuancen, die ich nicht ganz teile, aber im Wesentlichen entspricht der Änderungsantrag der neuen Linie. Deswegen werde ich auch hier ein positives Votum abgeben.

(Martin Börschel [SPD]: Sehr schön!)

Mir liegen dazu Wortmeldungen von Herrn Klipper, Herrn Börschel, Herrn Sterck und Herrn Kellner vor, die ich in dieser Reihenfolge aufrufen werde. - Bitte schön, Herr Klipper.

**Karl Klipper** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen von vornherein sagen: Wir sind für eine Archäologische Zone. Wir sind auch begeistert von der Archäologischen Zone.

(Martin Börschel [SPD]: Sieht man Ihnen regelrecht an!)

- Mag sein. Das dürfte aber eher an der Belüftung dieses Saals liegen. Wenn sie besser funktionieren würde, schließe auch die Müdigkeit nach fast vier Stunden Ratsdebatte nicht so durch, Herr Börschel. - Ich sage auch: Wir wollen auch ein Haus der jüdischen Kultur oder wie immer Sie das bezeichnen wollen.

Aber: Wir sehen die Schwierigkeit, es an diesem Ort zu errichten. Darüber ist seit Jahren und Jahrzehnten diskutiert worden. Deshalb will ich noch einmal in die Vergangenheit zurückgehen. Wir haben bereits in den 90er-Jahren über ein Haus der jüdischen Kultur gesprochen. Wir haben ungefähr 2001 die damit zusammenhängenden inhaltlichen Fragen ausführlich diskutiert und dann eine Ratsentscheidung getroffen.

Die ursprüngliche Vorlage - das ist die mit dem Stempel A - sah vor, dass das Land Nordrhein-Westfalen die Errichtung der Archäologischen Zone in Zusammenhang mit der Regionale mit 10 Millionen Euro unterstützt, wobei die Gesamtkosten dafür ursprünglich bei ungefähr 15 Millionen Euro liegen sollten. Die Vorlage, die hier heute zur Abstimmung steht, weist jedoch Gesamtkosten von 45 Millionen Euro aus. 45 Millionen Euro!

(Zuruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

- Natürlich, Frau Moritz. Dieser Unterschied ist durch das Haus der jüdischen Kultur zustande gekommen. - Das heißt, die Gesamtkosten erhöhen sich um 30 Millionen Euro. Dem werden wir nicht zustimmen.

Sie können hier anführen, dass die Stadt Köln nicht zu bezahlen braucht. Ich bezweifle das allerdings. Ich halte es für wahrscheinlicher, dass es aufgrund dieser Gesamtkosten zu einem finanziellen Desaster für die Stadt kommen wird. In der Vorlage wird davon ausgegangen, dass

wir von den veranschlagten 44 oder 46 Millionen Euro 80 Prozent zurückbekommen werden. Das ist sehr schön gerechnet. Ich gehe davon aus, dass das Land nicht mehr als 10 bis 15 Millionen, maximal vielleicht 20 Millionen Euro bezahlen wird. Ich gehe auch davon aus, dass die Europäische Union uns nicht mehr Mittel dafür zur Verfügung stellen wird. Das heißt, wir werden nachher die Situation haben, dass dieses integrierte Modell - das lässt sich dann nicht mehr in zwei Bereiche trennen - die Stadt mehr als 20 Millionen Euro kosten wird.

Jetzt komme ich noch einmal auf die Transparenz zu sprechen, Frau Moritz. Wir haben eine Ausschreibung durchgeführt, in der ganz klar und eindeutig formuliert war: zeitlich getrennte Realisierung der beiden Bauten, nämlich Archäologische Zone einerseits und Haus der jüdischen Kultur andererseits. Das war dort festgehalten. Danach hatten sich alle, die sich an der Ausschreibung beteiligt haben, zu richten. Aber diese Festlegung ist noch während des Wettbewerbs aufgehoben worden, und zwar ohne dass die Bürger noch einmal dazu befragt worden sind und ohne dass wir darüber noch einmal diskutiert haben.

(Ralph Sterck [SPD: Das hat doch der Rat beschlossen!])

- Nein, das war nachher. Das können Sie nachlesen. Auch in der Vorlage steht: nachher. Das ist so. Es ist im Laufe des Wettbewerbs - das kann man ja heute sagen; mit Vertraulichkeit ist es hier sowieso nicht so weit her - entschieden worden, dass das keine Bedeutung mehr hat. Ich sage Ihnen hier an dieser Stelle: Da wollen wir nicht mitmachen.

Außerdem sind wir der Meinung, dass das Haus, das jetzt in diesem Bereich gebaut wird, viel zu groß ist. Auch viele Architekten, die sich die Gegebenheiten vor Ort angeschaut haben, wollten das kleiner halten, wie übrigens auch viele Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Meine Damen und Herren, ich sage hier noch einmal ganz klar: Wir sind für die Archäologische Zone; wir finden sie auch sehr gut. Wir sind auch für den Bau eines Hauses der jüdischen Kultur oder wie auch immer man das hinterher bezeichnet; auch das finden wir gut. Wir wollen aber, dass das örtlich getrennt wird.

Ich freue mich, in der Anlage der Vorlage zu lesen - das habe ich auch schon oft gesagt -, dass dieser Platz eigentlich nicht nur ein Teil der jüdischen Kultur ist, sondern dass an diesem Platz

2 000 Jahre Geschichte zusammentreffen: der römische Teil mit dem Praetorium, der jüdische Teil bis zum Pogrom von 1424 und der darauffolgende christliche Teil. Laut Anlage ist auch vorgesehen - ich glaube, sie ist von Herrn Schütte erstellt worden -, die Nachkriegssituation darzustellen. Das ist in der Vorlage nicht aufgeführt worden. Stattdessen bezieht sie sich auf den riesigen Kostenapparat und benennt eine Ausstellungsfläche von 600 Quadratmetern und einen Versammlungssaal von 90 Quadratmeter. Man kann ihr entnehmen, dass es in dem ganzen Gebäude lediglich drei wesentliche Ausstellungsstücke geben wird, nämlich die Mikwe, die Synagoge und die Bima. Von der christlichen Kultur und den anderen Kulturen ist keine Rede. Darüber sind wir enttäuscht; das sage ich Ihnen.

(Widerspruch von der SPD)

- Das ist so. Schauen Sie sich die Pläne an. Dann werden Sie das sehen. - Ich sage es noch einmal: Aus diesen Gründen werden wir diese Vorlage, aber auch den von Ihnen gestellten Änderungsantrag ablehnen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Klipper. - Herr Börschel, bitte.

**Martin Börschel (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist eine schöne Gelegenheit, dem Vorzeigeprojekt für die Regionale 2010 nach vielen Schwierigkeiten und Unruhen seit Projektbeginn endlich den Weg zu ebnen, und zwar in der letzten Arbeitssitzung dieser Wahlperiode durchaus symbolhaft mit bestimmten Mehrheiten: Dass ausgerechnet SPD, Grüne, FDP und der Herr Oberbürgermeister, wie Ihrer Ankündigung zu entnehmen war,

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Die Linke auch!)

- pardon! - und auch die Linke diesem Projekt nun den Schlusstempel aufdrücken, kann durchaus als ein Symbol für den Verlauf der gesamten Ratsperiode gesehen werden.

Die SPD-Fraktion bedauert sehr, dass die Zusammenarbeit mit der Gesellschaft zur Förderung eines Hauses und Museums der jüdischen Kultur schlussendlich gescheitert ist. Wir hätten uns gerade für dieses Projekt eine echte Kulturpartnerschaft zwischen der Stadt und Teilen der Stadtgesellschaft sehr gewünscht. Wir sind auch

vom Verein enttäuscht, zumal wir - zumindest bei dem einen oder anderen in dessen Reihen - den Eindruck haben, dass wir bewusst hingehalten worden sind.

(Karl Klipper [CDU]: Richtig!)

Die Enttäuschung ist umso größer - das will ich ganz offen und ehrlich sagen -, weil viele, insbesondere auch Sie, Herr Oberbürgermeister, von Anfang an und frühzeitig immer auf dieses Risiko hingewiesen haben. Das hier ehrlich zu sagen, tut der Sache keinen Abbruch. Der Rat hat gemeinsam mit Ihnen, Herr Oberbürgermeister, und der Verwaltung gerade in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten am Ende den Mut bewiesen, dieses wegweisende Kulturprojekt weiter hochzuhalten und jetzt auf die entscheidende Schiene der Realisierung zu bringen.

Ich will der Verwaltung in zweierlei Hinsicht ausdrücklich danken:

Zum einen hat sie dank der klaren politischen Vorgaben, die seinerzeit durch einen Ratsantrag von SPD, Grünen und FDP gemacht wurden, jetzt eine überzeugende Lösung entwickelt, die von ihr auch nach Absage des Vereins konstruktiv weiterentwickelt worden ist. Dass sie eben nicht destruktiv und im Sinne der ursprünglichen Zielsetzung gearbeitet hat, will ich hier ganz ausdrücklich positiv hervorheben.

Zum anderen ist der Verwaltung dafür zu danken, dass sie einen Weg gewählt hat, der auf die Optimierung aller Förderelemente abzielt. Dass es jetzt zu gelingen scheint, sowohl den klassischen Kernbestandteil der Archäologischen Zone als auch den einzigartigen Teil der jüdischen Kultur in Köln förderoptimiert in ein Konzept zusammenzupacken, ist wirklich aller Ehren wert. Für die SPD-Fraktion will ich ganz ausdrücklich mit Blick in Richtung Verwaltung sagen: Das ist wirklich *à la bonne heure*! Hoffen wir, dass dieser Weg am Ende zum Erfolg führt.

Denn ich bin sicher, dass wir am Ende hier ein Projekt haben werden, dass nationale und internationale Strahlkraft haben wird und auf das wir alle miteinander stolz sein können in dieser Stadt.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Darin kommt vielleicht der Dissens zum Ausdruck gegenüber dem, was Herr Klipper in seinem Redebeitrag deutlich gemacht hat. Wir sind der festen Überzeugung, dass es eine einzigartige Chance ist, gerade an *diesem* authentischen

Ort die Geschichte Kölns erlebbar zu machen. Zu dieser Authentizität gehört eben auch das jüdische Leben und das jüdische Erbe, weswegen gerade *diese* Örtlichkeit, Herr Kollege Klipper, für uns Richtschnur war, letztendlich diese Entscheidung zu treffen. Einen solchen Ort gibt es nämlich in Europa kein zweites Mal, zumindest nicht nördlich der Alpen. Deswegen ist es richtig, diesen wegweisenden und bahnbrechenden Schritt zu tun, und zwar mit einer überzeugenden und breiten Mehrheit.

(Beifall bei der SPD)

Die architektonische Planung verspricht eine weitere Attraktion für diese Stadt. Es ist gelungen, eine Reduzierung des Baukörpers zu erreichen, ohne Abstriche bei den Ausstellungsflächen machen zu müssen, und - das war immer auch die Forderung von SPD, Grünen und FDP in diesem Rat - zwei wunderbare Plätze auszubilden. Wir werden zum einen den wunderbaren Platz zur Einfassung der Renaissancelaube des Historischen Rathauses haben - ich sage es einmal ein bisschen pathetisch, aber ich glaube daran -, der am Ende sogar den viel gerühmten italienischen Vorbildern ebenbürtig ist, und wir werden einen Platz in Richtung Wallraf-Richartz-Museum haben, der sowohl bezüglich der Grundflächendimension als auch der Ausbildung der Höhen ein wunderbares Flair ermöglichen wird, erst recht, wenn es gelingen sollte, die Außengastronomie und Ähnliches in den umliegenden Straßen einzubeziehen. Das kann ich mir sehr schön vorstellen.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Langer Rede kurzer Sinn: Der Entwurf ist im Zuge seiner Entwicklung immer besser geworden. Ich gebe zu - auch die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen wissen das -, dass ich mich erst in diesem Prozess sozusagen herantwickeln musste. Jetzt bin ich der Überzeugung, der Entwurf ist in jeder Phase und durch das Bemühen aller hier immer deutlicher, strahlkräftiger und immer besser geworden.

In Bezug auf die Platzgestaltung habe ich die herzliche Bitte, diese von Anfang an in die Planungen mit einzubeziehen. Angesichts der Dimensionierung dieser beiden hervorragenden Plätze wäre es ein Fehler, die Platzgestaltung zunächst einmal außen vor zu lassen und sie erst später dazuzufrickeln. Nein, sie muss von Anfang an in die Planungen einbezogen werden und sollte höchste Ansprüche erfüllen. Dann kann das wirklich sehr schön funktionieren.

Das einzig Bedauerliche an der Verwaltungsvorlage - das möchte ich hier auch sagen - ist gleich der erste Satz: Auf die Planung eines eigenständigen jüdischen Museums in Köln wird verzichtet. - Auch wenn das sachlich und formell durch den Rückzug des Vereins natürlich konsequent und alternativlos ist, finde ich, dass man, wenn man das gewissermaßen symbolhaft an den Beginn einer Verwaltungsvorlage stellt, damit die Chance verschenkt, zu betonen, dass es hier wirklich um ein gigantisch positives Projekt, vielleicht *das* Projekt der nächsten Wahlperiode, geht. Das wird ein bisschen in der Vorlage verchlabbert.

Deswegen wollen SPD, Grüne und FDP mit ihrem gemeinsamen Änderungsantrag zum Ausdruck bringen: Jawohl, es gibt diese Archäologische Zone. Und: Jawohl, es gibt auch ein Museum der jüdischen Kultur an dieser Stelle, und zwar eines, auf das wir stolz sein können, in dieser Stadt, in der Republik und darüber hinaus.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Letzter Punkt zum gemeinsamen Änderungsantrag von SPD, Grünen und FDP. Trotz der organisatorischen Einheit sehen wir gerade wegen der Bedeutung des jüdischen kulturellen Erbes, und zwar von der Historie bis in die Gegenwart, die Möglichkeit einer eigenen Kuratierung als wichtig an. Das kann unter vielen denkbaren Gesichtspunkten Sinn machen, übrigens auch, um noch weitere Fördermittel für dieses Projekt an Land zu ziehen. Deswegen scheint es uns an dieser Stelle sinnvoll, die eigene Kuratierung nach wie vor zu ermöglichen.

Lassen Sie mich noch ein Letztes im Hinblick auf den CDU-Antrag sagen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ehrlich gesagt habe ich mich an Ihre ablehnende Haltung für dieses wirklich wegweisende Konzept nur mit Mühe gewöhnen können. Aber dass Sie dem Ganzen jetzt noch die Krone aufsetzen, indem Sie vorschlagen, das historische jüdische Erbe Kölns, nämlich die Exponate, im ehemaligen Ratskeller, sozusagen hinter den Garderoben und Toiletten, auszustellen,

(Walter Grau [CDU]: Das ist doch lächerlich!)

das halte ich für provinziell und peinlich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Deswegen werden wir Ihrem Antrag, der Ihrer ohnehin schon nicht nachvollziehbaren ablehnenden Position nun noch die Krone aufsetzt, natürlich ablehnen. Es ist sehr bedauerlich, dass Sie - da schließe ich an den Beginn meiner Rede an: das ist wirklich symbolhaft für diese Ratsperiode - wieder einmal Ihrem Oberbürgermeister nicht folgen konnten. Schade, dass diese Wahlperiode so enden muss! Schön, dass der Rat trotzdem mit einer ausreichenden und breiten Mehrheit dieses tolle Projekt heute auf den Weg bringt. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Linke.Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke, Herr Börschel. - Für die Grünen-Fraktion Frau Moritz, bitte.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bin dermaßen froh, dass wir heute an diesem Punkt angekommen sind. Dieser Freude möchte ich hier Ausdruck verleihen.

Als ich vor einigen Monaten mit Frau Dr. Kier gesprochen habe, erzählte sie mir, dass man sich schon kurz nach dem Krieg damit beschäftigt hat, ein solches Museum an diesem Ort zu errichten. Es hat immer Widerstände gegeben, immer wieder, immer wieder. Herr Klipper, es ist legitim, dass Sie eine andere Meinung dazu haben. Aber die Geschichte sollte ordentlich dargestellt werden.

Die inhaltliche Debatte über dieses Museum an diesem Standort begann mit einem Symposium, das Herr Fruhner veranstaltet hatte. Es endete mit einem ganz eindeutigen Ergebnis, nämlich: Wenn man ein Museum baut, muss es an diesem Ort sein.

Das zweite Symposium, das Marie Hüllenkremer im Stifftersaal des Wallraf-Richartz-Museums veranstaltet hatte, befasste sich mit den kulturhistorischen Aspekten. Experten aus ganz Europa haben daran teilgenommen. Alle, die damals dabei waren, waren beeindruckt, sogar die Kollegen aus Ihrer Fraktion. Herr Blömer und Herr Knieps standen dem Projekt anfangs kritisch gegenüber. Am Ende dieses Symposiums hatten sie die dort vorgetragenen Argumente von der Richtigkeit überzeugt. Die Experten haben uns damals gesagt: Wenn Sie sich nicht zu diesem Ort durchringen können oder wollen, dann lassen Sie es besser ganz bleiben. Machen Sie

nichts, was mit dem Original und dem Alleinstellungsmerkmal der Stadt an diesem Ort zu tun hat.

Ich bin auch sehr froh, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, sich jetzt durchringen konnten, dieses Projekt so zu unterstützen.

Im Übrigen, Herr Klipper: Herr Sterck und ich haben uns sehr intensiv mit dem Auslobungstext für den Wettbewerb beschäftigt. Es trifft nicht zu, dass die Jury irgendwann die Pferde gewechselt hat. Vielmehr hat sie alle Modelle, die das Ganze additiv dargestellt haben, miteinander verglichen. Wie sähe es denn aus, wenn jetzt nur der erste Schritt gemacht würde? Herr Klipper, ich weiß nicht, ob das der CDU-Fraktion gefallen würde. Das wäre Budenarchitektur, und die wollten alle schon damals nicht. Weil alle die große Gefahr gesehen haben, dass das so kommen könnte, wurde gesagt: Man kann zwei Phasen auch integriert sehen. Deshalb waren fast alle in der Jury - es gab nur eine Gegenstimme - absolut angetan von diesem Entwurf. Ich bin froh, dass wir uns für diesen Entwurf entschieden haben; denn dieser Entwurf ist von hoher Qualität. Die Jury hat sich für die Vergrößerung des Platzes vor dem Wallraf-Richartz-Museum ausgesprochen. Also: Das ist ein Tag der Freude und gut für den Rathausplatz.

Herr Börschel, ich teile Ihre Meinung im Hinblick auf die Gestaltung von Plätzen. Die mittelalterliche Stadt hatte in ihrem Kern immer eine Abfolge von kleinen Plätzen, die durch schmale Gassen erschlossen wurden. Das kann ich mir ganz toll vorstellen. Ich traue der Verwaltung auch zu, den Raum entsprechend zu ordnen und herzurichten. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Moritz. - Für die FDP Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist doch schön, dass zwei, drei Tagesordnungspunkte später Barbara Moritz und Ralph Sterck wieder ein Herz und eine Seele sind.

(Heiterkeit)

Dies gilt zumindest in dieser Frage. Denn der Freude und dem Stolz, dass wir in der letzten

Sitzung dieser Wahlperiode diesen Beschluss fassen können, kann ich mich voll anschließen.

Als ich hier in den Rat gekommen bin, war das eines der ersten Projekte, das wir mit der damaligen Mehrheit auf den Weg gebracht haben, auch wenn die Idee, wie Frau Moritz gesagt hat, schon viel, viel älter ist. Jetzt, zehn Jahre später, sind wir so weit, dass wir sehr nah an der Realisierung der Archäologischen Zone und der Errichtung des jüdischen Museums dran sind.

Ich gebe Kollegen Börschel recht, der gesagt hat: Auch unter Marketinggesichtspunkten ist es wichtig, an der Errichtung des Hauses des jüdischen Museums festzuhalten und es auch so zu benennen.

(Karl Klipper [CDU]: Wir rechnen zum  
Schluss ab!)

Die Leute fahren nach Berlin, um das Jüdische Museum zu besuchen. Die Leute fahren nach München, um sich das Jüdische Museum anzuschauen. Die Leute sollen künftig auch nach Köln fahren, um sich das jüdische Museum anzuschauen.

Auch über die Archäologische Zone und deren Erschließung haben wir lange diskutiert. Ich bin froh, dass wir die Erschließung vom Alter Markt her durchsetzen konnten. Auch die Weiterentwicklung, nämlich die Erschließung unterhalb des Muschelsaals zu machen, ist eine tolle Idee, weil das am Alter Markt wirklich prominent platziert ist. Ich habe mir das Modell angesehen; beim Stadtentwicklungsausschuss stand es im Konrad-Adenauer-Saal. Ich kann mich nur der Begeisterung von Herrn Börschel anschließen. Das, was wir hier bekommen, ist wirklich ganz großes Kino. Das wird städtebaulich und architektonisch wirklich eine ganz tolle Sache.

Es tut mir leid, Karl Klipper, dass sich die CDU-Fraktion dazu nicht durchringen konnte. Ich finde es auch schade, dass wir euch nicht überzeugen konnten. Die Architektur, die sich für die Mikwe und die Synagoge abzeichnet, nämlich sie in der Fassade nach außen - diese Idee gab es vorher gar nicht - sichtbar zu machen, bis ins Dach, wo möglicherweise Licht hereinfällt, ist wirklich eine tolle Weiterentwicklung. Das geht nicht auf dem Gelände von Haus Kutz. Man kann eben nicht sagen: Die Synagoge stand da vorne, aber wir stellen sie jetzt hierhin. Das ist der originale Ort, wo sie einmal gestanden hat. Damit bleibt die Authentizität gewahrt.

(Beifall bei FDP, SPD und Bündnis  
90/Die Grünen)

Auch in Bezug auf die Kosten, kann ich dir nicht recht geben, Karl. Das ist doch im Grunde ein Supersonderangebot. Es ist eine einmalige Gelegenheit, dass wir noch zusätzliche Fördertöpfe dafür mobilisieren konnten. Das war nur möglich, weil es uns gelungen ist, auch andere - das Land und auch die EU - von diesem Projekt in der ältesten jüdischen Gemeinde nördlich der Alpen - im Jahr 321 das erste Mal urkundlich erwähnt - zu realisieren und sie von der einmaligen Chance zu überzeugen,.

Auch das, was du über den Wettbewerb gesagt hast, ist leider nicht richtig. Barbara Moritz hat das hier schon richtig gestellt. Natürlich hätten wir die Möglichkeit gehabt, sagen: Wir bauen jetzt erst einmal eine leere Hülle - das wäre ja die Alternative gewesen -, weil wir ja festgestellt haben, dass auf dem Areal, auf dem das Museum heute steht, im Prinzip der komplette Schutzbau errichtet werden müsste. Den Bereich zum Wallraf-Richartz-Museum könnte man von einem solchen Schutzbau freihalten, aber das wäre das im Grunde diese Pavillon-Architektur, von der Barbara Moritz eben gesprochen hat. Wir wollten aber keinen leeren Raum, sondern eine integrierte Lösung.

Dann wurde bemängelt, dass die Bürger dazu nicht mehr befragt wurden. Darauf sage ich: Der Rat hat entschieden. Wie die CDU-Fraktion mit der Bürgermeinung umgeht, hat sie ja eben bei der Debatte um den Godorfer Hafen deutlich gemacht. Der Rat hat entschieden. Zugegeben, wir haben lange darum gerungen, aber wir haben im letzten Sommer sehr kluge und sehr robuste Beschlüsse dazu gefasst. Das Lob an die Verwaltung war richtig. Die Verwaltung hat aufgrund unserer robusten Beschlüsse weitergearbeitet, selbst jetzt, da der Verein ausgestiegen ist. Ich bedaure das sehr. Aber der Verein hat - das muss man auch sagen - natürlich, indem er uns immer gedrängt hat, im Grunde dazu beigetragen, dass wir heute so weit sind, wie wir sind. Trotzdem finde ich es schade, dass er ausgestiegen ist.

Ein letztes Argument von Karl Klipper will ich noch aufgreifen, nämlich die christliche Kultur würde nicht dargestellt. Da hast du ja gleich die ganz große Keule herausgeholt, Karl, darüber bin ich wirklich enttäuscht. Schau dir bitte die Vorlage an. Auf Seite 9 wird die Ratskapelle dargestellt. Die Fenster sind noch da, sie sind erhalten. Das alles kann integriert werden. An diesem Ort kann also auch die christliche Kultur und Ge-

schichte entsprechend dargestellt werden. Das ist ja gerade das Tolle an dieser Stelle.

Dass wir heute diese Entscheidung mit der „Moschee-Mehrheit“ fällen, mit SPD, Grünen, FDP und dem Oberbürgermeister,

(Beifall von Barbara Moritz [Bündnis  
90/Die Grünen])

und dass die CDU zum zweiten Mal bei einer so wichtigen und durchaus auch pikanten Entscheidung nicht dabei ist - erst bei der Entscheidung über die Moschee, die für die tolerante Stadt Köln so wichtig ist, und jetzt beim Jüdischen Museum -, sollte euch zu denken geben. Das heute ist das falsche Signal.

(Beifall bei FDP, SPD und Bündnis  
90/Die Grünen)

Wir sind froh, dass wir diese Entscheidung in dieser breiten Mehrheit fällen können.

(Beifall bei FDP, der SPD und beim  
Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke, Herr Sterck. - Herr Kellner, bitte.

**Michael Kellner (Die Linke.Köln):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wie Sie wissen, hat sich die Fraktion Die Linke.Köln von Anfang an, übrigens entgegen einer Zeitungsmeldung vom Montag - die Journalisten haben da wohl etwas in den falschen Hals bekommen -, für eine gemeinsame Planung und Realisierung der Archäologischen Zone und des Jüdischen Museums auf dem Rathausplatz ausgesprochen.

Ich bin froh, dass die Frage des Platzes schon früh endgültig geklärt war. Für die Planung und Realisierung der Archäologischen Zone und des Jüdischen Museums hat sich nun leider eine neue Situation ergeben, weil die Gesellschaft zur Förderung eines Hauses und Museums der jüdischen Kultur in Nordrhein-Westfalen leider das Geld dafür nicht aufbringen konnte.

Mit der nun vorliegenden baulichen Reduzierung, die auch vom Änderungsantrag von SPD, Grünen und FDP aufgenommen wird, können wir leben. Allerdings meine ich, eine kleinere bauliche Lösung muss nicht unbedingt eine kleinere inhaltliche Lösung sein. Ich will das anhand von drei Punkten erläutern:

Erstens. Die Verwaltung weist mit Recht darauf hin, dass das jüdische Leben in Köln in der europäischen Geschichte einen herausragenden Rang einnimmt. Sie geht sogar so weit, der Stadt zu empfehlen, für die Fundstelle als dem ältesten Punkt des Judentums nördlich der Alpen den Status des Weltkulturerbes für das Jahr 2016 anzustreben. Sie hat deshalb trotz der Reduzierung parallel die Konzeption und die räumliche Gliederung einer Abteilung zur jüdischen Geschichte Kölns in der Archäologischen Zone entwickelt. Neben der Inszenierung der Synagoge und der Mikwe ist also durchaus eine Räumlichkeit angedacht, in der die Colonia Judaica dargestellt wird. Auch das wird im gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen und FDP angedacht.

Zweitens. Eine eigene Räumlichkeit bedingt aber nach unserer Auffassung auch eine eigene Abteilungsleitung, die eng mit der Leitung der gesamten Archäologischen Zone zusammenarbeitet. Auch das ist im Änderungsantrag angedacht. Wir gehen damit völlig konform.

Drittens. Die Vorlage spricht allerdings neben einer Basisinformation zum Judentum allgemein, die sie für notwendig hält, nur von der Geschichte der Kölner Juden von den Anfängen bis zum Ende der Gemeinde 1424. Das halte ich für bedenklich; denn damit würde die Vertreibung museal und geistig wiederholt. Tatsächlich hört die Geschichte der Kölner Juden gar nicht mit der Vertreibung auf. Die Kölner Juden durften tagsüber in die Stadt und betrieben dort ihre Geschäfte. Sie ließen sich schließlich, wegen dieser Schwierigkeit, in Deutz nieder und bauten dort auch eine Synagoge, deren Exponate heute im Stadtmuseum zu besichtigen sind. Auch die vertriebenen Kölner Juden gehören zu Köln. Die Darstellung ihrer weiteren Geschichte gehört an diesen Ort.

Anders sieht meine Fraktion die Darstellung des Lebens der jüdischen Bürger und Bürgerinnen während des Nationalsozialismus. Dieser Zeitraum wird im NS-Dok ausführlich dargestellt und mit wechselnden Ausstellungen immer wieder aktualisiert.

Herr Klipper, ich habe nichts gegen die Darstellung des Christentums auch in Zusammenhang mit der Archäologischen Zone. Trotzdem möchte ich zum Schluss noch eine Anmerkung machen - Herr Klipper hört mir gar nicht zu -:

(Karl Klipper [CDU]: Natürlich!)

Die Ratskapelle wurde nach der Vertreibung der Juden aus Köln in einem durchaus aggressiven

Akt auf den geschleiften Grundmauern der Synagoge errichtet. Die Projektion des Lochner-Altars ausgerechnet an die Ostwand der alten Synagoge könnte als eine unsensible Würdigung dieses Ortes gedeutet werden. Meine Fraktion wünscht sich in dieser Frage einen sensiblen Umgang mit der jüdischen Geschichte in Köln. - Danke fürs Zuhören.

(Beifall bei der Linken.Köln und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Dr. Müser, bitte.

**Dr. Martin Müser** (Freie Wähler - Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Rat hat gerade die Erfahrung gemacht, welche Gefahr darin steckt, wenn man eine zentrale und wichtige Planung, eine tolle und einmalige Chance, wie sie die Realisierung einer Archäologischen Zone im Herzen Kölns darstellt, in Gänze von einer unverbindlichen Finanzierungszusage eines potenziellen Sponsors abhängig macht.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Haben wir ja nicht!)

Genau das war der zentrale Fehler der Planungen in Zusammenhang mit der Bebauung des Rathausplatzes.

Es wurde eine Planung gewählt - Herr Klipper hat darauf zu Recht hingewiesen -, die unausweichlich die geforderte Stufigkeit der Bebauung, die ja Bedingung des Wettbewerbs war, nicht ermöglicht.

(Ulrich Breite [FDP]: Doch!)

Das hätte man schon vor der Planungsentscheidung am 28. August 2008 offen sagen müssen. Stattdessen wurde ein Finanzierungsvorbehalt beschlossen, über den man sich jetzt einfach so hinwegsetzt, als ob es ihn nie gegeben hätte. Herr Breite, Sie werden mir zustimmen, dass in der Ratsentscheidung vom 28. August explizit drinsteht, dass die Realisierung davon abhängig gemacht wird, ob das Haus der jüdischen Kultur und Geschichte vom Förderverein finanziert wird oder nicht. Darüber setzt man sich jetzt hinweg, als ob es eine solche Ausrichtung nie gegeben hätte.

Ergebnis ist eine Aufblähung des Projekts um das Dreifache und damit verbunden eine dreimal



höhere finanzielle Belastung für die Stadt Köln. Herr Börschel hat hier von einem großen Potenzial zusätzlicher Geldgeber geredet, aber verschwiegen, dass, prozentual gesehen, von der Stadt Köln ein mindestens gleich hoher Betrag aufzubringen ist.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Das erwähnen Sie gar nicht. Das sind scheinbar nur Peanuts für Sie.

Das ist aber nicht alles. Einmal wieder gehen Sie finanzielle Risiken ein, wohl wissend, dass es damit keine Möglichkeit mehr gibt, hinter die heutige Entscheidung zurückfallen zu können. Mit anderen Worten: Obwohl es noch keine einzige Finanzierungs- und Förderzusage für das Gesamtprojekt gibt, obwohl das Projekt aufgrund dieser Verwaltungsvorlage aus der Regionale-2010-Förderung herausfällt und zu einem normalen Förderantrag des Landes NRW wird, also die Finanzierungsfrage auf null zurückgesetzt wird,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist Quatsch!)

obwohl mit der Vorlage überhaupt erst die EFRE-Förderfähigkeit hergestellt wird und noch gar kein Bescheid dazu existiert, ob und in welcher Höhe Fördermittel zur Verfügung gestellt werden, trotz all dieser Risiken wollen Sie heute die abgespeckte Vollversion der Rathausplatzbebauung beschließen, wohlwissend, dass Sie hinter diese heutige Entscheidung nicht mehr zurückfallen können. Damit werden Sie die Stadt Köln wieder in finanzielle Zugzwänge bringen.

Darauf, dass sich die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger bei allen möglichen Gelegenheiten gegen eine Bebauung ausgesprochen hat, möchte ich an dieser Stelle gar nicht eingehen.

(Martin Börschel [SPD]: Herr Müser, Sie wollten diese Frage bei der Wahl zu einer Volksabstimmung machen, und Sie haben *einen* Sitz bekommen, *einen* Sitz!)

Diese Bürgermeinung ist von der Ratsmehrheit in Abrede gestellt. Gewissermaßen als Alibi muss Frau Moritz sogar die Meinung einer Handvoll Symposiumsteilnehmer heranziehen; die Meinung der Bürger in dieser Frage hat sie völlig negiert. Nach einer Umfrage des WDR haben sich aber 80 Prozent der Bürger gegen die Bebauung ausgesprochen. Die Bürger haben sich auch hier im Rathaus bei der Ausstellung, die der Oberbürgermeister organisiert hat, mehrheit-

lich dagegen ausgesprochen. Das alles negieren Sie. Das spielt für Sie keine Rolle.

Das Argument der Authentizität, das von Ihnen angeführt worden ist, ist natürlich herbeigeredet, da es nur auf die Archäologische Zone zutrifft und nicht auf den Bau.

Sie wissen auch, dass weder das Land noch die Europäische Union uns im Hinblick auf die prozentuale Förderung einen Persilschein ausstellen werden und es eine Fördermitteleckelung geben wird. Alle finanziellen Belastungen, die über die projektierten Kosten hinausgehen, werden dann zu 100 Prozent zulasten der Stadt Köln gehen, und das in dieser finanziell schwierigen Zeit.

Der Kämmerer hat heute über die Presse die ungebremste Prasserei des Kulturrats angeprangert. Diese Vorlage ist eine Steilvorlage für eine Replik. Herr Walter-Borjans, Sie fordern doch die Politik mit dieser Vorlage zu Mehrausgaben in zweistelliger Millionenhöhe auf und sagen - es ist nun einmal eine allgemeine Verwaltungsvorlage - nichts zu den finanziellen Risiken, die durch die Planungen auf die Stadt Köln zukommen werden.

Meine Damen und Herren, wenn Sie heute dieser Verwaltungsvorlage folgen, nehmen Sie den Bürgern nicht nur die Chance auf einen toll gestalteten Rathausplatz mit einer Mikwe und einer Synagoge, die als Teil des historischen Erbes zu Highlights werden könnten, sondern gehen auch millionenschwere Risiken ein, obwohl Sie aufgrund des Rückzugs des Fördervereins mit diesem Projekt gerade erst auf die Nase gefallen sind. Die Freien Wähler jedenfalls werden sich dem entgegenstellen und wie auch in der Vergangenheit schon dem Tenor des CDU-Änderungsantrags folgen und diesem zustimmen. - Danke schön.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen.

Zuerst stimmen wir über den Änderungsantrag von SPD, Grünen und FDP ab. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Grünen-Fraktion, die FDP, die Linke und meine Stimme. Gegenstimmen? - Bei pro Köln, Herrn Dr. Müser und der CDU-Fraktion. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist das mit Mehrheit so beschlossen.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Als Nächstes stimmen wir über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ab. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU-Fraktion, Herr Dr. Müser und Frau May. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist das so abgelehnt.

Damit ist die Vorlage - -

(Martin Börschel [SPD]: Gesamtabstimmung nicht?)

Schließlich stimmen wir über die gesamte Vorlage mit den Änderungen ab. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die eben genannte Mehrheit. Gegenstimmen? - Bei der CDU, Herrn Dr. Müser, pro Köln und Petra May.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9.51 auf:

#### **9.51 Stiftung zugunsten des Historischen Archivs 3735/2009**

Dieser Punkt dürfte relativ zügig gehen. Ich habe im Vorfeld gehört, dass das schon im Ausschuss Kunst und Kultur diskutiert worden ist. Dazu gab es auch ein Votum. Ich würde also vorschlagen: Abstimmung wie Kunst und Kultur. Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer dafür ist, dass wir diese Stiftung so gründen, bitte ich um das Handzeichen. - Die CDU, die SPD, die Grünen, die FDP, pro Köln, die Linken, Herr Dr. Müser und meine Stimme. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9.52 auf:

#### **9.52 Neubau Historisches Archiv mit Kunst- und Museumsbibliothek und Rheinischem Bildarchiv 3739/2009**

Auch das ist eine sehr wichtige Entscheidung, die wir heute zu treffen haben. Gibt es Wortmeldungen dazu? - Erst Frau Dr. Bürgermeister, dann Herr Sterck.

**Dr. Eva Bürgermeister** (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bin froh, dass wir gerade hier und heute in der letzten Sitzung des Rates in dieser Wahlperiode mit der Entscheidung über die Planungsaufnahme für ein weiteres neues Gebäu-

de, nämlich das Archivgebäude, die Gelegenheit haben, einen weiteren großen Schritt nach vorne zu tun. Die Aufarbeitung der Folgen um den Einsturz des Historischen Archivs hat uns in den letzten Wochen und Monaten sehr stark eingenommen.

Auf der Basis des Ratsbeschlusses vom 30. Juni 2009 hat die Verwaltung nunmehr eine, wie ich finde, umfassende Übersicht über die in Rede stehenden Alternativen für einen Neubau vorgelegt. Das Ergebnis dieser Betrachtungen zeigt, dass das Grundstück am Eifelwall die besten Voraussetzungen für einen Archivneubau bietet. Für die SPD-Fraktion kann ich sagen: Wir akzeptieren dieses Ergebnis. Ich bedaure zwar - lassen Sie mich das kurz noch erwähnen -, dass die Standorte Gereonshof und Severinstraße belegbar keine Priorität erhalten haben; denn beide Standorte hätten jeder für sich genommen eine jeweils eigene Aussagekraft und Symbolik für das neue Archivgebäude vermittelt.

Doch auch ich habe mich letztlich durch die Analyse der Verwaltung überzeugen lassen, dass der Eifelwall in der Tat der beste und damit richtige Standort für das neue Stadtarchiv ist; denn zusammengenommen bietet der Eifelwall alle Voraussetzungen für einen modernen Archivbetrieb. Der Standort ist innenstadtnah und damit ideal gelegen für das Konzept eines offenen und ansprechenden Bürgerarchivs. Der Standort bietet ausreichend Fläche, um sowohl für das Archiv, aber auch für die Kunst- und Museumsbibliothek und das Rheinische Bildarchiv eine Lösung unter einem Dach zu ermöglichen. Das ist nicht nur benutzerfreundlich, sondern hilft, Synergien zu heben und damit letztlich Kosten zu sparen. Zu guter Letzt, der Standort ist stadtentwicklungspolitisch schlüssig. Durch die unmittelbare Nähe zur Universität und zahlreichen Forschungs- und Bildungseinrichtungen entsteht in diesem Teil der Stadt eine einmalige Wissensspanne, die als Ort von Forschung, Wissenschaft und Kultur für Köln einen wichtigen Schub bringen wird.

Dass es in Anbetracht des besonderen Standorts, der herausragenden kulturellen Bedeutung und der grundsätzlichen Sicherung von Baukultur eines Wettbewerbs bedarf, versteht sich von selbst. Ich kann mich deshalb nur wiederholen: Der Blick geht nach vorn. Ich bin sicher, mit dem Eifelwall als neuem Standort für ein Kölner Stadtarchiv treffen wir eine gute Entscheidung für Köln. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Dr. Bürgermeister. - Frau Blum, bitte.

**Carola Blum (CDU):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es die Katastrophe vom 3. März nicht gegeben hätte, wäre vieles anders gekommen, eines jedoch nicht: Wir stünden heute auch vor der Beschlussfassung zum Neubau des Historischen Archivs und wohl auch am Standort Eifelwall.

Ich habe gehört, dass die FDP in dieser Frage eine andere Meinung vertritt. Das Gebäude an der Severinstraße hatte vor dem Unglück längst seine Kapazitätsgrenze erreicht. Ein Neubau war überfällig. Ein solcher Neubau jetzt an gleicher Stelle hätte aber auch nur geringe Entwicklungsmöglichkeiten und wäre ausschließlich auf das Historische Archiv beschränkt. Vor allem aber stünden wir vor der nicht einschätzbaren und auch nicht verantwortbaren Unwägbarkeit, wann mit einer Realisierung überhaupt begonnen werden könnte, ganz zu schweigen von der traumatischen Belastung, die in der Bevölkerung und auch bei den Archivmitarbeiterinnen und -mitarbeitern mit dieser Örtlichkeit verbunden ist.

Da eine Rückführung - Frau Dr. Bürgermeister erwähnte es eben - an die historische Adresse Gereonshof, dem Wunschstandort der meisten von uns, leider aus Kostengründen obsolet ist, bietet sich der Standort Eifelwall als pragmatische Lösung an, die aber durchaus auch aus sachlichen und wirtschaftlichen Gründen überzeugend ist. Sie erlaubt den schnellstmöglichen Baubeginn - das ist extrem wichtig in der jetzigen Situation -, sie erlaubt die Zusammenführung von Historischem Archiv, Rheinischem Bildarchiv und Kunst- und Museumsbibliothek, was mit nützlichen sowie kostensparenden Synergieeffekten verbunden ist, und sie erlaubt die Errichtung eines Gebäudekomplexes, der technisch und architektonisch - das hoffen wir - auf der Höhe der Zeit sein wird.

Die veranschlagten Kosten bewegen sich in einem vertretbaren Rahmen. Aber, meine Damen und Herren, die Stadt hat schon leidvolle Erfahrungen mit überraschenden Kostensteigerungen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Stimmt!)

Deshalb bitten wir ganz dringend um einen Zusatz, nämlich dass die Planung konsequent als modulares System erfolgt, damit der Neubau des

Historischen Archivs auf keinen Fall gefährdet wird, falls, was wir natürlich nicht hoffen, die anderen Institute aus Kostengründen erst zeitversetzt dort errichtet werden können. Wir bitten, diesen Zusatz aufzunehmen, und stimmen der Lösung Eifelwall mit der Dreierkombination zu.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Frau Moritz hat noch eine Frage.

**Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen):** Es ist eher eine Bitte. Ich bitte die Verwaltung, auf den Vorschlag der CDU gleich noch inhaltlich einzugehen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Herr Streitberger und Herr Professor Quander werden das übernehmen. - Jetzt spricht erst einmal Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Blum, ja, Sie haben vollkommen recht: Auch wenn es die Katastrophe am 3. März nicht gegeben hätte, hätten wir wahrscheinlich in diesen Tagen den Standort Eifelwall beschlossen. An dieser Stelle tritt genau der Unterschied zwischen der Meinung der Mehrheit des Rates und der Meinung der FDP-Fraktion zutage: Wir sind nach wie vor für den Standort Severinstraße, gerade auch wegen dieser Katastrophe. Denn dort ist eine klaffende Wunde entstanden, die die Stadt und insbesondere das Georgs- und das Severinsviertel schmerzt.

Wir wollen diese Wunde schließen. Es wäre eine Maßnahme der Wiedergutmachung für die Veedel dort, wenn wir sagen: Das Historische Archiv soll wieder auf der Severinstraße errichtet werden, auch wenn es - das geben wir zu - entsprechend aufwendiger ist, weil es eine richtige, wichtige Maßnahme zur Aufarbeitung dieser Katastrophe ist.

Verehrte Frau Dr. Bürgermeister, Sie haben den jetzt von Ihnen favorisierten Standort als Wissensspange beschrieben. Als Mitglied des Stadtentwicklungsausschusses wissen Sie, dass wir mit dem Standort Eifelwall immer etwas anderes vorhatten, nämlich eine stärkere universitäre zu nutzen.

Wir haben, was die Kunst- und Museumsbibliothek angeht - die Kulturpolitiker wissen das -, noch das Grundstück von Haus Kutz. Wir stehen ja auch in der Verpflichtung, zum Beispiel für die Sammlung Corboud eine entsprechende Räumlichkeit zu schaffen. Auch dort hätte es eine Lösung gegeben. Unser Ansatz war, hier das Forum Culturale auf der Via Culturalis zu realisieren. Das war die Kombination, die wir uns vorgestellt haben: einerseits eine Lösung für die Kunst- und Museumsbibliothek und andererseits eine universitäre Nutzung am Standort Eifelwall.

Von daher werden wir heute gegen diese Vorlage stimmen, aber nicht, weil wir nicht wollen, dass das Historische Archiv möglichst schnell wieder aufgebaut wird, sondern weil wir bezüglich des vorgeschlagenen Standorts eine andere Priorität setzen. Es war mir wichtig, Ihnen und auch den Mitarbeitern des Archivs, die natürlich auch ein Interesse daran haben, unsere Beweggründe dafür zu erläutern. Es ist gut, dass wir heute in der letzten Sitzung diese Entscheidung treffen und sie nicht dem neuen Rat überlassen. Wegen der anderen Standortentscheidung wird die FDP-Fraktion gegen diese Vorlage stimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Herr Sterck. - Herr Detjen, bitte.

**Jörg Detjen** (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Wir unterstützen die Verwaltungsvorlage. Wir sind der Meinung, hier ist eine funktionale Lösung gefunden worden. Deswegen sind wir auch für das große Modell. Das werden wir unterstützen.

Die funktionale Lösung beinhaltet auch eine Erweiterungsmöglichkeit, sodass wir auch in 20 Jahren sagen können: Wir können an dieser Stelle erweitern, verbessern, verfeinern. Das ist ein wichtiger Punkt bei diesem Gesamtprojekt. Deswegen, Herr Sterck, können wir Ihrem Ansatz, so ehrenwert er auch ist, nicht folgen. Ich glaube, es bringt im Moment wenig - freundlich gesagt -, eine romantische Lösung zu finden. Wir brauchen jetzt ein wegweisendes Projekt, das man relativ zügig angehen kann. Das halte ich für den richtigen Schritt.

Sie haben recht - daran müssen wir meines Erachtens auch anknüpfen -: Wenn die Unfallstelle aufgeräumt ist und wenn klar ist, wie das alles gelaufen ist, brauchen wir eine Debatte darüber,

in welcher Art und Weise an die Katastrophe an dieser Stelle erinnert werden soll. Da gehe ich voll mit Ihnen mit. An dieser Diskussion werde ich mich beteiligen, aber erst dann, wenn es an der Zeit ist. Ich glaube, jetzt ist es noch etwas zu früh dafür; denn die Unfallstelle ist immer noch nicht komplett geräumt, und es muss noch aufgearbeitet werden, wie es zu dieser diese Katastrophe kommen konnte. Erst wenn das klar ist, kann man darüber nachdenken, ob an dieser Stelle ein Denkmal, ein Neubau oder irgendetwas anderes errichtet werden soll. Deswegen werden wir diese Vorlage jetzt unterstützen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Frau Bürgermeisterin Spizig hat sich zu Wort gemeldet. Ich habe Sie zu spät gesehen, Sie hatten sich wohl schon zuvor gemeldet.

**Angela Spizig** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Sterck sprach gerade vom Wundenheilen. Dazu gehört natürlich auch die rechtzeitige und richtige Ansprache von Betroffenen. Ich bin froh, dass es jetzt eine zweite Veranstaltung für die Donatoren und die ungefähr 200 Personen der Stadt Köln geben wird, deren Nach- oder Vorlässe, Unterlagen und Lebenswerke zum Teil in der Baugrube an der Severinstraße verschwunden sind.

Zum Wundenschließen gehört aber auch, möglichst bald eine Lösung zu finden und eine Perspektive zu entwickeln. Diese sehen auch wir Grünen am Eifelwall, selbst wenn es andere, symbolisch interessantere Standorte gegeben hätte. Aber wir wollen, dass möglichst bald der erste Stein gelegt wird.

Wir sind auf jeden Fall für die Lösung, bei der auch die Museumsbibliothek und das Rheinische Bildarchiv einbezogen sind, und zwar als durchaus eigenständige Institute, aber mit der Möglichkeit, gemeinsam Archive, Fotolabore und dergleichen nutzen zu können. Das Kaufhaus Kutz zieht viele Begehrlichkeiten auf sich. Ich habe den Eindruck, es ist schon drei-, vier-, fünfmal vergeben, verschenkt oder versprochen worden. Darüber hinaus hätte es überhaupt nicht die nötige Quadratmeterzahl.

Bezüglich der künftigen Erweiterungsmöglichkeiten gehen wir davon aus, dass 30 Jahre eine sinnvolle Zeitspanne sind. Wir dürfen nicht un-

terschätzen, dass auch die Digitalisierung in Zukunft die räumliche Situation beeinflussen wird. Die Nähe des Standorts zur Universität finden wir wunderbar. Ich denke, es wird dort sehr viel Austausch stattfinden; denn es sind ja überwiegend Wissenschaftler und Studenten, die in den Archiven wirklich forschen. Für die Gäste aus dem Ausland und aus anderen Städten ist dieser Standort sehr gut über den öffentlichen Personennahverkehr erreichbar. Wir freuen uns, dass wir dieses gute Zeichen in dieser letzten Ratssitzung setzen können. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Danke schön, Frau Spizig. - Es gab noch die Bitte an die Verwaltung, zu dem von Frau Blum vorgeschlagenen Zusatz Stellung zu nehmen, also zu sagen, ob das möglich ist oder nicht.

**Beigeordneter Bernd Streitberger:** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Geht nicht, gibt's nicht. Der Mensch war auf dem Mond, wie ich immer sage. - Es handelt sich hier um drei selbstständige Institutionen, die auch in Zukunft als solche erkennbar bleiben sollen, allerdings unter einem Dach. So würden wir das im Augenblick skizzieren. Ich denke, das kann man auch sehr gut in Abschnitten planen. Allerdings sollte man bedenken, dass die Wahl eines gemeinsamen Ortes tatsächlich etwas mit Synergien zu tun hat. Frau Spizig hat es eben erwähnt. Gerade in Bezug auf das Rheinische Bildarchiv und die Kunst- und Museumsbibliothek gibt es, was die fotografische Sammlung betrifft, tatsächlich die Möglichkeit, Synergien zu schöpfen. Das müsste man noch einmal vertieft betrachten und überlegen, wie man mit diesem Thema gesondert umgeht. Aber ansonsten ist es für uns keine unlösbare Aufgabe, hier in Bauabschnitten oder Modulen zu denken und zu arbeiten.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Frau Moritz dazu.

**Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen):** Ohne dass es dadurch teurer wird? Synergien sollten ja auch Einfluss auf die Kosten haben.

**Beigeordneter Bernd Streitberger:** Das kann ich heute so nicht zusagen. Frau Moritz, ich bitte um Verständnis. Denn dafür müsste bereits be-

kannt sein, welche Bauabschnitte in welchen Zeiten gebildet werden. Die Zeit spielt dabei ja auch eine Rolle. Aber das sollten wir von der Machbarkeitsstudie, die als Nächstes anliegt, prüfen lassen. Dann können wir Ihnen eine verbindliche Auskunft dazu geben.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Carola, kannst du das als Prüfauftrag formulieren? Denn das ist jetzt schwer abzuschätzen.

**Carola Blum (CDU):** Einverstanden. Wir können das als Prüfauftrag dazusetzen. Aber dieser sollte jetzt gleich sozusagen an die Vorlage angehängt werden.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Sind die anderen damit einverstanden, dass dieser Prüfauftrag angehängt wird? - Ich sehe, es besteht Einvernehmen. - Herr Frank.

**Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen):** Ich wollte noch einmal ausdrücklich auf den Ratsbeschluss vom 30. Juni hinweisen. Aus der Beschlussfassung hat die Verwaltung den Schluss gezogen, dass wir Reserveflächen bis zu 50 Jahre haben wollen. Sie alle kennen die Gutachten und die Darstellungen. 30 Jahre sind unseres Erachtens ausreichend. Insofern möchten wir die Verwaltung bitten, das auf 30 Jahre auszulegen. Jetzt geht man ja in die weitere Planung und muss daher nicht mehr in Alternativen denken. Ich glaube, das ist etwas missinterpretiert worden. Das bezog sich im Wesentlichen auf Ziffer I und die Untersuchung zum Standort Severinstraße. Dieser wird jetzt obsolet, weil wir den Standort Eifelwall für alle drei Institute beschließen wollen.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Professor Quander, sind 30 Jahre okay?

**Beigeordneter Prof. Georg Quander:** 30 Jahre sind ein üblicher Betrachtungszeitraum. Ich denke, damit können wir gut leben.

**Oberbürgermeister Fritz Schramma:** Okay. Wenn das von fachlicher Seite möglich ist, ändern wir das in 30 Jahre.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für diese Vorlage mit den entsprechenden kurzen Ergän-

zungen bzw. Änderungen ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist eine große Mehrheit. Gibt es überhaupt Gegenstimmen? - Es gibt Gegenstimmen von der FDP; das ist vorhin begründet worden. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das gegen die FDP mit dem gesamten Rest des Rates so beschlossen. Ich danke Ihnen außerordentlich, dass wir diese wichtige Entscheidung noch in dieser Legislaturperiode mit einer so starken Mehrheit hier hinbekommen haben.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte jetzt meine Kollegin Elfi Scho-Antwerpes, an dieser Stelle, wie verabredet, die Sitzungsleitung zu übernehmen.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Wir fahren im Tagesordnungspunkt 9, Allgemeine Vorlagen, fort.

Zu Tagesordnungspunkt 9.1:

**9.1 Bearbeitung von Meldungen mit Verdacht auf Kindeswohlgefährdung in den Außenstellen des Jugendamtes in Lindenthal, Ehrenfeld, Nippes, Chorweiler und Porz  
2711/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Dann ist das angenommen.

(Beigeordneter Guido Kahlen:  
Einstimmig!)

Die Vorlage 9.1 ist einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.2:

**9.2 Teilergebnisplan 1201 -Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV  
Rechtsrheinische Rampe der Deutzer Brücke  
Planungsleistungen für die Instandsetzung und den Teilersatzneubau des Rampenbauwerkes  
2730/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist für diese Vorlage? - Das sind alle. Dann ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.3:

**9.3 Teilergebnisplan 1201 Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV  
Teilbauwerk Strombrücke (Los A) der Zoobrücke  
Planungsleistungen für die Instandsetzung der Fahrbahnübergangskonstruktionen  
2757/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist für diese Vorlage? - Alle. Auch das ist einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.4:

**9.4 Jahresabschluss 2008 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung AWB der Stadt Köln  
2828/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Wer ist für diese Vorlage? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.5:

**9.5 Überörtliche Prüfung der Stadt Köln in den Jahren 2007 und 2008 durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW  
2882/2009**

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist für die Vorlage 9.5? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von pro Köln ist die Vorlage einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.6:

**9.6 Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender  
hier: Erfahrungsbericht und Entscheidung über Erweiterung der Zahl der stimmberechtigten Mitglieder  
2901/2009**

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Bitte, Herr Breite.

**Ulrich Breite (FDP):** Frau Bürgermeisterin! Meine Fraktion bittet um abschnittsweise Abstimmung. Wir haben in der Arbeitsgemeinschaft darüber diskutiert. Es gab Institutionen, die den letzten Punkt so nicht abstimmen wollten. Deshalb bitte ich darum, abschnittsweise abstimmen zu lassen. - Danke schön.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Meinst du die Alternativpunkte 1 bis 3?

**Ulrich Breite (FDP):** Nein, Frau Bürgermeisterin. „Außerdem beschließt der Rat, in den Kreis der stimmberechtigten Mitglieder...“ Diesen Punkt hätten wir gerne extra abgestimmt.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Gut. Dann stimmen wir über den ersten Teil, der die ersten beiden Punkte beinhaltet, ab. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen von pro Köln. Wer enthält sich? - Dann ist der erste Teil so angenommen.

Jetzt stimmen wir über den zweiten Teil und damit Punkt 3 ab. Gibt es dazu noch Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Pro Köln. Enthaltungen? - Die FDP enthält sich. Dann ist das angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.7:

**9.7 Teilplan 1201 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV:  
Erweiterter Baubeschluss für den nachträglichen Einbau von Löschwasserleitungen und Digitalfunk für Feuerwehr und Rettungsdienst in bestehende Stadtbahntunnel sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes, Finanzstelle 6903-1201-0-8012, Einbau v. Löschwasserleit. in Stadtb.tunnel, Hj. 2009  
3054/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist für die Vorlage? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.8:

**9.8 Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH:  
Verlustabdeckungen im Rahmen der Liquidation  
3092/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist für diese Vorlage?

(Unruhe – Zuruf von der CDU: Frag doch einfach immer, wer dagegen ist! Dann müssen wir uns nicht immer melden!)

- Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Die Linke enthält sich. Dann ist das angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.9:

**9.9 Bürgerzentrum Chorweiler - Kosten für Erneuerungs- und Sanierungsmaßnahmen  
3105/2009**

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage?

(Zurufe: Ah!)

- Wer enthält sich? - Wer ist dafür?

(Heiterkeit – Zurufe: Das kannst du dann weglassen!)

- Alle, super.

Zu Tagesordnungspunkt 9.10:

**9.10 Ertüchtigung der sieben Kölner Straßentunnel gemäß der Richtlinie für die Ausstattung und den Betrieb von Straßentunneln (RABT 2006)  
hier: Vergabe der Leistung "Projektsteuerer"  
3161/2009**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.11:

**9.11 Bauwerksprüfungen nach DIN 1076 von Spannbetonbauwerken und Prüfungen von anderen Bauwerken im Zusammenhang mit dem "Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF)" in Köln - Vergabe der Leistungen an externe Ingenieurbüros  
3219/2009**

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.12:

**9.12 Erwerb der Mitgliedschaft im Verein Kölner Stiftungen e. V.  
3526/2009**

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Keine. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Dann ist sie einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.13:

**9.13 Schaffung von Wohnraum im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Mündelstraße 52, 51065 Köln (Mülheim) 4846/2008**

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Ich lasse über Vorlage 9.13 abstimmen. Wer ist dagegen? - Pro Köln. Wer enthält sich? - Die FDP und Herr Müser. Der Rest stimmt dafür. Dann ist das mit Mehrheit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.14:

**9.14 Schaffung von Wohnraum im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Morkener Straße 20, 50767 Köln (Heimersdorf) 5074/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Das ist einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.15:

**9.15 Sachstandsmitteilung Frauenförderung 1419/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.16:

**9.16 Erweiterung der Veterinär-Grenzkontrollstelle am Flughafen Köln/Bonn 3141/2009**

Abstimmung wie Finanzausschuss. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.17:

**9.17 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren 2009 - Verteilung bisher nicht verausgabter Fördermittel - 3181/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann stimmen wir darüber ab. Wer ist dagegen? - Pro Köln. Wer enthält sich? - Mit Mehrheit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.18:

**9.18 Planungsaufnahme zur Errichtung eines neuen Schulgebäudes mit Sporthalle für die Anna-Langohr-Gemeinschaftsgrundschule Lebensbaumweg 51, 50767 Köln am Standort Fühlinger Weg 7, 50765 Köln (Volkhoven-Weiler) 0500/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Das ist einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.19:

**9.19 Toilettenkonzept 0801/2009**

**Änderung- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. AN/1490/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Es gibt einen Änderungsantrag, über den wir zuerst abstimmen. Möchte jemand etwas dazu sagen? - Dann lasse ich über den Änderungsantrag abstimmen. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? - Wer enthält sich? - Dann ist das angenommen.

Jetzt lasse ich über die Vorlage abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Dann ist sie einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.20:

**9.20 Abordnung eines städtischen Mitarbeiters ohne Kostenerstattung an den Verein „Region Köln/Bonn e. V.“ 1072/2009**

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Die Vorlage ist einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.21:

**9.21 Stellenzusetzungen zur rechtskonformen und sachgerechten Umsetzung der städtischen Baumschutzsatzung 1905/2009**

Bitte schön.

**Hans-Werner Bartsch** (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wie Herr Brust eben schon bei TOP 2.1 erwähnt hat, wird die



CDU-Fraktion der Vorlage in der vorliegenden Form nicht zustimmen können. Wir sind der Meinung, dass es gerade in Zeiten schwieriger Haushaltslage unverantwortlich ist, leichtfertig weitere Stellen zuzusetzen, ohne Alternativen hinreichend geprüft zu haben.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Natürlich teilen auch wir die Bedenken des RPA hinsichtlich mangelnden Vollzugs der Baumschutzsatzung und sehen hierfür entsprechenden Handlungsbedarf. Gleichwohl wissen wir um die enormen Einsparzwänge, die im nächsten Haushalt auf zukommen werden. Der Kämmerer spricht von 30 Prozent für jedes einzelne Ressort. Genau deshalb müssen wir die Dinge einer gesonderten Prüfung unterziehen. Es genügt nicht, darauf zu verweisen, dass sich diese beiden Stellen über Gebühren oder Bußgelder sozusagen von allein finanzieren lassen. Deswegen lehnen wir diese Vorlage ab.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? – Frau Schlitt?

(Gabriele Schlitt [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, ich habe schon gelacht!)

Bitte schön, Herr Grau.

**Walter Grau (CDU):** Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen, diese Vorlage, wie von uns beantragt, in die Haushaltsplanberatungen zu verschieben. Ansonsten werden wir sie heute ablehnen müssen.

(Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]: Damit er noch ein paar Monate länger nicht kontrolliert wird!)

- Das lassen Sie einmal Sorge des Kämmerers sein. Ich bitte, das entsprechend abstimmen zu lassen.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Gut. Dann stimmen wir über die Verweisung ab. Wer ist dagegen? - Die Grünen, die Linken und Herr Müser. Wer ist dafür? - Die CDU und pro Köln. Enthaltungen? - Bei der FDP. Damit ist das abgelehnt.

Jetzt stimmen wir über die Vorlage ab. Wer ist gegen diese Vorlage? - Die CDU. Wer enthält sich? - Die FDP. Wer ist dafür? - Der Rest. Dann ist das mit Mehrheit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.22:

**9.22 Planungsaufnahme zur Errichtung eines neuen Schulgebäudes mit Sporthalle für die Ernst-Moritz-Arndt Schule, Mainstr. 75, 50996 Köln (Rodenkirchen) am Standort Sürther Feld in Rodenkirchen 2032/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen?

(Zuruf: Abstimmung wie BV!)

- Okay, Abstimmung wie BV 2. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Die FDP. Wer ist dafür? - Der Rest. Damit ist es einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.23:

**9.23 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für das Gymnasium Humboldtstr. 2 - 8, 51145 Köln 2898/2009**

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Nein. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Dann ist sie einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.24:

**9.24 Erweiterungsbau für das Gymnasium Düsseldorfer Str. 13, 51063 Köln (Mülheim) 2960/2009**

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Nein. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Dann ist die Vorlage einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.25:

**9.25 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Ersatz-/ Erweiterungsbaus für die Realschule Gravenreuthstr. 10, 50823 Köln-Ehrenfeld 2982/2009**

Abstimmung wie BV 4, Anlage 3. Gibt es Wortmeldungen dazu? - Frau Dr. Klein, bitte.

**Beigeordnete Dr. Agnes Klein:** Die BV hat gesagt: Auf jeden Fall ist der Denkmalschutz zu berücksichtigen. Das ist natürlich rechtlich völlig richtig. Wir würden aber vorschlagen, das etwas weicher zu formulieren, weil wir nicht wissen, welche Kosten sich daraus ergeben. Wenn Sie damit einverstanden sind, würden wir sagen: „...“

werden die denkmalpflegerischen Belange berücksichtigt.“

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Das müsste eigentlich selbstverständlich sein. - Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Dann ist die Vorlage einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.26:

**9.26 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus im Rahmen der Ganztagsoffensive Sek. I für die Realschule Severinswall 40/40a, 50678 Köln 3063/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Das ist einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.27:

**9.27 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für das Hildegard-von-Bingen-Gymnasium, Leybergstr. 1, 50939 Köln 3084/2009**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Dann ist sie einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.28:

**9.28 Planungsaufnahme zur Errichtung eines gemeinsamen Erweiterungsbaus für das Gymnasium Nachtigallenstr. 19 und Realschule Albert-Schweitzer-Str. 8, 51147 Köln 3215/2009**

Für das Protokoll: Herr Möring nimmt an dieser Abstimmung nicht teil. - Ich lasse jetzt darüber abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Dann ist sie einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.29:

**9.29 Gründung des "Verbundes Kölner europäischer Grundschulen" 3299/2009**

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist gegen diese Vorla-

ge? - Pro Köln. Wer enthält sich? - Dann ist sie mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.30:

**9.30 Beschaffung und Lieferung der freien Lernmittel für die Schuljahre 2010/2011, 2011/2012 und 2012/2013 3428/2009**

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Dann ist sie einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.31:

**9.31 Sanierung der Toilettenanlagen in Schulen und Sporthallen Zeit-/Maßnahmenprogramm, Prioritätenliste, Kostenplan 5788/2009**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln AN/1487/2009**

Möchten Sie zu dem Änderungsantrag sprechen, Frau Demirel? - Bitte schön.

Ich will die Gelegenheit nutzen, den Fußballbegeisterten unter Ihnen mitzuteilen, wie das Endspiel um die Fußballeuropameisterschaft der Frauen zwischen Deutschland und England ausgegangen ist: 6 : 2 für Deutschland. Da kommt Freude auf.

(Beifall)

Frau Demirel, Sie haben das Wort.

**Özlem Demirel** (Die Linke.Köln): Danke schön, Frau Bürgermeisterin. - Meine Damen und Herren! Ich will mich kurzfassen, weil ich davon ausgehe, dass Sie alle unseren Änderungsantrag gelesen haben. Nichtsdestotrotz möchte ich einige Sätze dazu sagen.

Selbstverständlich begrüßen auch wir, dass wir endlich beschließen, dass die Toilettensanierung an den Schulen und Turnhallen vorgenommen werden kann.

(Andreas Köhler [CDU]: Aber!)

- Genau, jetzt kommt das Aber. - Aber die Beschlussvorlage sieht vor, dass den Schulen die Möglichkeit eingeräumt wird, die Instandhaltung der Schultoiletten mithilfe von sogenannten Integrationsjobs beziehungsweise geringfügig Be-

schäftigten, also von 400-Euro-Kräften, zu realisieren. Damit hat meine Fraktion ein Problem.

Deshalb will ich Ihnen kurz darlegen, was unser Änderungsantrag dazu vorsieht. Wir beantragen, dass genau das nicht möglich sein sollte. Wir sind der Meinung: Wenn wir schon Beschäftigung schaffen, sollte diese auch nach dem TVöD bezahlt werden. Natürlich sind wir dafür, Möglichkeiten zu nutzen, Fördermittel zur Schaffung von Beschäftigung von der Agentur für Arbeit und der Arge zu erhalten. Aber es muss sichergestellt sein, dass diese Beschäftigten auch nach dem Auslaufen der Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit beziehungsweise Arge weiterbeschäftigt werden.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob Sie sich mit diesem Thema schon einmal etwas intensiver auseinandergesetzt haben. In Gesprächen mit der zuständigen Gewerkschaft, der IG BAU, die auch für das Reinigungspersonal zuständig ist, haben wir erfahren, wie es den Reinigungskräften an den Schulen geht. In den vergangenen zehn Jahren ist Reinigungspersonal an Schulen de facto abgebaut worden. Die noch verbliebenen Kräfte werden dadurch stärker belastet, was auch dazu geführt hat, dass die hygienischen Standards an unseren Schulen zurückgefahren werden mussten. Das bestärkt uns, hier noch einmal zu sagen: Dieses Thema sollten wir hier genauer verfolgen. Das wird meine Fraktion in den kommenden Monaten auch tun. Wir werden schauen, wie sich die Reinigungssituation an den Schulen allgemein darstellt und dabei nicht nur den Zustand der Schultoiletten betrachten.

Die Beschlussvorlage der Verwaltung sieht zum Beispiel vor, über Fördervereine oder Schülerfirmen Beschäftigung zu schaffen. Dahinter verbirgt sich nichts anderes als die Schaffung von 1-Euro-Jobs, sogenannten Integrationsjobs. Toilettenservicekräfte an den Schulen sollen zu diesen Konditionen beschäftigt werden. Das finde ich ganz besonders anrühlich; denn damit macht die Verwaltung öffentlich vor, wie man dieses Lohn-dumping-Gesetz - ich meine Hartz IV - einsetzen kann, nämlich indem man erst Personal abbaut, wie in den vergangenen Jahren geschehen, und dann Servicekräfte für 1 Euro pro Stunde an den Schulen neu einstellt. Das lehnen wir ab.

Nicht nur die Aufgabe Erhaltung hygienischer Standards an den Schulen - dazu gehören auch die Schultoiletten - gehört in öffentliche Hand, sondern auch die Aufgabe Schaffung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Deshalb bitten wir Sie, darüber noch einmal nachzuden-

ken und dann unserem Änderungsantrag zuzustimmen. Sollten Sie das nicht tun, werden wir diese Beschlussvorlage ablehnen, aber nicht, weil wir die Schultoilettenanierung ablehnen. Im Gegenteil, das begrüßen wir ausdrücklich; ich als ehemalige Bezirksschülervertreterin kann davon ein Lied singen. Wir werden es aber nicht mittragen, dass in dieser Stadt eine Personalpolitik betrieben wird, die weder nachhaltig noch förderwürdig ist. Wir setzen uns für die Schaffung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung auch bei der Stadt ein.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ich lasse über den Änderungsantrag abstimmen. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Das ist die Linke. - Enthaltungen? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung der Vorlage. Wer ist gegen die Vorlage? - Die Linke. Wer enthält sich? - Dann ist sie mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.32:

**9.32 Erweiterungsbau Gymnasium Escher Str. 247, 50739 Köln 3019/2009**

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Dann lasse ich über die Vorlage abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Dann ist sie einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.34:

**9.34 Ganztagsinitiative Sekundarstufe I - Änderungsbeschlüsse für die zur Umwandlung in Ganztagschulen vorgesehenen Realschulen und Gymnasien (2. Antragsrunde) 1909/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Pro Köln enthält sich. - Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.35:

**9.35 Leitbild Köln 2020 Leitlinien für ein soziales Köln - Statusbericht 1947/2009**

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Pro Köln. Wer enthält sich? - Die Vorlage ist mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.36:

**9.36 Hans-Böckler-Berufskolleg, Eitorfer Str. 18-20, 50679 Köln  
Planungsauftrag zur Errichtung eines Kompetenzzentrums Automatisierte Produktion im Bereich der Zerspangstechnik  
2468/2009**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Das ist einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.37:

**9.37 Erweiterungsbau Gymnasium Fühlinger Weg 4, 50765 Köln  
3022/2009**

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.38:

**9.38 Bürgerschaftsrahmen der Stadt Köln zur Besicherung der Darlehen zur Finanzierung der Projekte „Neubau Ossendorf-Bad“, „Neubau Lentstr.“, „Modernisierung ZollstockBad“ und „Modernisierung StadionBad“  
3450/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Die Vorlage ist einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.39:

**9.39 Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB)  
hier: Anteilserwerb durch die Stadt Köln  
3452/2009  
  
Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion die Linke.Köln  
AN/1488/2009**

Herr Kellner, bitte.

**Michael Kellner** (Die Linke.Köln): Meine Fraktion steht hinter der 100-prozentigen Übernahme der KGAB durch die Stadt Köln. Wir sind allerdings der Meinung, dass bei dieser Gelegenheit festgehalten werden sollte, dass nach Tariflohn bezahlt wird. Deshalb haben wir den Antrag gestellt, in § 2 Abs. 2 a des Gesellschaftsvertrages folgende Stelle zu streichen: „bzw. gegen Mehraufwandentschädigung“. Des Weiteren beantragen wir getrennte Abstimmung von Vorlage und Gesellschaftsvertrag.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Kellner, können Sie das bitte noch einmal erklären?

**Michael Kellner** (Die Linke.Köln): Kein Problem, das kann ich machen. Noch einmal: Wir beantragen, aus dem Entwurf des Gesellschaftsvertrages der Kölner Gesellschaft - -

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ich meinte Ihren Antrag auf getrennte Abstimmung.

**Michael Kellner** (Die Linke.Köln): Wir beantragen getrennte Abstimmung der Vorlage, die besagt, dass die Stadt die KGAB zu 100 Prozent übernehmen soll, und der eigentlichen Satzung beziehungsweise dem Gesellschaftsvertrag. Das soll getrennt abgestimmt werden.

(Zurufe: Anlage 1!)

- Ja, Anlage 1. Getrennt abstimmen.

(Andreas Köhler [CDU]: Das geht nicht! - Zuruf: Ziffer 3 des Beschlusses! - Unruhe)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ich lasse über den Änderungsantrag abstimmen. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Die Linke. Wer enthält sich? - Dann ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir stimmen jetzt über die Vorlage ab, und zwar auf Wunsch der Linken getrennt.

Zunächst Abstimmung über die Punkte 1, 2, 4 und 5 der Vorlage: Wer ist dagegen? - Die FDP. Wer enthält sich? - Wer ist dafür? - Dann ist das angenommen.

Nun zur Abstimmung über Punkt 3 der Vorlage: Wer ist dagegen? - Die Linke und die FDP. Dann ist das abgelehnt.

Schließlich stimmen wir über die Vorlage insgesamt ab. Wer ist gegen diese Vorlage? - Die FDP. Wer enthält sich? - Die Linke. Dann ist sie mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.40:

**9.40 Förderung der Gemeinwesenarbeit in Kölner Schwerpunktwohngebieten  
3719/2009**

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Die Vorlage ist einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.41:

**9.41 Handlungskonzept Behindertenpolitik  
„Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle“  
1885/2009**

Abstimmung wie Finanzausschuss, Anlage 10. Gibt es Wortmeldungen dazu? - Keine. Ich lasse darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.42:

**9.42 Änderung der Zuständigkeitsordnung vom 13. August 2007  
hier: Erfahrungsbericht  
1848/2009**

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Die Vorlage ist einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.43:

**9.43 Übertragung der hoheitlichen Aufgabe der Unterhaltung und des Ausbaus der Kölner Bäche auf die Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR  
1458/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Die Linke. Wer enthält sich? - Die Vorlage ist mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.44:

**9.44 Novellierung der Satzung für das Kommunalunternehmen Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Köln (StEB)  
0919/2009**

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Die Linke ist dagegen. Wer enthält sich? - Die Vorlage ist mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.45:

**9.45 Erweiterter Planungsbeschluss für die Verlängerung Linie 3, Bocklemünd-Mengenich, 2. Bauabschnitt in Ehrenfeld  
1876/2009**

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Bitte, Herr Kron.

**Peter Kron (SPD):** Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin. - Die Verwaltung schlägt für die Verlängerung der Linie 3 die Variante 2.2 vor. Diese Variante haben wir heute auch im Ausschuss vor der Ratssitzung mehrheitlich so beschlossen. Dort haben wir aber auch die sinnvolle Initiative des Schulausschusses diskutiert, nämlich dass die Schule, die davon betroffen ist - die Bahn fährt ja an der Schule vorbei -, in die weiteren Planungen einbezogen werden soll. Wir möchten die Beschlussvorlage um folgenden Satz erweitern: Wir stimmen der Variante 2.2 zu. Die betroffene Schule vor Ort soll in die weiteren Planungen miteinbezogen werden. - Das soll in den Beschlussvorschlag aufgenommen werden.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Die CDU.

(Zuruf: Die CDU ist dagegen, dass die Schule in die Planungen einbezogen wird?)

Wer enthält sich? - Herr Dr. Müser. Der Rest ist dafür. Dann ist das mehrheitlich so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.46:

**9.46 Schließung der Kindertagesstätte Escher Str. 152, Köln-Bilderstöckchen  
3147/2009**

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist gegen die-

se Vorlage? - Wer enthält sich? - Das ist einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.47:

**9.47 Konjunkturpaket II, Festlegung der Maßnahmen der 2. Tranche für freie Träger  
3661/2009**

Abstimmung wie Jugendhilfeausschuss, Anlage 6. Gibt es Wortmeldungen dazu? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Die Vorlage ist einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.53:

**9.53 Änderung von Maßnahmen im Konjunkturpaket II  
hier: Antrag des Erzbistums Köln zur Maßnahme „Sanierung Ursulinenschule“  
3647/2009**

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Keine. Dann lasse ich über Punkt 9.53 abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Sie ist einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.54:

**9.54 Einrichtung einer Skaterfläche für Streetskater im Rheinauhafen auf der Fläche „Kap am Südkai“ (stadtauswärts, unmittelbar vor der Südbrücke)  
3287/2009**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der FDP-Fraktion  
AN/1461/2009**

Will die FDP dazu noch etwas sagen? - Herr Mendorf, bitte.

**Marco Mendorf** (FDP): Frau Bürgermeisterin, ich hätte Ihnen das gerne erspart. Sie haben mich ja nicht gerade einladend nach vorne gebeten. Ich habe jedoch den Eindruck, dass unser Änderungsantrag noch ein wenig der Überzeugungsarbeit bei dem einen oder anderen bedarf. Insofern nutze ich die Gelegenheit. Es ist ja auch noch nicht so spät am heutigen Tag.

Meine Damen und Herren, die Vorlage liest sich etwas anders, als es sich in der Diskussion der letzten Jahre abgezeichnet hat.

(Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Zum Glück!)

- Die einen sehen das so, andere sehen es anders. Deswegen erklären wir unsere Position.

Unsere Position, die wir hier im Rat, im Jugendhilfeausschuss und auch draußen auf dem Roncalliplatz bei den vielen Jugendlichen vertreten haben, war immer: Köln braucht eine für eine Großstadt adäquate Fläche, die ein attraktiver Anziehungspunkt für Skateboard- und Rollschuhfahrer ist. Es standen verschiedene Flächen zur Diskussion. Frau Moritz hatte die Fläche unter der Zoobrücke ins Gespräch gebracht.

(Zuruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

- Meine Damen und Herren! Frau Moritz!

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Erzählen Sie einfach keinen Unsinn! - Unruhe)

- Ich habe Zeit.

(Zuruf: Aber nur fünf Minuten!  
Die Uhr läuft!)

- Ich werde mein Rederecht schon wahrnehmen, keine Sorge.

Wir sind der Meinung: In einer Großstadt wie Köln sollte es eine solche Fläche geben. Diese Sportart ist in Köln sehr beliebt. Es gibt viele Jugendliche in Köln, die diese Sportart betreiben. Denken Sie nur an den Jugendpark, in dem übrigens auch BMX-Weltmeisterschaften stattfinden. Wir haben aber auch gesagt: Der Roncalliplatz ist eine Fläche, die allen Kölnerinnen und Kölnern gehört. Sie gehört eben nicht nur den Jugendlichen, sondern auch den Rentnerinnen und Rentnern, den Eltern mit kleinen Kindern, den Besuchern, den Touristen, den Menschen, die ins Museum gehen oder in ein Hotel gelangen wollen. All diese Menschen sollen sich auf dem Roncalliplatz wohlfühlen. Frau Moritz, Herr Frank, Herr Helling oder wer auch immer versucht, das herunterzuspielen, man muss hier doch ganz klar sagen: Die Sportart Skaten stellt eine Belastung für den Roncalliplatz dar.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich möchte an dieser Stelle aus Seite 3 Ihrer Vorlage zitieren:

Skater benötigen für ihre Sportart eine Umgebung, die ein Maximum an Flexi-

bilität und Bewegungsfreiheit gewährleistet.

Wer ein Maximum an Flexibilität benötigt, braucht aus unserer Sicht eine Extrafläche,

(Beifall von Ralph Sterck [FDP])

auf der er seinen Sport auch ausüben kann. Einerseits eine Fläche mit einem Maximum an Flexibilität und Bewegungsfreiheit in Aussicht zu stellen und gleichzeitig den Ausgleich von Interessen zu betreiben, ist an dieser Stelle nicht möglich. Deswegen plädieren wir einerseits dafür, im Rheinauhafen eine Superfläche zu kreieren, sich aber andererseits klar dazu zu bekennen, dass der Roncalliplatz allen Kölnerinnen und Kölnern gehört. Es muss zu einer Entlastung des Roncalliplatzes kommen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Es mag sein, dass es mir nicht gelungen ist, jeden hier im Raum zu überzeugen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Fast alle!)

Wir bleiben dabei: Wir möchten den Doppelschlag: eine neue Fläche im Rheinauhafen *und* ein klares Skaterverbot auf dem Roncalliplatz. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der CDU)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Dr. Heinen, bitte.

**Dr. Ralf Heinen (SPD):** Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP! Lieber Marco Mendorf, ich habe immer gedacht, großstädtische Liberalität sei Ihr Markenzeichen. Jetzt schwingen Sie hier die ordnungspolitische Keule, dass es nur so kracht. Aber gut, mag es so sein.

Wenn man Ihren Antrag liest, stellt man fest, dass es Ihnen in erster Linie um die Ergreifung ordnungspolitischer Maßnahmen geht. Dieser Antrag führt die Grundprinzipien der Jugendpolitik ad absurdum; denn das Skaterprojekt ist eine jugendpolitische Aktion, die auf Initiative von SPD und Grünen 2006 auf den Weg gebracht worden ist. Dieses Projekt ist bisher sehr erfolgreich gelaufen und hat eine wunderbare Beteiligung erfahren.

Jetzt stehen wir in Zusammenhang mit der Schaffung einer Skaterfläche kurz vor dem Startschuss. Ende September wird auf der Domplatte eine große Aktion des Vereins Dom Skateboarding e. V. stattfinden, bei der er für seinen neuen Standort werben wird. Dieser Verein, der inzwischen über 500 Mitglieder hat, tut schon jetzt eine Menge dafür, dass diese Alternativfläche dann auch genutzt wird. Deshalb halten wir es für geboten, erst einmal abzuwarten, wie diese Fläche angenommen wird, und nicht schon zu Beginn ordnungspolitische Maßnahmen an die erste Stelle zu setzen. Ich hoffe, lieber Marco Mendorf, dass Sie sich dessen bewusst werden, dass wir hier ein jugendpolitisches und nicht ein ordnungspolitisches Projekt beschließen.

(Beifall bei der SPD)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Detjen, bitte.

**Jörg Detjen (Die Linke.Köln):** Frau Demirel hat gesagt, ich sei der Skaterbeauftragte der Linkspartei. Ich bin gerade inthronisiert worden.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren! Herr Mendorf, es geht hier um öffentlichen Raum, und im öffentlichen Raum ist Skaten erlaubt. So einfach ist das.

Nach ausführlicher Diskussion dieses Themas hier im Rat der Stadt Köln wurde beschlossen, dieses Jugendprojekt zu starten. Herr Heinen hat recht: Wir brauchen jetzt keine Politik von Zuckerbrot und Peitsche. Wir wollen, dass dieses Projekt angenommen wird. Deshalb wäre es fatal, dem Antrag der FDP zuzustimmen.

Wenn Sie wollen, dass sich die Skater nicht mehr auf der Domplatte aufhalten, dann empfehle ich Ihnen, erst einmal ein Jahr zu schweigen und zu schauen, wie das Projekt angenommen wird. Vielleicht löst sich in dieser Zeit das Problem von ganz allein, vielleicht auch nicht; ich kann nichts versprechen. Ehe hier die Peitsche zu schwingen - die CDU in der Innenstadt hält das übrigens auch so -, wäre es meines Erachtens vernünftiger, dieses Projekt erst einmal anlaufen zu lassen. - Danke.

(Beifall bei der Linken.Köln)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Jung, bitte.

**Helmut Jung** (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion wird den Antrag der FDP unterstützen,

(Zurufe bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

und zwar aus drei Gründen:

Erstens. § 1 der Straßenverkehrsordnung besagt ganz klar, dass andere Verkehrsteilnehmer - dazu gehören auch Fußgänger - nicht gefährdet werden dürfen. Dieser Paragraph gilt auch für irgendwelche rasenden Skater, die sich ständig auf der Domplatte herumtreiben.

(Unruhe)

Zweitens. Wir stellen für diese Skateranlage 700 000 Euro zur Verfügung. Da kann man schon erwarten, dass die Domplatte von Skatern freigemacht wird.

(Zurufe)

- Nein, für die Fußgänger, die sich auf der Domplatte aufhalten wollen.

Drittens. Es handelt sich hier auch nicht ausschließlich um Mitglieder dieses einen Vereins, sondern teilweise auch um Erwachsene, die mit ihren Skateboards über die Domplatte düsen.

Deswegen sind wir der Meinung, dass man hier durchaus ordnungspolitisch eingreifen kann, um diese Leute dazu zu bewegen, ausschließlich auf der von uns geschaffenen Skateranlage ihren Sport oder ihr Unwesen - in Anführungszeichen - zu treiben. Deswegen werden wir den Antrag der FDP unterstützen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf: Wir können dann abstimmen, Frau Bürgermeisterin! - Weitere Zurufe: Abstimmen!)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Rouhs.

**Manfred Rouhs** (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es wird Sie sicherlich nicht verwundern, dass auch die Fraktion pro Köln dem FDP-Antrag zustimmt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, das verwundert nicht!)

Ich bitte die Vertreter des Linksbündnisses, das wir ja de facto hier im Rat haben, sich einmal zu vergegenwärtigen, welchen Eindruck ein älterer Mensch aus einer anderen Region hat, der Köln besucht, um sich den Dom anzuschauen, wenn er über die Domplatte geht und dort mit der Skaterszene konfrontiert wird. Die meisten jüngeren Leute mögen das vielleicht interessant und spannend finden. Aber ich habe mehr als einmal beobachtet, wie ältere Leute regelrecht schreckhaft zusammengezuckt sind, wenn sich einer der Skater mit seinem Skateboard überschlagen hat, was ja auch mit Lärm verbunden ist.

(Unruhe)

- Machen Sie sich nur lustig über ältere Menschen. Das wird Ihnen langfristig politisch nicht gut bekommen. Denn die älteren Menschen sind wahlberechtigt, und sie gehen auch zu einem erheblichen Teil zur Wahl. Man sollte vielleicht einmal an die ältere Generation kommunizieren, in welcher Art und Weise Sie sich hier aufführen.

Meine Damen und Herren, Sie geben sich einer Illusion hin, wenn Sie glauben, dieses Szenario auf der Domplatte würde insbesondere von älteren Menschen und auswärtigen Besuchern, die sich zum Teil erschrecken, wenn sie damit konfrontiert werden, ohne Weiteres akzeptiert und die Sinnhaftigkeit einer solchen Konstellation wäre auch diesem Personenkreis vermittelbar. Deshalb muss jetzt schon verbindlich festgelegt werden, dass nach Errichtung dieser Anlage eine Entlastung für den Roncalliplatz erreicht wird.

(Beifall bei pro Köln)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der FDP abstimmen. Wer ist dagegen? - Die Grünen, die Linke und die SPD. Wer enthält sich? - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse nun über die Vorlage abstimmen. Wer ist gegen die Vorlage? - Die FDP und pro Köln. Wer enthält sich? - Die Vorlage ist mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.56:

**9.56 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Neubaus für die Realschule (Bertha-von-Suttner-Schule), Kolkkrabenweg 65, 50829 Köln  
3194/2009**



Gibt es Wortmeldungen dazu? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Das ist einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.57:

**9.57 Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH i.L. - Änderung des Gesellschaftsvertrages  
3659/2009**

Es gibt keine Wortmeldungen. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Das ist einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.58:

**9.58 Reise der wirtschaftspolitischen Sprecher zur Expo Real 2009 nach München vom 06. - 07.10.2009  
3738/2009**

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Pro Köln. Wer enthält sich? - Die FDP und die Linke. Die Vorlage ist mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.59:

**9.59 Beschaffungsprogramm 2009 für die Fahrzeuge der Berufsfeuerwehr Köln  
3823/2009**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Das ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

**10. Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes**

Zu Tagesordnungspunkt 10.1:

**10.1 138. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 3, Köln-Lindenthal  
Arbeitstitel: „Widdersdorf-Süd“ in Köln-Widdersdorf  
hier: Beschluss über Stellungnahmen aus der Offenlage und Feststellungsbeschluss  
3006/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist gegen die Änderung? - Die Grünen und die Linken. Gibt es Enthaltungen? - Das ist mehrheitlich so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

**11. Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen**

Zu Tagesordnungspunkt 11.1:

**11.1 Satzungsbeschluss betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6150/02  
Arbeitstitel: Gewerbegebietserweiterung westlich Butzweilerhof in Köln-Ossendorf  
3039/2009**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.2:

**11.2 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan Nr. 76437/03  
Arbeitstitel: An der Rather Burg in Köln-Rath/Heumar  
3189/2009**

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Keine. Wer ist dagegen? - Keiner. Enthaltungen? - Auch nicht. Das ist einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.3:

**11.3 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 62461/03  
Arbeitstitel: Dansweilerweg/Manstedter Weg in Köln-Müngersdorf  
3455/2009**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.5:

**11.5 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 62450/06  
Arbeitstitel: Ehemaliges Sidolgelände in Köln-Müngersdorf/-Braunsfeld  
2974/2009**

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Gegenstimmen? - Von Herrn Dr. Müser. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.6:

**11.6 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 69459/03**

**Arbeitstitel: 1. Änderung Büropark Deutz-Mülheimer Straße in Köln-Deutz 2373/2009**

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Keine. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.7:

**11.7 Satzungsbeschluss betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 69459/04**

**Arbeitstitel: 1. Änderung Brügelmannstraße in Köln-Deutz 2539/2009**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.8:

**11.8 Satzungsbeschluss betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 71450/06-00-01**

**Arbeitstitel: Nürnberger Straße, 1. Änderung in Köln-Höhenberg 3076/2009**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Wer ist gegen diese Änderung? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

**13. Erlass von Veränderungssperren**

Zu Tagesordnungspunkt 13.1:

**13.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz-Eil**

**Arbeitstitel: Neue Eiler Straße/Carlebachstraße in Köln-Porz-Eil 1350/2009**

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Bitte schön, Herr Grau.

(Zuruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

**Walter Grau** (CDU): Sehr richtig, Frau Moritz. Es geht um die Erweiterung von Aldi in Porz-Eil.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir wissen, worum es geht!)

- Das ist auch gut so. Das sollten Sie sich auch merken.

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben es hier mit einem einmaligen Vorgang zu tun: Mit dieser Verwaltungsvorlage soll die Erweiterung eines seit Jahren bestehenden Aldi-Marktes in Porz-Eil verhindert werden, und zwar mit derartig vielen Tricks und Ungereimtheiten, dass man auch als langjähriger Parlamentarier nur erstaunt sein kann.

Die Verwaltung hat festgestellt, dass eine Verhinderung unter Zuhilfenahme anderer Möglichkeiten, beispielsweise eines Gewerbegebiets, rechtlich nicht einwandfrei ist. Ich darf aus der Vorlage zitieren:

Nach gültiger Rechtsprechung sind Bebauungspläne mit reinen Verhinderungsregelungen unzulässig.

Das heißt, die Verwaltung hatte bereits große Zweifel daran, ob sich mit ihrer Vorlage ein bereits bestehendes Ersuchen um bauliche Erweiterung des Marktes verhindern lässt.

Meine Damen und Herren, dieser Markt liegt direkt im Bereich der Wohnbebauung. Das ist ein ganz wichtiger Markt für die Bewohner von Porz-Eil, weil er auch fußläufig zu erreichen ist. Warum wird also dieses Spielchen gespielt? Dass hier in der Tat mit Tricks gearbeitet wird, kann ich natürlich auch belegen. Durch diese Verwaltungsvorlage will man dem privaten Investor eines neuen Marktes in Finkenberg - dieser ist noch nicht einmal in Bau - von vornherein Kapital- und Vertrauensschutz geben. Das geht nicht nur zulasten der Eiler Bevölkerung, schlimmer ist, dass man hier zwei Stadtteile gegeneinander ausspielt.

Wenn Sie so viel Wert darauf legen, dass die Bezirksvertretungen im parlamentarischen Verfahren ihre Positionen darstellen

(Zuruf: Das können sie doch!)

und auch entsprechend der örtlichen Gegebenheiten ihren Sachverstand einbringen können, dann ist es mir unverständlich, warum Sie von Rot und Grün das Votum der Bezirksvertretung, die diese Verwaltungsvorlage mit 16 von 19 Stimmen abgelehnt hat, im StEA einfach ignorieren.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Und FDP!)

- Die FDP schließe ich hier gerne in meine Frage mit ein, kein Problem. Bei der Wahrheit wollen wir bleiben. - Sie treten hier den Bürgerwillen eindeutig mit Füßen. Ich frage mich, warum.
- Frau Moritz, vielleicht hören Sie mir einmal zu.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Fällt mir extrem schwer!)

- Ja, das mag sein. Wenn einem die Leviten gelesen werden, dann fällt es immer schwer, zuzuhören. - Ich frage mich, warum Rot-Grün und von mir aus auch die FDP einen privaten Investor in dem einen Stadtteil schützt und damit die sinnvolle Erweiterung eines wohnortnahen Marktes in einem anderen Stadtteil verhindert.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja unerträglich!)

- Frau Moritz, ich habe auch so manche Ihrer Wortbeiträge ertragen müssen. Ertragen Sie also bitte auch meine. Vielleicht fällt uns das gegenseitig schwer, aber - -

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe nur gesagt: Das fällt mir schwer!)

- Ich lasse mich jetzt nicht mehr von Ihnen unterbrechen.

Ich frage mich: Was reizt Sie daran, Orte gegeneinander auszuspielen, und warum wollen Sie einen privaten Investor schützen, indem Sie dessen Konkurrenz ausschließen? Ich muss ganz ehrlich sagen: Für mich hat das schon ein Geschmäckle.

Ich kann Ihnen nur eines empfehlen: Folgen Sie dem Votum der Bezirksvertretung und lehnen Sie diese Vorlage ab! - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck (FDP):** Herr Grau, ich hätte Ihnen für Ihre letzte Rede im Rat der Stadt Köln etwas mehr Fortune gewünscht.

(Walter Grau [CDU]: Herr Sterck, auf Ihren Kommentar kann ich gerne verzichten!)

Ich kann verstehen, dass das für diejenigen, die die Debatten und die Arbeit des Stadtentwicklungsausschusses in dieser Frage nicht genau kennen, schwer nachvollziehbar ist. Deswegen will ich versuchen, mich mit Ihren Argumenten auseinanderzusetzen, damit Sie verstehen, warum die Verwaltungsvorlage so formuliert ist und warum die Mehrheit im StEA dafür gestimmt hat. Im Übrigen wird sie auch von der CDU unterstützt; das muss Herr Klipper hier jetzt aber nicht zugeben.

In jedem Stadtentwicklungsausschuss gibt es ein halbes Dutzend solcher Vorlagen. Wir versuchen zu verhindern, dass die Nahversorgung noch weiter zersiedelt wird, also noch mehr Läden auf der grünen Wiese entstehen. Natürlich wissen wir auch, dass jeder unserer 86 hochgeschätzten Stadtteile meint, es gebe ein Menschenrecht auf einen Aldi in fußläufiger Entfernung.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Und Lidl!)

- Und Lidl am liebsten auch noch.

Wir wollen eben nicht, dass die Stadtteilzentren von solchen Einzelhandelsstandorten kaputtgemacht werden. Gerade bezüglich Finkenberg haben wir im Stadtentwicklungsausschuss diskutiert, ob es besser wäre, das dortige Nahverkehrszentrum abzuschreiben, weil es keine Zukunft mehr hat, und stattdessen zum Beispiel in Gremberghoven noch einen Extraversorger anzusiedeln und den Aldi in Eil zu erweitern. Wir waren und sind jedoch der Meinung: Finkenberg hat nur dann eine Chance, wenn es dort auch eine Nahversorgung gibt. Deswegen müssen wir die Möglichkeit beschränken, dass - bildlich gesprochen - die Blüten irgendwo links und rechts davon aufgehen können, sei es nun an der Steinstraße in Gremberghoven oder der Aldi in Eil.

Der Stadtentwicklungsausschuss hat es sich auch in dieser Sache nicht leicht gemacht. Wir halten es für richtig, zu sagen: Wenn Aldi sich baulich erweitern will, dann im Zentrum von Finkenberg. Dort nehmen wir ihn mit Kussband. Wir haben den Aldi auf der Severinstraße; wir haben zugestimmt, dass der Aldi in der Kalker Hauptstraße erweitert wird. In solchen Einkaufsstraßen brauchen wir einen Aldi, weil das ein Magnet ist, von dem auch viele Einzelhändler in direkter Nachbarschaft profitieren. Außerhalb eines Nahversorgungszentrums wollen wir jedoch keine Standorterweiterung.

Deshalb: Haben Sie bitte Verständnis dafür, wenn die Mehrheit des Stadtentwicklungsausschusses und wahrscheinlich auch die Mehrheit des Rates Ihrer Meinung nicht folgt, sondern die Politik der Verwaltung unterstützt, solche Entwicklungen auf der grünen Wiese auch weiterhin nicht zu befördern.

(Beifall bei der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr van Benthem, bitte.

**Henricus van Benthem (CDU):** Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Sterck, ich bin zutiefst erschüttert über das, was ich eben gehört habe. Wenn man das Votum einer Bezirksvertretung, also von Stadtteilpolitikern, die wissen, wovon sie reden, die die Umgebung und die Nöte und Sorgen der Menschen kennen, die wissen, wie ein Einzelhandelsstandort angenommen wird und ob er in dieser Gegend gebraucht wird, einfach so vom Tisch wischt, dann ist das eine Ignoranz des Votums der Bezirksvertretung.

(Ralph Sterck [FDP]: Ihr Fraktionsvorsitzender hat eben hier gesagt, er muss das Interesse der gesamten Stadt im Blick behalten!)

- Wissen Sie, Herr Sterck, ich habe Sie gerade ausreden lassen. Lautstarke Zwischenrufe sind nicht gerade ein Zeichen von Intelligenz. - Gehen Sie einmal davon aus, dass die Bezirksvertretung das nicht beschlossen hat - übrigens mit Rot, mit Grün, mit Gelb und mit Schwarz -, weil sie das für Unsinn hält.

Aus Ihrer Sicht sagt der Bebauungsplan etwas anderes aus. Aber: Schauen Sie sich das doch einmal vor Ort an! Sie wissen wahrscheinlich überhaupt nicht, wo dieser Aldi liegt. Sie wissen doch überhaupt nicht, welche Klientel dort bedient wird. Machen Sie es sich nicht so bequem, zu sagen: Das sieht der Rat nicht so. - Die Bezirksvertretung sieht es nicht wie der Rat, und die Menschen, die dort wohnen, sehen das auch nicht wie Sie. Diese Ignoranz ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Frau Wilden.

**Regina Wilden (pro Köln):** Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich frage mich, welche janusköpfige Rolle die SPD in dieser Sache spielt. Die SPD in der Bezirksvertretung Porz hat sich vehement für die Erweiterung dieses Aldi-Marktes ausgesprochen. Die CDU-Kollegen haben das ebenso getan. Die CDU-Bezirksvertreter haben sich an ihre CDU-Ratskollegen gewandt, die hier dafür gesprochen haben. Aber die SPD tut nichts. Wie werden Sie das Ihren Kollegen in der BV Porz erklären?

Um darüber entscheiden zu können, müsste man, wie schon gesagt, die Situation vor Ort kennen. Es geht um einen alteingesessenen Aldi, der sich etwas erweitern möchte. Der Platz ist da. Der Aldi ist notwendig. Aufgrund einer falschen Ideologie möchten Sie dieser Aldi-Filiale jetzt Klötzchen vor die Füße werfen und das Gefüge in Eil empfindlich stören. Überlegen Sie bitte, meine Damen und Herren von der SPD, wie Sie das Ihren Parteigenossen in Porz erklären wollen, wenn Sie jetzt die falsche Entscheidung treffen. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Frau Moritz, bitte.

**Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen):** Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Nachdem uns Herr Grau die Leviten gelesen hat, muss ich eines richtigstellen: Der Stadtentwicklungsausschuss und die Verwaltung, also nicht Rot-Grün und schon gar nicht Rot-Rot-Grün oder irgendein Bündnis von FDP, Grünen und SPD, haben die Ziele des Bebauungsplans festgelegt. Die Verwaltung trickst nicht bei Bebauungsplanverfahren.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Wenn ich Dezernentin wäre, hätte ich sofort dagegen protestiert und gesagt: Wir tricksen nicht.

Herr Grau, Ziel dieses Bebauungsplans ist nicht, irgendeinen Konkurrenten zu schützen. Das ist doch Unsinn!

(Walter Grau [CDU]: Natürlich!)

Dass man sich das um diese Uhrzeit hier anhören muss, ist eine Zumutung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Walter Grau [CDU]: Seien Sie doch einmal ehrlich!)

Jetzt zu Frau Wilden. Es ist Ihre letzte Ratssitzung. Deshalb will ich Ihnen einmal Folgendes sagen:

(Regina Wilden [pro Köln]: Zum Glück ist das meine letzte Sitzung!)

- Ich sehe, es ist sinnlos.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ich lasse jetzt über Tagesordnungspunkt 13.1 abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Pro Köln, die CDU und Herr Dr. Müser. Wer ist für diese Vorlage? - Die Linke, die Grünen, die SPD und die FDP.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Und die Verwaltung!)

Gib es Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Vorlage mehrheitlich angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

#### **14. Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen**

Zu Tagesordnungspunkt 14.1:

##### **14.1 Rechtsrheinisches Entwicklungskonzept, Teilraum Süd: Erstellung eines Entwicklungskonzeptes für den Deutzer Hafen mit Teilumnutzung 2983/2009**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion  
AN/1458/2009**

Gibt es Wortmeldungen? - Bitte, Herr Klipper.

**Karl Klipper (CDU):** Meine Damen und Herren! Frau Bürgermeisterin! Ich möchte mich zuerst bei der Verwaltung dafür bedanken, dass sie ein zweitägiges Symposium veranstaltet hat, auf dem die Problematik Deutzer Hafen ausführlich diskutiert worden ist. Aber ich sage auch: Ich bin mit der Beschlussvorlage so nicht einverstanden. Ich bin der Meinung, dass bei diesem Hafen, der ja ein Filetgrundstück in Köln ist, auch Wohnbebauung in die Planungen mit einbezogen werden

muss. Wenn die Vorlage so umgesetzt wird, werden wir in den nächsten 20 Jahren zu keinerlei Fortschritten in diesem Bereich kommen.

Wir haben heute schon - das meine ich ernst - ein Defizit an hervorragenden Standorten für Industrie, für Wohnen usw. Seit mehreren Jahren sind wir dabei, die Messecity zu entwickeln. Fehlanzeige! Wir haben vor einem Jahr beschlossen, eine Entwicklungsgesellschaft für das Clouth-Gelände zu gründen. Fehlanzeige! Wir werden - das habe ich Herrn Walter-Borjans eben schon gesagt - auch die Verlagerung des Großmarktes in den nächsten zehn Jahren nicht hinbekommen. Ich sage Ihnen heute schon voraus, dass wir in der nächsten Legislaturperiode darüber diskutieren werden, wie und vor allem wo wir gute und profitable Dienstleistungsunternehmen in Köln unterbringen können, weil wir keine Standorte mehr für sie haben.

Das Gleiche gilt auch für Wohnbebauung. Wenn Sie schon vor zehn Jahren über den Rheinauhafen gesprochen hätten - das habe ich Ihnen schon 20-mal gesagt - -

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

- Es mag ja sein, dass Sie das nicht interessiert; aber ich habe eine Gesamtverantwortung für die Stadt.

(Lachen bei der SPD)

- Wenn man wie Herr Börschel und Herr Zimmermann auf Sachargumente mit Radau antwortet, mag man diese natürlich nicht hören.

(Zurufe von der SPD)

Ich bleibe trotzdem bei der Sache und sage Ihnen mit aller Ernsthaftigkeit: Wenn der Deutzer Hafen umgebaut wird und danach weiterhin - der Wirtschaftsdezernent vertritt hier übrigens eine andere Meinung - nur Industrie und Gewerbe beherbergt, begehen wir einen Fehler gegenüber den zukünftigen Generationen; denn das ist ein Filetgrundstück Kölns, was Wohnbebauung betrifft

(Zurufe: Filet! Filet!)

- ach, hören Sie doch auf -, und zwar nicht nur wegen seiner hervorragenden Lage, sondern auch wegen der Verkehrsanbindung. Wenn es später keinen Unterschied zur heutigen Situation gibt, wenn also weiterhin ausschließlich Industrie und Gewerbe dort angesiedelt sein werden, ist das eine Schande. In anderen Städten gibt es die Kombination bereits; unsere Leute haben

sich das angesehen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Kombination von Wohnbebauung und Industrienutzung in Hamburg. Dort gibt es auf der einen Seite Wohnbebauung und gegenüber, nur durch das Wasser getrennt, eine Werft. Wenn wir diese Möglichkeit, die wir jetzt haben, versäumen, tun wir der Stadt Köln nichts Gutes. Die Auswirkungen werden wir später zu spüren bekommen.

(Beifall bei der CDU)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Zimmermann.

**Michael Zimmermann (SPD):** Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Klipper, ich kann wirklich nicht verstehen, wie Sie hier einen solchen Antrag stellen können. Sie haben exakt denselben vor zwei Tagen im StEA gestellt, und das obwohl Ihr Parteifreund, Ihr Sachkundiger Einwohner, der auch Geschäftsführer der IHK Köln ist, Herr Soénius, eindringlich darum gebeten hat, diese Vorlage zu beschließen. Er hat in diesem Zusammenhang auf das hervorragende Symposium hingewiesen, auf dem sich alle Fachleute sehr intensiv mit der Materie auseinandergesetzt und zu einem guten Ergebnis gekommen sind, das in einem Band sehr gut dokumentiert ist. Dieses Ergebnis des Workshops hat der Oberbürgermeister nun in Form einer Vorlage eingebracht. Trotzdem haben Sie sich nicht davon abbringen lassen, diesen Antrag, den Sie gerade hier begründet haben, zu stellen.

Sie wissen ganz genau, dass, wenn wir Ihrem Antrag folgen würden, wir einen B-Plan machen müssten und was der Regierungspräsident dazu sagen würde. Er hat uns gerade in einem Brief sehr deutlich gesagt, was geht und was nicht geht. Es hat doch keinen Sinn, hier irgendwelche Anträge zu stellen - dann können Sie auch den Antrag stellen, dass in den nächsten vier Wochen schönes Wetter zu sein hat. Sie müssen sich doch zunächst einmal mit den Fakten und Gegebenheiten auseinandersetzen. Statt solche Anträge zu schreiben, wäre es besser, mit dem Regierungspräsidenten - der ist ja auch ein Parteifreund von Ihnen - zu reden. Er vertritt hier eine Auffassung, die ich auch skeptisch sehe. Das, was er uns mitgeteilt hat, finde ich auch nicht so akzeptabel. Aber darüber muss man miteinander reden.

Anstatt solche Schauanträge zu stellen, die keinen Menschen etwas bringen, halte ich es für wichtiger, dass wir bei einem solchen Großprojekt an einem Strang ziehen und versuchen, das gemeinsam zu verwirklichen.

(Beifall bei der SPD)

Wir alle sind uns doch in der Zielsetzung einig: Kein Mensch will dort auf Dauer einen Schrottplatz. Wir wollen dort eine vernünftige Entwicklung. Den Weg dorthin haben der Oberbürgermeister und die Verwaltung in Person von Herrn Streitberger und Herrn Walter-Borjans mit dieser Vorlage aufgezeigt. Darauf sollten wir uns jetzt einigen. In diese Richtung sollten wir arbeiten; das wäre gut. Wir werden nämlich einen ganz langen Atem brauchen, um das durchzusetzen. Wir müssen das gegebenenfalls auch gegen den Regierungspräsidenten durchsetzen; denn er vertritt eine Rechtsauffassung, die ich persönlich für kritikwürdig halte. Damit müssen wir uns auseinandersetzen; das können wir nur gemeinsam tun.

Gerade weil das ein so attraktiver Platz ist, müssen wir alles dransetzen, dass wir das gemeinsam hinbekommen. Das wird nicht im nächsten Jahr gehen, das geht nicht mit Schnellschüssen, das geht nicht mit Anträgen, sondern das geht nur mit einer soliden und vernünftigen Arbeit. Grundlage dessen ist diese Vorlage. Ich würde Sie bitten, Ihren Antrag zurückzuziehen, damit wir gemeinsam ein Zeichen setzen, wohin die Entwicklung des Standortes Deutzer Hafen gehen soll.

(Beifall bei der SPD)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Frau Moritz, bitte.

**Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen):** Herr Klipper, Sie haben diesen Antrag nur gestellt, weil Sie genau wissen, dass die Mehrheit im Ausschuss und im Rat vernünftig genug ist, dem Antrag nicht zuzustimmen. Eigentlich haben Sie sich damit als Ausschussvorsitzender des StEA disqualifiziert, und zwar aus folgendem Grund:

Keiner von uns hier im Raum, niemand, würde sich nicht auch wünschen, dass, wenn der Deutzer Hafen auch in 15, 20 Jahren ungenutzt sein sollte, dort Wohnbebauung entsteht. Aber jeder, der einen Funken Ahnung von Planungsrecht hat, weiß: Wenn wir heute einen Bebauungsplan aufstellen würden - es handelt sich ja dabei um

eine Nutzungsänderung, und wenn man eine Nutzungsänderung beabsichtigt, muss man einen Bebauungsplan aufstellen -, würde der Regierungspräsident diesen sofort versenken. Und weil das jeder hier weiß, der einen Funken Ahnung davon hat, hat die Verwaltung uns einen vernünftigen Vorschlag gemacht und gesagt: Lasst uns sukzessive und langsam ein Rahmenkonzept entwickeln. Ein Rahmenkonzept hat keine normative Wirkung. Ein Rahmenkonzept ist Ausdruck eines politischen Willens.

Obwohl Sie das alles wissen, fabrizieren Sie hier großen populistischen Mist in der Hoffnung, dass der Rest vernünftig genug ist, diesen Blödsinn nicht mitzumachen. Das ist unlauter.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck (FDP):** Ich finde es toll, wie sich die Kollegin hier auch noch zu später Stunde so richtig echauffieren kann. Aber ich glaube, es wird nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird.

Ich bin froh, dass wir diese Entscheidung noch in dieser Ratsperiode treffen können, auch wenn es dadurch heute etwas später wird - es scheint ja so etwas Ähnliches wie eine Abwrackprämie für Verwaltungsvorlagen gegeben zu haben. Jetzt muss alles noch schnell von diesem Rat abgestimmt werden. Deswegen haben wir heute noch viele wichtige Beschlüsse fassen können. Gott sei Dank!

(Heiterkeit)

Sie wissen, dass auch wir uns schon seit Langem mit dem Thema Deutzer Hafen befassen. Wir sind mit mehreren Anträgen hier gescheitert. Vor zwei Jahren, im September 2007, haben wir den ersten Antrag dazu eingebracht. Manche Dinge brauchen halt ein bisschen länger, bis man eine breite Mehrheit dafür bekommt.

Nach dem Symposium haben wir alle nun ein besseres Gefühl. Wie Herr Zimmermann schon gesagt hat: Wir alle waren schon immer der Meinung, dass wir das Areal nicht als Schrottplatz erhalten wollen. Ich finde auch Ihren Appell, Herr Zimmermann, toll, dass ein so großes Projekt von einer breiten Mehrheit getragen werden sollte. Ich erinnere mich daran, dass sich Ihre Frak-

tion, als wir den Beschluss zum Rheinauhafen gefasst haben, nicht ganz so staatstragend verhalten hat wie Sie heute. Aber gut. Das haben wir mit der einen Stimme Mehrheit, die wir damals hatten, auch hinbekommen.

(Zuruf von der SPD)

- Sie genießen vielleicht die Gnade der späten Geburt. - Aber in der SPD-Fraktion sitzt auch heute noch der eine oder andere, der sich bei der Abstimmung über den Rheinauhafen enthalten hat. Hier sitzen auch noch genügend Ratsmitglieder, die damals dagegen gestimmt haben. Und trotzdem sind wir alle heute stolz auf dessen Entwicklung.

Nun zu dem, was die CDU hier beantragt hat. Ich glaube, wir liegen gar nicht so weit auseinander. Barbara Moritz hat doch selbst gesagt, sie würde sich Wohnbebauung wünschen.

(Zuruf: Jawohl!)

Wir sind jetzt dabei, den ersten Schritt zu machen auf einem sehr langen Weg der Entwicklung. Da stellt sich immer die Frage: Wie wird das Entwicklungskonzept später aussehen? Wir alle wissen noch nicht, wie es aussehen wird. Wie groß werden die Teile sein? Herr Streitberger hat sich im Ausschuss gefragt, ob man dort in einzelnen Zonen vorgehen solle und ob wir vielleicht in 20 Jahren so weit seien, dass die Halbinsel komplett in Wohnbebauung umgenutzt werden würde. Aber heute wissen wir das alles noch nicht. Deswegen brauchen wir keinen Bebauungsplan aufzustellen und auch nicht das ganze Projekt infrage zu stellen, indem wir in diese Vorlage auch Wohnbebauung mitaufnehmen. Wohnbebauung ist lediglich der Wunsch, den wir äußern.

Ich kann nachvollziehen, warum die CDU-Fraktion diesen Antrag gestellt hat. Frau Moritz, wir haben damals erlebt, dass Sie gegen den Rheinauhafen gestimmt haben, und zwar insbesondere deshalb, weil dort nicht genügend Wohnbebauung vorgesehen war. Im Düsseldorfer Hafen war zunächst gar keine Wohnbebauung, sondern es waren nur Gewerbe und Dienstleistungen vorgesehen. Dort ist dann irgendwann nach 17 Uhr nichts mehr los gewesen. Jetzt muss man dort die Planung korrigieren und Wohnungen nachträglich implementieren. Deswegen hat die CDU in ihrem Antrag diesen Wunsch formuliert, hinter dem wir eigentlich alle hier stehen.

Wir beschließen heute ein Entwicklungskonzept, in das man die Abwägung aufnehmen kann, wo und wie Wohnbebauung im Nachhinein möglich gemacht werden kann. Es kann sein, dass Sie, Frau Moritz, recht haben mit Ihrer Behauptung, dass es nachher einfach nicht geht - auch das kann eine Erkenntnis sein - oder aber, dass es nicht geht, solange wir diese oder jene Nutzung dort haben. Sie wissen aber auch - Sie kennen doch die Studien -, dass die Mühle komplett zu Wohnungen umgebaut werden soll - Sie sind doch eine der gut informierten Personen in dieser Stadt; das werden Sie sicherlich wissen.

Von daher: Lasst uns die Sache jetzt nicht so hoch hängen. Wir können dem CDU-Antrag zustimmen. Wenn er heute keine Mehrheit findet, weil Sie sich schon in den Schützengräben befinden, stimmen wir der Gesamtvorlage auch ohne Einbezug des Änderungsantrags zu. Ich bin froh, dass wir in Sachen Deutzer Hafen hier und jetzt, wenn auch mit zwei Jahren Verspätung, den ersten Schritt zur Umwandlung machen können. Das ist ein Prozess, der Jahre und Jahrzehnte dauern wird. Möglicherweise wird kein Einziger von uns mehr hier im Rat sein, wenn dieser Prozess abgeschlossen ist. Aber irgendwann muss der erste Schritt getan werden. Diesen Schritt tun wir nun in der letzten Ratssitzung dieser Wahlperiode. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Klipper, wollen Sie den Änderungsantrag zurückziehen?

**Karl Klipper (CDU):** Frau Bürgermeisterin! Schön, dass Sie mir meine Worte vorwegnehmen wollen. Ich will aber den Änderungsantrag nicht zurückziehen.

Ich bin der Meinung, dass wir Zukunftsvisionen entwickeln müssen. Ohne Zukunftsvisionen können wir eine Stadt wie Köln nicht nach vorne bringen. Wenn wir vor 20 Jahren für den rechtsrheinischen Bereich keine Zukunftsvision für 2010 oder 2020 im Kopf gehabt hätten, hätten wir das Rechtsrheinische nicht umbauen können. Das Gleiche gilt übrigens auch für den linksrheinischen Bereich.

Deswegen sage ich noch einmal: Jede Stadt am Rhein, am Main oder an sonstigen Flüssen ist dabei, Flächen am Wasser zu suchen, auf denen man Wohnungsbau umsetzen kann. Das sind die

Areale, die die Leute sehr anziehend finden. Dort wollen sie wohnen und sich wohlfühlen.

Es geht hier nicht um einen Bebauungsplan, sondern um ein rechtsrheinisches Entwicklungskonzept. Wir müssen ein Nutzungskonzept entwickeln, in das wir diese Zukunftsvisionen aufnehmen. Das halte ich für einen vernünftigen Ansatz. Das lächerlich zu machen, finde ich vollkommen falsch.

Sie haben hier nur die Hälfte erzählt, Herr Zimmermann. Im Stadtentwicklungsausschuss habe ich auch Beispiele genannt, wo die Kombination von Wohnen mit gewerblicher Nutzung gut funktioniert, nämlich in Frankfurt, in Duisburg oder auch in Hamburg. Die Leute dort sind stolz darauf, dass sie bei einer solchen Entwicklung mitmachen können.

Es geht hier nicht darum, die ursprüngliche Vorlage abzulehnen. Das haben meine Kollegen und ich auch im Stadtentwicklungsausschuss nicht gemacht; im Gegenteil, wir haben ihr dort zugestimmt. Aber ich möchte, dass wir diese Vision von der Wohnbebauung aufnehmen. Wenn Sie bei diesem Wort wieder anfangen zu toben, dann lassen Sie mich Ihnen eines sagen: Diese Zukunftsvisionen haben uns bei anderen Vorhaben in unserer Stadt gefehlt. Sie fehlen uns beispielsweise bei Vorhaben wie der Messecity, bei dem wir seit sechs Jahren nicht vorankommen - so etwas geht mir auf den Keks.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir beschließen aber hier keine Visionen, sondern Verfahren!)

Diese Vision ist realistisch; denn, wenn der Hochwasserschutz und andere Dinge in diesem Zusammenhang endlich gelöst werden, dann wird dort auch Wohnen möglich sein.

Deswegen bin ich der Meinung, unser Vorschlag ist gerechtfertigt. Wir halten es auch für möglich, dass nicht das ganze Konzept in die Tonne gehauen werden muss, wenn Sie unseren Vorschlag in die Vorlage mit aufnehmen.

(Beifall bei der CDU - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Es ist doch ein Verfahrensvorschlag!)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Zimmermann, bitte.



**Michael Zimmermann** (SPD): Herr Klipper, ich will das jetzt nicht künstlich in die Länge ziehen, nur der Wahrheit und Klarheit halber: Ihre Anträge vor der Wahl waren Schauanträge. Sie haben gesagt: Wir haben die Vision. - Wir haben auch die Vision, dass sich da was verändert, aber wir haben gesagt: Wir müssen uns auch nach der Realität richten. Das geht nicht einfach mit einem Antrag, man muss sich auch die rechtlichen Grundlagen betrachten. Sie haben uns als Zauderer und Zögerer bezeichnet, und drei Tage nach der Wahl hat Ihnen Ihr Regierungspräsident eine schallende Ohrfeige verpasst. Da hat er nämlich genau das gesagt, was wir vor der Wahl gesagt haben: dass bestimmte Dinge nicht gehen!

(Karl Klipper [CDU]: Fragen Sie mal Ihren Wirtschaftsdezernenten!)

- Der ist aber nicht der Regierungspräsident, der muss sich auch nach bestimmten Vorgaben richten.

Das Entscheidende ist - ich sage es jetzt noch einmal, Herr Klipper -: Ich kann nicht verstehen, dass sich alle Akteure dieses Bereichs zwei Tage lang hinsetzen und etwas entwickeln und alle gemeinsam zu einem Ansatz kommen.

(Widerspruch bei der CDU)

- Natürlich war das so. Wir haben ein Konzept entwickelt, und das legt der Oberbürgermeister jetzt vor. Lassen Sie uns doch gemeinsam dieses Konzept nach vorne treiben. Es ist doch unnötig, einen solchen Antrag zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann möchte ich über den Änderungsantrag abstimmen. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? - Wer ist dafür? - Wer Enthält sich?

(Karl Klipper [CDU]: Dann ist er angenommen!)

Dann stimmen wir über die Vorlage 14.1 ab. Wer ist gegen 14.1? - Die Linke.

(Zuruf von der FDP: In der Fassung Wirtschaftsausschuss?)

- Bitte? - In der Fassung Wirtschaftsausschuss!

(Karl Klipper (CDU): Nein, nein, nein!)

- So steht es hier drin.

(Karl Klipper [CDU]: Nein so ist der Antrag angenommen! Da hat die Linke gepennt! - Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Noch mal abstimmen! - Karl Klipper [CDU]: Frau Bürgermeisterin, wie ist denn der Antrag abgestimmt worden? - Gegenruf von Martin Börschel [SPD]: Mehrheitlich! - Weiterer Gegenruf von Ulrich Breite [FDP]: Einstimmig!)

- Es ist mehrheitlich abgestimmt worden.

(Karl Klipper (CDU): Ja, wie war denn das Votum, positiv oder negativ?)

- Abgelehnt!

(Karl Klipper (CDU): Nein, so ist der Antrag angenommen worden! Da hat die Linke gepennt!)

- Dann machen wir die Abstimmung noch einmal.

(Widerspruch von der CDU - Andreas Köhler [CDU]: Es ist festgehalten worden, wer dagegen war, SPD und Grüne, und wer dafür war, nämlich der Rest! Der Rest war die Mehrheit! - Gegenruf von Jochen Ott [SPD]: Rot-Grün hat mehr Stimmen als Schwarz-Gelb! - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Linke hat auch dagegen gestimmt!)

- Dann stimmen wir noch einmal ab.

(Karl Klipper (CDU): Nein!)

- Doch, wir müssen das für das Protokoll jetzt noch einmal abstimmen.

(Karl Klipper [CDU]: Nein, Frau Bürgermeisterin! Bitten Sie doch mal Herrn Kahlen als Stadtdirektor, uns rechtlich Auskunft darüber zu geben! Hat Frau Offelder das nicht mitbekommen?)

Wir stimmen jetzt noch einmal neu ab, als Erstes über die Änderungsvorlage. Wer ist für den Änderungsantrag der CDU?

**Winrich Granitzka** (CDU): Wir nehmen nicht teil an der Abstimmung. Es muss das Protokoll verlesen werden. Wir müssen feststellen, wie eben abgestimmt worden ist. Das ist Ihre Aufgabe gewesen. Da bitte ich Frau Offelder, zu sagen, wie es gewesen ist. Wenn es so gewesen ist, dass die Linke mitgestimmt hat, dann ist es richtig,

dann war es halt die Mehrheit. Aber das wollen wir wissen. Wenn es nicht so war, können wir jetzt nicht noch einmal darüber abstimmen.

(Jochen Ott [SPD]: Dann fragen wir doch einfach die Linke, wie sie abgestimmt hat!)

- Ich frage Frau Offelder, was sie gesehen hat.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Die ist aber nicht die Sitzungsleiterin! Sie berät!)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Und ich habe gesagt: Wir stimmen noch einmal neu ab. Wer ist gegen den Änderungsantrag der CDU?

(Karl Klipper [CDU]: Darf ich einen Vorschlag machen?)

- Nein, dürfen Sie jetzt nicht, wir sind in der Abstimmung.

(Unruhe und Zurufe bei der CDU)

Wer ist gegen den Änderungsantrag der CDU?

(Karl Klipper [CDU]: Nein, nein, Frau Bürgermeisterin! - Weitere Zurufe von der CDU)

Das sind die Linken, Herr Müser, die Grünen, die SPD. Wer enthält sich? - Niemand. Wer ist dagegen? - Gut, damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Walter Grau [CDU]: So eine chaotische Sitzungsleitung! - Gegenruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Frau Offelder ist doch nicht die Sitzungsleiterin, so weit kommt es noch! - Karl Klipper: Ich will einen Vorschlag machen!)

- Als Nächstes stimmen wir jetzt über die Vorlage ab, Herr Klipper.

(Karl Klipper [CDU]: Darf ich eine Frage stellen? - Gegenruf von der SPD: Wir sind in der Abstimmung!)

**Winrich Granitzka (CDU):** Darf denn Herr Klipper wenigstens erklären, dass er jetzt nicht mehr abstimmen möchte?

**Karl Klipper (CDU):** Meine Damen und Herren, ich könnte das jetzt natürlich auf die Spitze trei-

ben, aber ich sage nur von unserer Seite: Wenn es sich um einen Irrtum gehandelt hat - -

**Bürgermeisterin Elfi Scho Antwerpes:** Wir sind schon in der Abstimmung!

(Karl Klipper [CDU]: Lassen Sie mich doch eine persönliche Erklärung machen!)

- Wir sind mitten in der Abstimmung. Wer ist gegen diese Vorlage? - Die Linke. Wer enthält sich? - Wer ist dafür? - Die Grünen, die FDP, pro Köln und die SPD und Herr Müser. Damit ist die Vorlage mehrheitlich angenommen.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Zu Tagesordnungspunkt 14.2:

**14.2 Städtebauliche Neuordnung Dionysoshof/Baptisterium**  
**hier: Beauftragung einer Rahmenplanung und Durchführung eines moderierten Beteiligungsverfahrens für die Umgebung der Welterbestätte Kölner Dom 3469/2009**

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Ja, Frau Bürgermeister.

**Dr. Eva Bürgermeister (SPD):** Frau Bürgermeisterin!

(Heiterkeit – Ralph Sterck [FDP]: Seid ihr Schwestern?)

Frau Bürgermeisterin, in Anbetracht dieser besonderen Bedeutung dieser Vorlage und des Erfolges dieses neuen Verfahrens möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass die einzelnen Bausteine auch tatsächlich funktionieren müssen. In der Vorlage, in der es um die Neuordnung des Dionysoshofes und dann auch um die neue Beantragung für die Beteiligung bei der Förderung des Bundes für Welterbestätten geht, ist die Rede davon, dass eine städtebauliche Weiterplanung erfolgen soll und dass die Verwaltung beauftragt wird - ich zitiere - ,

... die Rahmenplanung durch ein moderiertes Beteiligungsverfahren mit allen relevanten Personen und Institutionen der Stadtgesellschaft sowie den Urhebern der Domplatte und der anliegenden Bauwerke begleiten zu lassen ...

Das ist wichtig; denn wir möchten auf jeden Fall verhindern, dass wieder etwas geplant wird, bevor mit allen Beteiligten gesprochen wird. Aus unserer Sicht ist es ganz wichtig, dass zunächst einmal das vorhandene Konfliktpotential bearbeitet wird, das heißt, dass vor allen weiteren Schritten die Problemlagen geklärt werden, und darauf erst das Rahmenplanungsverfahren gesetzt wird, welches dann begleitet wird durch eine moderierte Beteiligung. Also: erst die Problempunkte klären und dann weiterplanen! Das wollte ich nur noch einmal betonen. Wir können der Vorlage sonst im Grundsatz zustimmen, weil es da ja weitergehen muss.

**Bürgermeisterin Elfi Scho Antwerpes:** Dann lasse ich über die Vorlage abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Sie ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

#### **15. KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen**

Zu Tagesordnungspunkt 15.1:

##### **15.1 Siebte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages - Erschließungsbeitragssatzung - vom 29. Juni 2001 2097/2009**

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Das ist pro Köln. Wer enthält sich? - Dann ist diese Vorlage mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 15.2:

##### **15.2 Jährliche Überprüfung der Einheitssätze gem. § 3 der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages - Erschließungsbeitragssatzung - vom 29. Juni 2001 2994/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Das ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

#### **16. Wahlen**

Zu Tagesordnungspunkt 16.1:

##### **16.1 Ausländerrechtliche Beratungskommission, Bestellung eines Mitglieds durch den Rat 3102/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich über 16.1 abstimmen. Wer ist dagegen? - Pro Köln ist dagegen. Wer enthält sich? - Dann ist das mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 16.2:

##### **16.2 Antrag der CDU-Fraktion hier: Nachwahl eines Mitgliedes für den Aufsichtsrat der KölnMusik Betriebs- und Servicegesellschaft mbH AN/1457/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Das ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

#### **17. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

##### **17.1 Genehmigung einer überplanmäßigen Mehrauszahlung zum Erwerb des Teilnachlasses Jacques Offenbach 3055/2009**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Wer ist gegen diese Vorlage? - Die FDP. Wer enthält sich? - Pro Köln. Dann ist die Vorlage mehrheitlich so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

##### **17.2 Auftragsvergabe an die Abfallwirtschaftsbetriebe hier: Reinigung weiterer Grünflächen 3180/2009**

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

##### **17.3 Annahme einer zweckgebundenen Sachspende von Sony Computer Entertainment Deutschland GmbH 3798/2009**



Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Ich beende an dieser Stelle den öffentlichen Teil der Ratssitzung.

(Schluss: 21.34 Uhr)